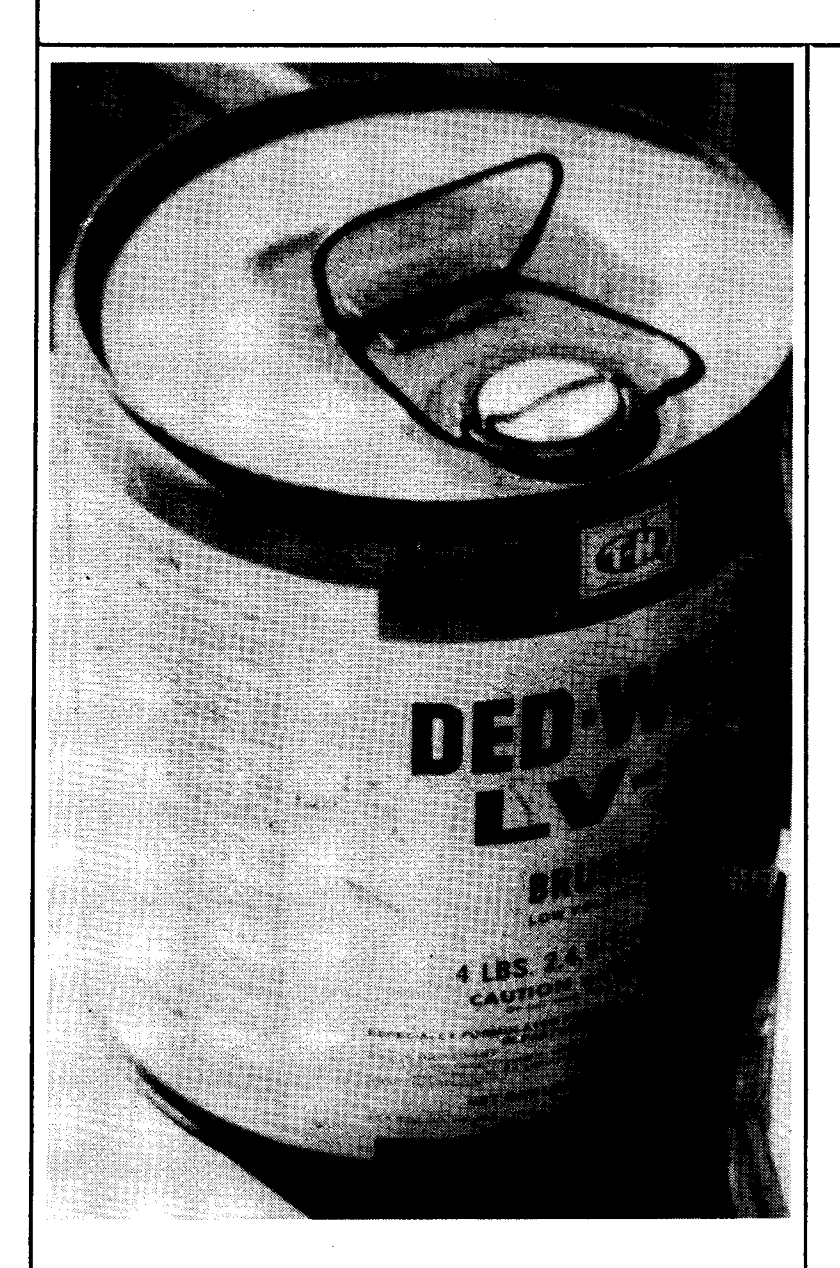
M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Pflanzengifte in der Dritten Welt

Nachrichten und Berichte zu:

Nr. 93 Mai 1981 DM 4,00

impressum
blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16, (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Breisgau. Telefon: 0761 / 74003. Bürozeiten. Mo-Fr. 10 – 12 und 15 – 18 Uhr.

Zusammengestellt von: Julia Ballot, Roland Beckert, Birgitt Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Alexander Bruder, Florence Buchmann, Georg Cremer, Dagmar Engels, Gero Erdmann, Benedikt Fehr, Andre Guerrini, Walter Hättig, Susanne Habicht, Stefan Helming, Hartmut Jung, Uli Kieser, Werner Kobe, Bettina Kocher, Eugen Kohm, Volker Krempin, Elisabeth Lauck, Helga Lorenz, Thomas Marx, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Wolfram Mikuteit, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du-Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Raili Salmela, Eva Schneider, Peter Schmid, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämpfer, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Georg Wacker, Gottfried Wellmer, Hildegard Wenzler, Walter Witzel.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V): **Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148239-755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.**

Satz: Composer-Satz-Service, Bonn, Telefon: 0228 / 28 26 19; Freiburg, Bundschuh, Telefon: 53556

Druck:
Soak-Druck, Hannover, Telefon: 17618

Redaktionsschluß der nächsten Nummer:

09. Juni 1981

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35,–, (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25,– DM).

Schweiz: SFR 35,– (bzw. 25,–).
Österreich: ÖS 260,– (bzw. 190,–)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw. 34,60 DM)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60 DM)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 59,– DM (bzw. 49,– DM)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bzw. 55,40 DM).

Einzelpreis: DM / SFR 4,– // ÖS 30,–.

Nicaragua

Leserzuschrift von Irmgard und Nikolaus v.d.Heydt zu Nicaragua

„amnesty international hat selbstverständlich die „Comision permanente de derechos humanos" nicht anerkannt, da es nicht unsere Aufgabe ist, Menschenrechtskommissionen die Anerkennung auszusprechen oder zu verweigern. amnesty international hat allerdings seinerzeit die Regierung von Nicaragua gebeten, Aufklärung zu geben über die vorübergehende Schliessung des Büros der „Comision permanente de derechos humanos"."

Mit freundlichen Grüßen
Barbara Geier
Pressesprecherin

Nicaragua

Anmerkung der Redaktion zu den Artikeln im letzten Heft:

Unsere ursprüngliche Absicht war es, den Artikel aus der FR: „Maulkorb fürs Menschenrecht" lediglich als Illustration für die in der Zuschrift aus Nicaragua erwähnte Menschenrechtskampagne anzufügen. Schließlich hatten auch (links-)liberale Blätter in der Bundesrepublik über die Aussagen der „Menschenrechtskommission" berichtet. Durch einen Fehler beim Satz bzw. beim Lay-Out, den Wegfall eines Kastens um den FR-Artikel nämlich, erschienen wohl in den Augen vieler Leser der FR-Artikel und die Zuschrift aus Nicaragua als gleichgewichtig. Das war nicht unsere Absicht.

FORUM (Nr. 40) April 1981

Inhalt: Diskussion – El Salvador Demonstration, Sozialistische Ökologiepolitik contra „Öko Sozialisten", Koordination, Bundeskongreß, Pharma, Nestle, Frauen in der Dritten Welt, Aktionsgruppen-Workshop, Icda-Focus, Zeitschriften, Termine
Magazin Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel

Nicaragua Aktuell (Nr. 10) 20.3.1981

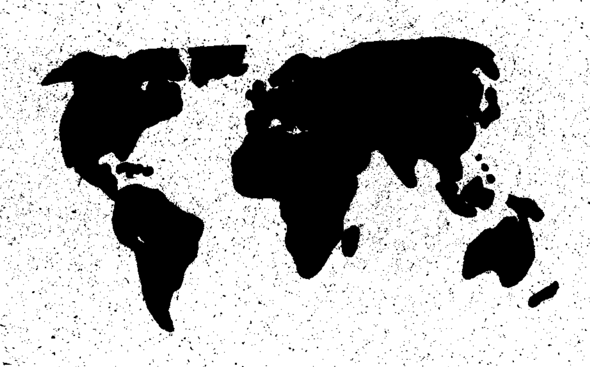
Inhalt: Nicaragua-Reisebericht Teil 2, Nach dem ersten Schritt weichen wir nicht mehr zurück – Schulische Erziehung im Umbruch, Gesundheitssystem, Aspekte des gesundheitspolitischen Programms, Kurzmeldungen Interview mit Ernst Fuchs, El Salvador, Guatemala: Indianer, Bauern und Christen – Zielscheibe der Massaker, Gedichte von Rene Otto Castillo, Erstes Treffen der Solidaritätsgruppen im Managua, Material.
Magazin Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel

ila-info Nr. 44 März 1981:

Nicaragua: Schulische Erziehung im Umbruch
- ... das ewige antikommunistische Lamento – Reisebericht aus Mittelamerika
- Die ökonomisch-politische Bedeutung des La Plata-Beckens (Teil 1)
- Beziehungen Kuba-Brasilien
- Ländernachrichten zu: Brasilien, El Salvador, Nikaragua

Informationsstelle Lateinamerika e.V.,
Römerstr. 88 , 5300 Bonn 1

NACHRICHTEN UND BERICHTE



BRD-Waffenexporte

„Gegenwärtig" keine Panzer nach Saudi-Arabien

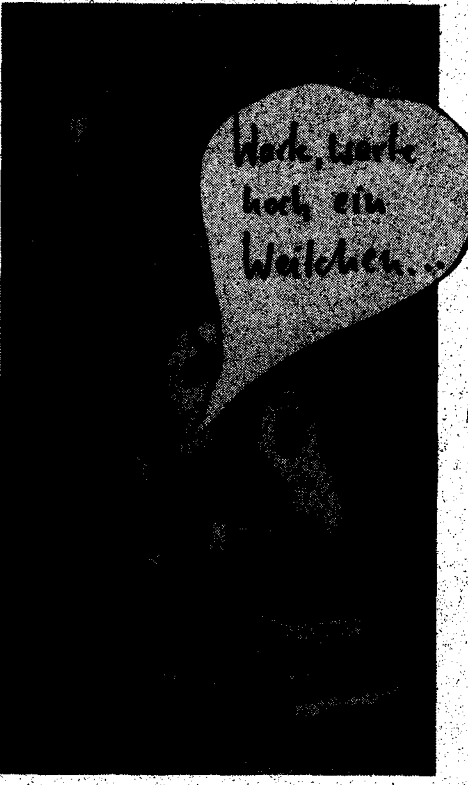
„Gegenwärtig", so hat Schmidt bei seinem Besuch in Riad der saudi–arabischen Seite mitgeteilt, ist eine Lieferung deutscher Panzer nach Saudi–Arabien nicht möglich. Nach Mitteilung von Regierungssprecher Becker hat Schmidt dies mit den derzeit laufenden Überlegungen zur Änderung der Bestimmungen zum Rüstungsexport begründet. (FAZ 29.4.1981) Damit ist die endgültige Entscheidung verschoben und weiterhin offen. Schmidt erklärte nach seiner Rückkehr, Bundesregierung und Bundestag müßten aus den Erfahrungen mit den Grundsätzen für den Rüstungsexport Bilanz ziehen. Möglicherweise werde es im Laufe des Herbstes zur Veränderung der Richtlinien kommen, die sicherlich nicht genau so bleiben würden, wie sie sind. Nach Neuformulierung wären dann die Wünsche Saudi–Arabiens und anderer Länder neu zu prüfen. (ARD–Fernsehdiskussion mit Schmidt, 30.4.81) Gegenwärtigen Überlegungen zur Neufassung der Bestimmungen für den Rüstungsexport zufolge soll der Begriff des Spannungsgebietes ersetzt werden (Bad. Zeitung 27.4.81); nach den bis heute formell gültigen Richtlinien soll der Waffenexport in Spannungsgebiete ausnahmslos untersagt sein. Die Neufassung soll also Waffenexporte über das heute ohnehin hohe Maß hinaus (siehe: Die Exportoffensive rollt weiter, blätter des iz3w Nr. 92) erleichtern.

Auch die saudische Seite betrachtet die Entscheidung über Waffenlieferungen als weiterhin offen. Außenminister Prinz Feisal erklärte am Ende des Schmidt–Besuches: Wir wären glücklich, wenn die bestehende Kooperation auf den militärischen Sektor ausgedehnt werden könnte" („Riad hofft weiter auf Waffen aus Bonn", FAZ 30.4.81).

Während des Schmidt–Besuches wurde von Regierungssprecher Becker bekannt gegeben, daß ursprünglich bereits vor Jahresende 1980 eine Entscheidung über die saudischen Panzerwünsche getroffen werden sollte (FAZ 29.4.81). Der innenpolitische Widerstand gegen eine Ausweitung der Rüstungsexporte hat diese rasche Entscheidung verhindert. Davon, wie der Widerstand sich weiter entwickelt, wird auch abhängen, wie die Neuformulierung der Richtlienien aussieht und ob diese eine weitere Ausdehung der BRD–Rüstungsexporte zulassen werden. Bei der jetzigen Verzögerung der Entscheidung haben die innerparlamentarischen Kritiker des Rüstungsexports und die durch die lange verschwiegene Genehmigung des U–Boot–Baus für Chile durch den Bundessicherheitsrat mobilisierte SPD–Basis eine große Rolle gespielt. Die Stärke dieser innerparlamentarischen bzw. innerparteilichen Kräfte wird auch weiterhin davon abhängen, wie stark die Auseinandersetzung außerhalb von Parlament und Parteien, innerhalb der Kirchen, Gewerkschaften, Aktionsgruppen ist. Dabei stellt sich weiterhin die Aufgabe, das Ausmaß der bisherigen Rüstungsexporte überhaupt bekannt zu machen. Das Märchen von der restriktiven Rüstungspolitik ist gerade mit der Kanzlerreise wieder in allen Medien verbreitet worden. Schmidt, Kanzler des Fünftgrößten Waffenexporteurs der Welt, betont, „wir" seien das Land, das sich beim Rüstungsexport am wenigsten vorwerfen lassen muß (ARD–Fernsehdiskussion 30.4.81). Der stellvertretende SPD–Vorsitzende Wischnewski, der sich noch am Vortag des Schmidt–Besuches für das Waffengeschäft mit Saudi–Arabien ausgesprochen hat, brachte das Kunststück fertig, sein Eintreten für den Waffenexport mit der Versicherung zu verbinden, keineswegs solle die Bundesrepublik ein Waffenexportland wie etwa Großbritannien werden (FR 27.4.81). Die Realität: Die BRD exportierte 1977 für 800 Millionen Dollar Rüstungsgüter, Großbritannien für 825 Mio. Dollar. (Daten der US–Abrüstungsbehörde; Wirtschaftswoche 6.2.81, S. 37).

Bundesgrenzschutz in Saudi–Arabien

Wie sehr die Bundesregierung bereit ist, sich in der Golfregion zumindest paramilitärisch zu engagieren, zeigt die Bereitschaft Bonns, Riad beim Aufbau einer „Anti–Terrorgruppe" zu helfen, wobei diese Hilfe die Entsendung von Beamten der Grenzschutzsondereinheit 9 (GSG 9) umfasst, deren bisheriger Kommandeur Wegener bereits mehrmals Saudi–Arabien besucht hat. Auch die Unterstützung durch Lieferung von geeigneten Fahrzeugen, kleineren Waffen und „nützlichem Gerät aller Art" ist vorgesehen. (Spiegel 4.5.81, FAZ 29.4.81) Diese Aktivitäten richten sich unmittelbar gegen möglichen innenpolitischen Widerstand gegen die saudische Herrscherfamilie, den diese nicht erst seit der Besetzung des Moschee in Mekka fürchtet. Die Bundesrepublik tritt in die Fußstapfen Frankreichs, das sich bisher schon an der Modernisierung des saudischen Repressionsapperates beteiligte. gc



Malaysia

Bauer lagert Produktion aus

Alle Jahre wieder zittern die Arbeiter im Werk Stuttgart-Untertürkheim der Firma Bosch um ihre Arbeitsplätze, deren Zahl seit Beginn der 70er Jahre kontinuierlich vermindert worden ist. Anfang dieses Jahres war es wieder einmal soweit: Es wurde bekannt, daß die Geschäftsleitung in Erwägung zieht, die gesamte Projektorenproduktion in das malaysische Zweigwerk nach Penang zu verlagern. Das würde bei dem Unternehmen, das auch unter seinem früheren Namen „Bauer-Kino" bekannt ist, einen Verlust von 500 der 907 Arbeitsplätze bedeuten. Nach Ankündigungen des Betriebsrates, der bereits den Sozialplan überarbeitet, ist folgendes vorgesehen:

- die Umwandlung des Untertürkheimer Werks in ein Handelshaus, in dem nur noch die Bereiche Reparatur, Qualitätsüberwachung und Vertrieb verbleiben,
- die Auslagerung der Bauteilmontage bis Ende 1981,
- die Auslagerung der mechanischen Bearbeitung und die Verschiffung der Maschinen bis Anfang 1982,
- die Auslagerung der Fertigmontage bis Mitte 1983.

Das Unternehmen litt schon seit einigen Jahren unter Markteinbrüchen, von denen mit wenigen Ausnahmen die gesamte deutsche Photoindustrie betroffen war. Obwohl sich der Markt für Amateurfilmgeräte in der BRD, in der Schweiz und den Niederlanden – nach Angaben des BOSCH-Geschäftsberichts – wieder stabilisiert hat, steht er unter dem Druck weltweiter Überkapazitäten. Um diesem Druck gewachsen zu sein, war BOSCH schon Anfang der 70er Jahre den Konkurrenten in der Kamera-Produktion nach Südostasien gefolgt, wo 1972 das Werk Penang errichtet wurde. Ein weiteres Zweigwerk entstand in Turin. Die Zahl der Arbeitsplätze in Stuttgart-Untertürkheim nahm seitdem ständig ab.

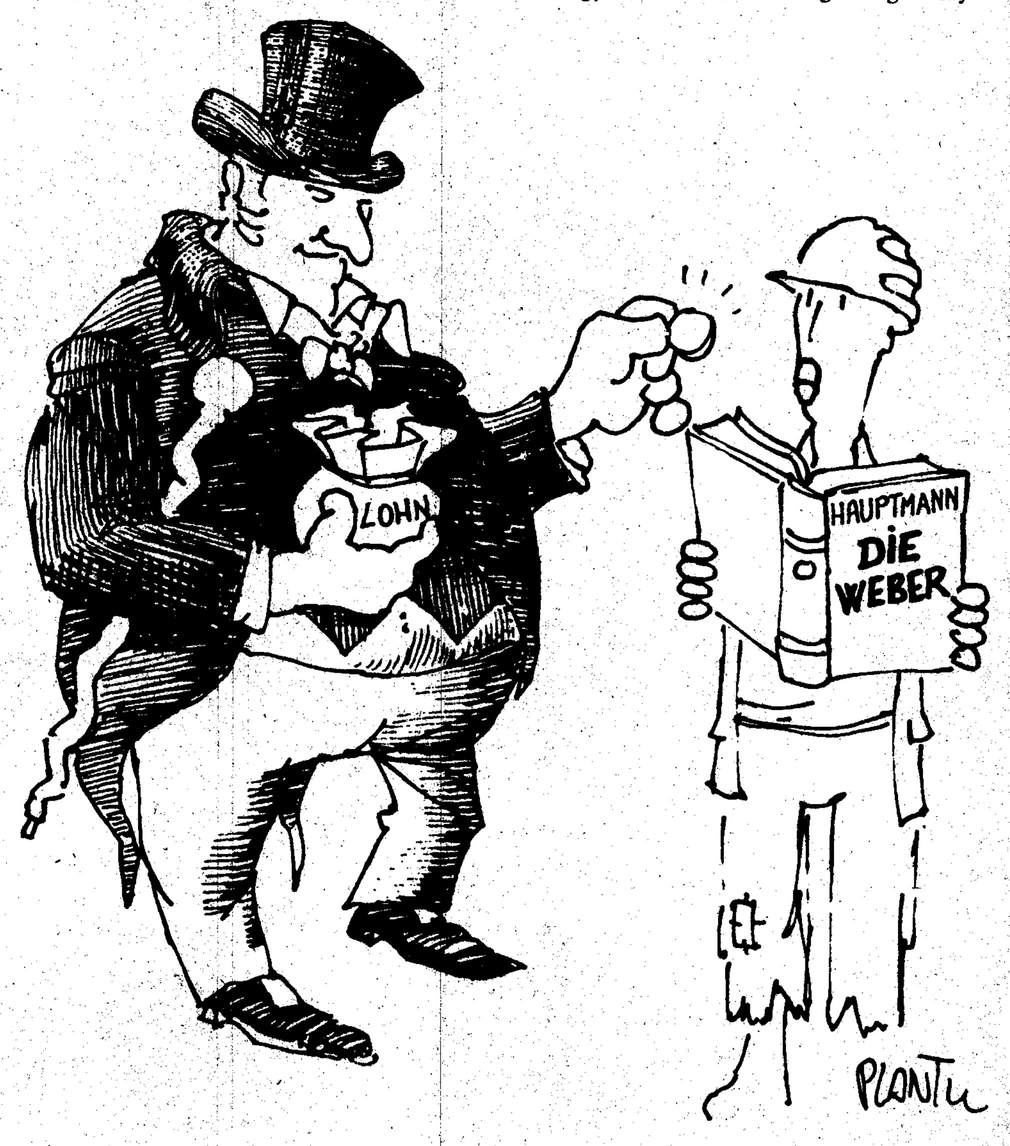
Mehrere Gründe hatten dafür gesprochen, sich für das Land Malaysia, speziell die Insel Penang, als Standort für das neue Werk zu entscheiden: „Stabile politische Verhältnisse" im Land und das Verbot gewerkschaftlicher Aktivitäten in allen sogenannten „Pionier-Industrien" helfen, „Reibungsverluste" im Produktionsablauf zu vermeiden. Weiterhin werteten die bestehende Steuerfreiheit für Pionierbetriebe sowei die guten Infrastruktureinrichtungen (Hafen, Flughafen) und die attraktiven Freizeitmöglichkeiten für die deutschen Führungskräfte den Standort auf.

Ein wesentlicher Faktor war und ist jedoch das Arbeitskräftepotential: Als BOSCH sich Anfang der 70er Jahre etwa gleichzeitig mit 17 weiteren japanischen, amerikanischen und deutschen Elektrokonzernen in Malaysia niederließ, hatte das Land vor allem mit seinen fingerfertigen und billigen Arbeitskräften geworben. Bei der Einstellung werden Frauen bevorzugt. So sind bei BOSCH 85 % der 1700 Beschäftigten weiblich. Ihr Durchschnittsalter beträgt 21/22 Jahre, der Anfangslohn ca. 120 DM. Die Anlernzeit der Arbeiterinnen liegt zwischen ein und zwei Wochen, eine umfassendere Ausbildung und weitere Qualifizierung erhalten sie nicht. Der Betrieb legt jedoch Wert darauf, daß nur Arbeiterinnen mit einer weiterführenden Schulbildung (8 - 9 Jahre Schulbesuch) eingestellt werden.

Da die jungen Arbeiterinnen mit ihrem Verdienst im allgemeinen keine eigene Familie unterhalten müssen, kann das Lohnniveau niedrig gehalten werden. Selbst in der Hauptstadt Kuala Lumpur und im Stadtstaat Singapur müssen für vergleichbare Tätigkeiten höhere Löhne gezahlt werden. Insgesamt kosten die 13 deutschen Führungskräfte BOSCH mehr als alle in der Produktion Beschäftigten (ca. 1600 Arbeiter und Arbeiterinnen).

Der Gewinn für Malaysia im Sinne eines Technologietransfers wird im „Industrie-Kennenlernen" gesehen. Die Gewinne für BOSCH sind – wie dem Geschäftsbericht für 1979 zu entnehmen ist – offensichtlich sehr gut (übrigens im Gegensatz zu den Geschäftsergebnissen einiger lateinamerikanischer Zweigwerke der Firmengruppe). BOSCH interessiert sich dabei aber weder für die Ausbildung seiner Beschäftigten, noch sorgt das Management dafür, daß einheimische Rohstoffe und Halbfertigprodukte für den Bau der Filmkameras verwendet werden. Die Zulieferer sitzen in Stuttgart und Turin, darüber hinaus in Taiwan, Hongkong und Singapur. Der einheimische Anteil an Rohmaterialien und Zulieferung beträgt nur 5 - 10 % (i.W. Verpackungsmaterial). Die fertigen Filmkameras werden zu 100 % wieder exportiert.

BOSCH ist nur eines von vielen Beispielen für exportorientierte Industrialisierung, wie sie von der Regierung Malay-



sias seit ca. zehn Jahren intensiv gefördert wird.

Allein in den Freihandelszonen des nordmalaysischen Bundesstaates Penang sind seit den 70er Jahren fast 100 Fabriken aufgemacht worden. Die Produktionspalette reicht von Schirmen über chirurgische Instrumente bis zur Herstellung von Schmuck – alles für den Export. Ein eindeutiger Schwerpunkt liegt auf der Elektronik-Branche.

Fast alle Betriebe wurden mit ausländischem Kapital oder als Joint Ventures aufgebaut. In vielen Fällen ging die Produktionsaufnahme in Malaysia mit Arbeitsplatzabbau in dem Herkunftsland des jeweiligen Konzerns einher.

Diese Art von Industrialisierung in einem Land der 3. Welt widerspricht aber nicht nur den elementaren Interessen der Arbeiter in den Industrieländern an gesicherten Arbeitsplätzen, sondern schadet letztlich auch dem Volk in Malaysia. Denn Fabriken, die in von der übrigen Wirtschaft abgetrennten Enklaven produzieren, die weder über Rohstoffe noch über den Absatz mit der einheimischen Wirtschaft verflochten sind, verhelfen dem Land nicht zu mehr ökonomischer Unabhängigkeit, sondern belasten nur seine natürlichen Ressourcen.

Die Gesundheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wird in wenigen Jahren gründlich ruiniert (viele Frauen leiden nach wenigen Jahren Mikroskop-Arbeit in der elektronischen Industrie an irreparablen Sehstörungen), und durch ungefilterte Abgase und ungeklärte Abwässer wird die natürliche Umwelt verpestet. Von den 50 größeren Flüssen auf der malayischen Halbinsel sind inzwischen 42 schwer verunreinigt.

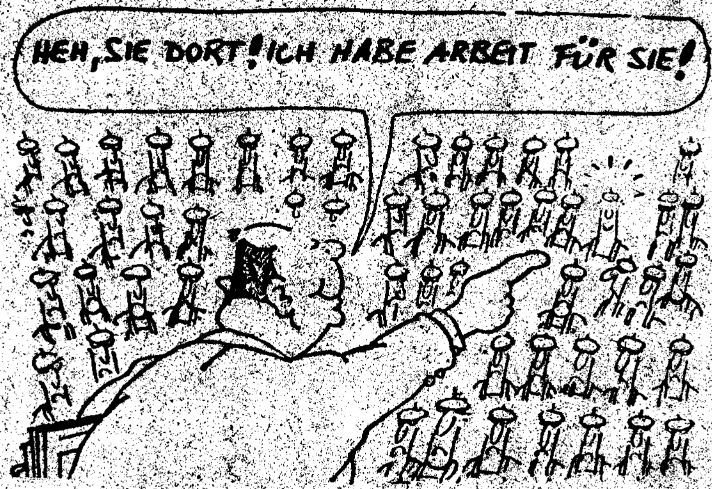
Eine offene Debatte um den eingeschlagenen Entwicklungsweg ist in Malaysia kaum möglich. Zensur, Einschränkung der Versammlungsfreiheit, Überwachung politisch oppositioneller Aktivitäten und von gewerkschaftlichen Organisationen lassen nur wenig Spielraum dafür. Umso erstaunlicher ist es, daß sich seit einigen Jahren eine Verbraucherorganisation etabliert hat, die die negativen Folgen der Industrialisierung, insbesondere die beobachtbaren Veränderungen im ökologischen Gelichgewicht zum zentralen Gegenstand ihrer Kampagne gemacht hat.

Greifbare Erfolge kann die Verbraucherorganisation bisher nicht vorweisen, aber sie hat erreicht, daß sich ein öffentliches Bewußtsein zu Umweltfragen entwickelt, und das allein ist der Industrie-Lobby ein Dorn im Auge.

Möglicherweise wird auch die Verbraucherorganisation in nächster Zeit ein Opfer staatlicher Repression werden. Denn momentan ist eine Änderung des Vereinsgesetzes in Vorbereitung, durch die alle Vereine, die politische Ziele verfolgen, behördlicherseits aufgelöst werden können. –

Die zunehmende Abhängigkeit Malaysias von den kapitalistischen Industrieländern des Westens – USA, Japan und EG – hat neben der politischen und ökonomischen Seite auch einen militärischen Aspekt.

Im nordöstlichen Bundesstaat Kelantan soll demnächst für 1,4 Milliarden US $ ein neuer Luftwaffenstützpunkt errichtet werden. Spekulationen, daß der Stützpunkt von der US-Luftwaffe benutzt werden soll, hat Washington zwar bisher zurückgewiesen, aber klar ist, daß der Ausbau militärischer Einrichtungen in Malaysia – nur eine Düsenjägerstunde von Hanoi entfernt – im Interesse der Reagan-Administration ist.



Ob der Stützpunkt von der US–Luftwaffe oder von mit amerikanischem Gerät ausgerüsteten malaysischen Streitkräften benutzt wird, ist bei den bestehenden politischen Verhältnissen in Malaysia nicht so entscheidend.

Auffällig ist eine ganz enorme Steigerung der Rüstungsausgaben Malaysias in den letzten Jahren. Die Ausgaben für Rüstung im Haushalt 1981 sind bereits drei mal so hoch wie im Haushaltsansatz für 1979. In den USA sind kürzlich 80 neue Kampfflugzeuge vom Typ Lockheed Skyhawk A 4 bestellt worden (gegenwärtige Stärke der Luftwaffe: 36 Kampfflugzeuge), und mit weiteren Neuanschaffungen wir gerechnet.

Auch die bundesdeutsche Rüstungsindustrie hat Anteil an dem Boom: Mit Thyssen – Henschel in Kassel wir über den Ankauf von 130 Schützenpanzern des Typs „Marder" und 530 Vierrad–Spähpanzern des Typs „Condor" verhandelt (vgl. blätter des iz3w Nr. 92, S. 9).

Schon vor Jahren hat die westdeutsche Industrie Malaysia als Markt für Rüstungsgüter entdeckt. Deutsche Ingenieurfirmen entwarfen den Plan für den Marinehafen Lumut. Fast unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit haben deutsche Rüstungsbetriebe Produktionsstätten in Malaysia errichtet, um so die geltenden Ausfuhrbestimmungen zu umgehen.

Südostasiengruppe in der ESG Bochum

Quellen:

1) FEER 6.3.1981; 24.10.1980
2) FR 3.2.1981
3) Stuttgarter Zeitung 30.1.1981
4) SZ 22.4.1981
5) International Herald Tribune 4.2.9181
6) Robert Bosch GmbH, Geschäftsbericht für 1979

Daß es deutschen Rüstungsfirmen und –konzernen gelingt, die scheinbar so strengen Ausfuhrbestimmungen zu unterlaufen und dabei große Profite zu machen, zeigt besonders das Beispiel der LÜRSSEN–Werft. Nachdem schon seit Anfang der 60er Jahre Schnellboote nach Indonesien, Thailand und Singapur geliefert worden waren bzw. dort vom Stapel gelaufen sind, wurde 1969 die Hong Leong–Lürssen Shipyard Bhd. (HLL) in Kuala Lumpur gegründet, damit auch Malaysia über die gleichen Kriegsschiffe wie seine Nachbarn verfügen konnte.

Die 1973 bestellten Flußlandeboote wurden dringend im Kampf gegen die im Grenzgebiet nach Thailand operierende Befreiungsbewegung benötigt. Die 1974 in Auftrag gegebenen Schnellboote sollten die Waffenversorgung der Befreiungsbewegung mit amerikanischem Gerät, das nach der Niederlage des US–Imperialismus in Indochina verblieben war, unterbinden helfen. Daß es nicht bei diesen Aufträgen bleibt, dafür sorgt schon der 'gute' Ruf der LÜRSSEN–Werft, die ja seit mehr als 100 Jahren auf diesem Sektor tätig ist und der es trotz zweifachen Produktionsverbots (jeweils nach den Weltkriegen) immer wieder gelungen ist, ihre 'Produkte' in Spannungsgebiete zu liefern.

Neben LÜRSSEN betätigen sich auch DYNAMIT–NOBEL und die Gewehrfabrik HECKLER & KOCH in Malaysia. HECKLER & KOCH fertigt Sturmgewehre (die z.B. auch in Thailand hergestellt werden und von dort u.a. nach Chile geliefert wurden) und DYNAMIT–NOBEL die passende Munition dazu.

Iran

Interview mit B. Mortazawi

INTERVIEW MIT B. MORTAZAWI, SEKRETÄR DES VORSTANDES DER CONFÖDERATION IRANISCHER STUDENTEN (CIS), 9.2.1981

Der Bericht über Iran in den „blättern des iz3w", Nr. 92, Seite 12 – 19, enthält Hinweise auf ein ergänzendes Interview mit einem Vertreter der Conförderation Iranischer Studenten. Das Interview führte Jürgen Horlemann, Köln.
Leider konnte dieses Interview im vorigen Heft aus technischen Gründen nicht mehr abgedruckt werden, obwohl es über wichtige Vorgänge der iranischen Politik informiert. Deshalb holen wir den Abdruck jetzt noch nach. Außerdem ging auch der Schluß des Iran–Berichts in Nr. 92 verloren, der Überlegungen darüber enthielt, wie Solidarität mit dem iranischen Volk während des Kriegs gegen den Irak praktisch aussehen kann. Dazu wurden drei Vorschläge gemacht:
– Aktionen gegen Waffenlieferungen in die Golf–Region, wobei es darauf ankommt, sich mit den antimilitaristischen Kräften in anderen rüstungsexportierenden Ländern (vor allem Frankreich, das dabei ist, Mirage–Düsenjäger in den Irak zu liefern) zu verständigen.
– Publizistische Unterstützung für alle Bemühungen internationaler Diplomatie, die auf einen Kompromißfrieden zielen.
– Versorgungshilfe (Nahrungsmittel, Medizien) für die zivile Bevölkerung und die Soldaten in den Kampfgebieten Irans (Khusistan) und für die Bevölkerung, die aus dieser Region geflüchtet ist.

Red.

FRAGE: Herr Mortazawi, die gegenwärtige Situation im Iran ist durch komplizierte innenpolitische Spannungen gekennzeichnet, die nicht immer leicht durchschaubar sind. Ist denn die erfolgreiche politische Koalition, die den Schah stürzte, nicht mehr stabil?...

ANTWORT: *Im Laufe des zweijährigen Bestehens der Islamischen Republik haben die politischen Strömungen bestimmte Wandlungen erfahren.*
Das bedeutendste Ereignis, das die politische Landschaft des Iran entscheidend geprägt hat und heute beeinflußt, war die Herausbildung einer Handvoll despotischer Machthaber.
Sie kommen aus den Reihen der islamischen Kräfte. Einmal an der Macht, entfernten diese sich Schritt für Schritt von den Zielen der islamischen Revolution, kehrten dem Volk den Rücken und gingen daran, durch Anwendung reaktionärster Methoden die freiheits- und unabhängigkeitsliebenden Kräfte aus dem Weg zu räumen, um so die absolute politische Macht im Staate an sich zu reißen....

FRAGE: Das sind scharfe Worte, die Sie noch nicht lange gebrauchen; wie kommen Sie zu dieser Auffassung?...

ANTWORT: *Nehmen Sie zum Beispiel die Meinungsfreiheit: jeder Zeitungsverkäufer, der heute in den Straßen ein Blatt anbietet, das der regierenden „Islamischen Republikanischen Partei" nicht genehm ist, muß damit rechnen, von Schlägertrupps angegriffen zu werden.*
Jetzt gibt es auch schon Schlägertrupps in den Betrieben, die jede Äußerung gegen die herrschende Partei unterdrükken. Wir haben Beweise, daß viele Arbeiter aus den Betrieben entfernt worden, weil sie sich z.B. gegen die Einfphrung arbeiterfeindlicher Gesetze zur Wehr gesetzt haben....
Ähnlich ist es in der Frauenfrage: statt den Frauen zur Gleichberechtigung zu helfen, so daß sie am Arbeitsleben oder jetzt am Kampf gegen die Aggression teilnehmen können, wird nichts dergleichen getan. So erscheint es, als sei die Frage des Schleiers entscheidend, was nun wirklich nicht der Fall ist ...

FRAGE: Werden denn diese Fragen im Parlament nicht behandelt? Wie kann man das im Parlament herrschende Kräfteverhältnis kennzeichnen?

ANTWORT: *Grob gesprochen lassen sich die heute 238 (von 270) gewählten Abgeordneten in 3 Lager einteilen: einmal die 37 Abgeordneten, die man dem Flügel um Banisadr/Basargan zurechnen kann; dann die 102 Abgeordneten, die dem Lager der IRP (Islamisch-Republikanische Partei) um Beheschti angehören, und schließlich die 67 Abgeordneten, die über eine unabhängige Liste ins Parlament gewählt wurden.*
Darüber hinaus gibt es vorläufig 5 Abgeordnete, die als gemeinsame Kandidaten der beiden Lager – um die IRP einerseits und um Banisadr andererseits – gewählt wurden.
Während sich die beiden zuerst genannten Gruppen feindlich gegenüberstehen, nehmen die Unabhängigen wegen ihrer großen Zahl eine besondere Rolle ein, wenn es darum geht, eine Gesetzesvorlage zu verabschieden, beziehungsweise politische Willenserklärungen „im Namen des Volkes" zu verkünden.
Was die Regierung betrifft, so ist diese – sie besteht aus dem Ministerpräsidenten Radjai und seinen Kabinettsministern und Staatssekretären – dem Lager der IRP zuzurechnen. Die Regierung versucht, die Regierungsgeschäfte und die ganze politische Orientierung nach ihrem reaktionären Gutdünken zu gestalten.

FRAGE: Welche Rolle spielt eigentlich Khomeini in der iranischen Politik der Gegenwart? ...

ANTWORT: *Dieser einst unbestreitbare Führer der Revolution und der neugegründeten Republik wurde wirklich vom Volk geliebt und hatte tatsächlich Schlüsselpositionen in der iranischen Politik inne. Aber im Laufe der Zeit hat er viel an Prestige und Ansehen verloren. Die despotischen Machthaber unter Führung der IRP, die inzwischen fast alle Machthebel des Landes usurpiert haben, handeln den Empfehlungen und Anweisungen Khomeinis zuwider und haben ihn fast matt gesetzt. Ganz offensichtlich hat Khomeini seine Absicht nicht verwirklichen können, nämlich zwischen den beiden Lagern um Banisadr einerseits und Beheschti andererseits zu lavieren und diese beiden Lager miteinander zu versöhnen, um so die Einheit des Landes aufrechtzuerhalten.*
Khomeinis Stimme findet zwar immer noch in den Reihen der einfachen Bevölkerung Gehör, verliert aber stets mehr an Schlagkraft und Durchsetzungsvermögen. ...

FRAGE: Neben – oder über – der Regierung gibt es den Staatspräsidenten Banisadr. Was hat er vor, wer bekämpft und wer unterstützt ihn?

ANTWORT: *Banisadr, Staatspräsident der Republik genießt in den Reihen des Volkes, in allen Klassen und Schichten hohes Ansehen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß er heute ungefähr 15 Millionen Iraner hinter sich vereinigen kann. Woher kommt diese Popularität? Banisadr besitzt ein tiefes Demokratieverständnis, das vom Volk geschätzt wird. Er stellt immer wieder das Volk als die entscheidende Macht in den Vordergrund und ruft dazu auf, die Ziele der Revolution nicht aus den Augen zu verlieren, den Kampfplatz nicht zu verlassen, aktiv am politischen Leben teilzunehmen und Widerstand zu leisten – Widerstand gegen den aufkommenden Absolutismus, Despotismus, Faschismus und die Reaktion und gegen die Einmischungsversuche der beiden Supermächte. Sein Regierungs- und Arbeitsstil, nämlich dem Volk die Wahrheit zu sagen und mit ihm zusammen nach Lösungswegen zu suchen, haben entscheidend zu seiner Popularität beigetragen. ...*
Die Diffamierungskampagne, besonders der IRP und der Tudeh-Partei, gegen Banisadr wird mit Bezeichnungen wie „Vertreter der Linie Brzinskis", „verkappter Maoist", „Westler" und so weiter geführt. ...

FRAGE: Sie haben wiederholt von der Unabhängigkeit als einem Ziel der ira-

nischen Revolution gesprochen. Von welcher Seite sehen Sie dieses Ziel am meisten bedroht und wie stellen sich die verschiedenen politischen Strömungen zu dieser Frage?

ANTWORT: *Die Unabhängigkeit des Iran wird von den beiden Supermächten bedroht, aber auch von inneren Faktoren, besonders von den despotischen Machthabern. ...*

FRAGE: Können Sie etwas mehr über die pro-sowjetische Strömung sagen?...

ANTWORT: *Was die Situation im Iran angeht, so hat es die Tudeh-Partei erreicht, in die öffentlichen Institutionen und besonders die Massenmedien einzudringen. Dies tat sie unter der Maske des „Verteidigers der Linie Khomeinis". ...*

FRAGE: Noch einmal zur Frage der Unabhängigkeit: in letzter Zeit hörte man von einem Transitabkommen zwischen der Sowjetunion und dem Iran...

ANTWORT: *... das in einem unerhörten Schnellverfahren im Parlament ratifiziert wurde, ja. Unserer Meinung nach ist dies das erste kolonialistische Abkommen nach der Revolution, weil es sowohl die staatliche Souveränität als auch die territoriale Integrität unseres Landes in Frage stellt. Das Abkommen ist vom 7. November vergangenen Jahres, und laut diesem Abkommen sind die Sowjets vorerst für 1 Jahr berechtigt, einen Transitweg, der vom Nordosten Irans parallel zur iranischen Ostgrenze bis zum Golf von Oman verläuft, für den Gütertransport zu benutzen. Den iranischen Grenz- und Zollbehörden ist untersagt, Kontrollen über den Gütertransport vorzunehmen. Durch diesen Vertrag können die Sowjets unkontrolliert heimlich Waffen in die benachbarten Länder Afghanistan und Pakistan transportieren, in die strategisch wichtigen Gebiete im Südosten Irans (Belutschestan) eindringen und vor allem auf dem Landweg zum Golf von Oman gelangen.*
Als „Gegenleistung" darf die iranische Regierung den Transitweg der Sowjetunion, der vom europäischen Teil der SU zur iranisch-russischen Grenze im Nordwesten verläuft, für den Gütertransport der in Europa gekauften Waren benutzen, wobei die Waren von den sowjetischen Grenz- und Zollbehörden an die iranische Seite übergeben werden. Die Regierung Radjai hat diesen kolonialistischen Vertrag im Parlament durchgepeitscht. Sie sagte in etwa, daß „alle diejenigen, die sich gegen diesen Vertrag stellen, die schmerzliche Lage der Volksmassen in diesen schwierigen Kriegstagen, die der Importwaren bedürfen, welche angesichts der vom Krieg zerstörten Häfen im Süden nur über die Nordgrenzen ins Land gelangen können, übersehen" und begründet damit sogar, daß die Parlamentsabgeordneten nicht einmal eine Kopie des Vertragstextes erhielten! ...



Vorderste irakische Front in Chorramschahr

FRAGE: Offensichtlich ist der Krieg mit dem Irak die zur Zeit wichtigste Angelegenheit. Worin sehen Sie die Gründe für den Angriff des Irak zum gegenwärtigen Zeitpunkt?

ANTWORT: *Wir meinen, daß man als Hintergründe der Invasion folgende nationalen und internationalen Umstände anführen kann:*
a) Die politische Instabilität und das herrschende Chaos im Iran,
b) die Zuspitzung der Widersprüche in den Reihen der Herrschenden, besonders der Staatsführung, die sich in offenen Machtkämpfen ausdrücken,
c) die desolate Lage der iranischen Streitkräfte, die sich besonders nach der Aufdeckung eines militärischen Putschplanes Anfang Juli 1980 und der darauffolgenden Verhaftung und Hinrichtung hoher Offiziere, besonders der Luftwaffe, zusehends verschlechterte,
d) die Stimmung der Unzufriedenheit und des Unwillens in weiten Teilen der iranischen Bevölkerung,
e) die prekäre wirtschaftliche Lage, die sich infolge des Wirtschaftsboykotts der westlichen Industrieländer gegen den Iran zugespitzt hatte, und schließlich
f) die stillschweigende Zustimmung der beiden Supermächte, wenn auch aus unterschiedlichen Interessen. Die sowjetische Supermacht war an dieser Invasion interessiert, weil sich nach ihren Berechnungen der Iran wegen seiner gesamten nationalen und internationalen Lage ihr in die Arme werfen würde, um den Krieg durchzustehen, während die Sowjetunion weiterhin den Irak auf der Grundlage des 1972 mit ihm abgeschlossenen Freundschaftsvertrages mit Waffen versorgen und entsprechend beeinflussen konnte.

Den USA ging es darum, den iranischen Machthabern einen Dämpfer zu versetzen. Die chaotische Lage mußte sich nach den Erwartungen der Carter-Regierung weiter zuspitzen, womit der Boden für einen Umsturz oder für eine Intervention bereitet werden konnte. Es ist unbestreitbar, daß die Bagdader Führung genau wußte, daß die Aggression der stillschweigenden Billigung der beiden Supermächte sicher war, und sie von daher nichts zu befürchten hatte. ...

FRAGE: *Angenommen*, dieser Krieg wird nicht bald beendet – welche Auswirkungen wird dies innen- und außenpolitisch für Ihr Land haben?

ANTWORT: *Alle Anzeichen deuten daraufhin, daß wir in nächster Zeit nicht mit einer Beendigung des Krieges rechnen können. Es scheint so, als hätten sich beide Seiten auf eine noch längere Zeit eingestellt, als man vorher erwarten konnte. Militärisch kann augenblicklich keine Seite eine Entscheidung herbeiführen. Hinzu kommt noch, daß jede kriegführende Partei mit schwersten machtpolitischen Konsequenzen im eigenen Land zu rechnen hat, falls sie einseitig den Krieg für beendet erklären, den Rückzug antreten bzw. eine militärische Niederlage eingestehen würde.*

...

Innenpolitisch berührt der Krieg in immer unerträglicherer Weise die materiellen Interessen des Volkes. Mit der Begründung, das Land befinde sich im Krieg, setzen die iranischen Machthaber den Prozeß des Abbaus der demokratischen Rechte des Volkes weiter fort, festigen ihre eigenen Machtpositionen und vor allem: sie bereiten sich auf einen Bürgerkrieg vor.

...

FRAGE: Um zum Ausgang dieses Interviews zurückzukommen: welche Bedingungen müssen vorhanden sein, damit die innere Einheit des Iran wiederhergestellt und ein Bürgerkrieg, über den ja bereits laut nachgedacht wird, vermieden wird?

ANTWORT: *Schon heute ist die Rettung der Nation und die Fortsetzung der*

Revolution im Iran unmittelbar mit der Beseitigung der despotischen Machthaber verbunden! Mußte man noch gestern diesen Leuten gegenüber eine Politik des Kampfes und der Einheit führen, so ist heute die Aufrechterhaltung der inneren Einheit und der politischen Stabilität des Landes n u r im Zuge der Beseitigung dieser neuen Despoten möglich. ...
Wir sind entschiedene Gegner des Bürgerkriegs und bekämpfen ihn. Brechen die Machthaber dennoch einen Bürgerkrieg vom Zaum, so werden wir ihnen entschieden begegnen. Wir werden auf der Seite der Volksmassen, auf der Seite aller Freiheit und Unabhängigkeit liebenden Kräfte und des Staatspräsidenten Banisadr stehen.

FRAGE: Und wenn es doch zum jetzigen Zeitpunkt zu einem Bürgerkeigs kommen sollte?

ANTWORT: *Das würde verheerende Folgen für den Bestand unserer Nation, unserer staatlichen Souveränität und territorialen Integrität haben. Die Anstifter eines Bürgerkriegsgs zum jetzigen Zeitpunkt spielten nur den irakischen Aggressoren in die Hände, und dann wäre die Gefahr der offenen Aggression der Supermächte gegen den Iran gegeben.*

FRAGE: Möchten Sie der Öffentlichkeit unseres Landes noch etwas mitteilen, das wir bisher noch angesprochen haben?

...

ANTWORT: *Die Solidarität der westdeutschen Bevölkerung mit unserem Volk, das einst unter dem neokolonialen Joch der USA und dem Schah-Regime litt, ist von unschätzbarer Bedeutung gewesen. Wir werden nie vergessen, wie stark uns die demokratischen Kräfte Ihres Landes unterstützt haben.*
Diese aufrichtige Haltung unterschied sich jedoch von der Haltung mancher Kreise und den Massenmedien in ihrem Land, die die islamische Revolution und ihre Führer von Anfang an zu diffamieren versuchten. Zweifelsohne haben die rückständig denkenden und despotisch handelnden Machthaber zur Entstehung dieser Atmosphäre beigetragen – nicht nur in Ihrem Lande, sondern weltweit. Dies hat sicherlich Spuren hinterlassen.
Uns kommt es darauf an, die Menschen erneut für das Anliegen des iranischen Volkes zu gewinnen. Wir wollen die bestehenden Verhältnisse im Iran wahrheitsgetreu wiedergeben und den Iran aus der Isolation, in die ihn diese faschistischen neuen Machthaber hineinmanövriert haben, herausholen.
Diese Sympathie ist wichtig, da unsere Existenz von allen möglichen inneren und äußeren Feinden bedroht ist.
Indem wir heute den Kampf gegen den aufkommenden Faschismus führen, konzentrieren wir unsere Kräfte auf den nationalen Widerstandskrieg gegen die iranischen Eindringlinge. Wir bedürfen hierzu einer breiten internationalen Solidarität. Im Ausland haben wir zuerst durch Medikamentensammlungen die Front unterstützt, und zur Zeit führen wir eine Geldsammlung durch, um die benötigten Güter an Ort und Stelle zu kaufen. Denn es gibt keine Gewähr dafür, daß die verschickten Güter überhaupt an die Front gelangen. **(stark gekürzt vom iz3w)**

Südafrika

Justizmord an Freiheitskämpfern

Stop dem Justizmord an südafrikanischen Freiheitskämpfern!
Postkartenaktion des ASK:
Rettet das Leben der „Pretoria Three"!
ANC unterzeichnet Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen!

Am 26. November 1980 verhängte der Oberste Gerichtshof in Pretoria Todesurteile gegen Ncimbithi Lubisi (28), Petrus Mashigo (20) und Naphtali Manana (24). Alle drei sind Mitglieder der südafrikanischen Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongress (ANC). Sie wurden des Hochverrats und versuchten Mordes und Raubes für schuldig befunden. Am 4. Januar 1980 hatten die drei Freiheitskämpfer an dem Angriff einer Einheit des militärischen Flügels der ANC „Umkhonto WeSizwe" (Speer der Nation") auf die Polizeistation von Soekmekaar im nordöstlichen Transvaal teilgenommen. Ihre sechs Mitangeklagten wurden zu Gefängnisstrafen zwischen 10 und 20 Jahren verurteilt. Das über viermonatige Gerichtsverfahren demonstrierte erneut die Brutalität des rassistischen Unterdrückungssystems in Südafrika. Der Angeklagte Ikanyeng Molebatsi (verurteilt zu einer Haftstrafe von 20 Jahren) schilderte vor Gericht, wie er durch das Überstülpen einer Plastiktüte über den Kopf gefoltert und fast zum Ersticken gebracht worden war, um „Geständnisse" aus ihm herauszupressen.
Die drei zum Tode verurteilten ANC-Mitglieder hatten Südafrika nach dem Massaker an wehrlosen Schülern Sowetos im Jahre 1976 verlassen und sich der Befreiungsbewegung und seiner bewaffneten Abteilung angeschlossen. Vor Gericht verteidigten sie offensiv das Recht eines jeden Volkes auf Widerstand gegen ein von der Weltöffentlichkeit geächtetes Regime. Ihre Aktion gegen die Polizeistation von Soekmekaar sei als ein „Akt der Sympathie mit der Bevölkerung von Soekmekaa" zu verstehen.
Obwohl niemand während des Angriffs ums Leben kam, verhängte der zuständige Richter de Villiers Todesurteile.
Die Angeklagten unterstrichen, daß der ANC im Gegensatz zu den Behauptungen des Regimes stets davon ausgehe, daß sein Befreiungskampf gegen den Staatsapparat und nicht gegen zivile Ziele geführt werde.
In der Tat hat der ANC am 28. November 1980 als erste Befreiungsbewegung die Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen unterzeichnet, die auch einen „humanitären Kodex der Kriegsführung" enthält und militärische Angriffe auf Zivilobjekte untersagt. Protokoll I der Konvention enthält die Bestimmung, daß Mitglieder von Befreiungsbewegungen, die „in Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung gegen koloniale Beherrschung, fremde Unterdrückung und rassistische Regimes kämpfen", als Kriegsgefangene zu behandeln sind und nicht hingerichtet werden dürfen, wenn sie ihrem Feind in die Hände fallen. Das südafrikanische Apartheidregime weigert sich bis heute hartnäckig, diese Bestimmung anzuerkennen.
In einem Dringlichkeitsappell hat der Afrikanische Nationalkongress dazu aufgerufen, mit einer internationalen Kampagne das Leben der drei vom Tode bedrohten Freiheitskämpfer zu retten.
Die Anwälte der Angeklagten haben inzwischen Berufung eingelegt, weswegen verstärkter internationaler Druck besonders notwendig ist.
In diesem Zusammenhang *fordert das ASK die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß die Vollstreckung der Todesurteile verhindert wird, politische Gefangene gemäß der Genfer Konvention als Kriegsgefangene behandelt und alle politischen Gefangenen in Südafrika freigelassen werden.*
Das ASK appelliert darüber hinaus an die Solidaritätsbewegung unseres Landes, an Parteien, Kirchen, gesellschaftliche Organisationen, Verbände und Aktionsgruppen sowie an alle, die das Apartheidsystem und die Rassendiskriminierung verurteilen, bei der Regierung in Pretoria (P.W. Botha, Union Buildings, Pretoria, South Africa) zu protestieren.
Das ASK stellt hierfür Postkartenvordrucke zur Verfügung (Preis: DM 0,10 pro Stück).
STOPPT DEN JUSTIZMORD AN SÜDAFRIKANISCHEN KRIEGSGEFANGENEN!
F.d.R. gez. Peter Wahl

★

Blockfreie

Konferenz in Neu-Delhi

Vom 9. – 13. Februar fand in Neu-Dehli die Außenministerkonferenz der Blockfreien Staaten statt. Daran nahmen 95 Mitgliedsländer teil, 7 als Beobachter und 8 als Gäste.
Die umstrittensten Themen waren die Invasion der UdSSR in Afghanistan, die Vertretung Kampucheas sowie der Krieg zwischen Iran und Irak.

Die Afghanistan-Frage

Durch die UNO-Resolution, die den Abzug aller fremden Truppen aus Afghanistan fordert, sowie durch die Position des pro-sowjetischen Flügels, jede Behandlung dieser Frage als „unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans" abzulehen, waren die Ausgangsbedingungen für diese heftig umstrittene Frage klar.

Als die Versuche scheiterten, zu Dreierverhandlungen zwischen Pakistan, Afghanistan und dem Iran unter Vorsitz des UNO-Generalsekretärs oder seines Beauftragten zu kommen, konzentrierte sich die Frage auf die Auseinandersetzung über einen möglichen Resolutionstext. Gegenüber dem indischen Vorschlag hatte Pakistan stellvertretend für die Islamischen Staaten einen Veränderungsantrag eingebracht. Die zentralen Forderungen hierin waren:
„Abzug aller fremden Truppen", „Rückkehr der Flüchtlinge in Sicherheit und Würde", „Sicherung des blockfreien Staats von Afghanistan, frei von ausländischer Einmischung" und „Suche nach einer politischen Lösung". Der Abzug der sowjetischen Truppen wurde als Vorbedingung für jede mögliche politische Lösung betrachtet.

Relativ schnell war klar, daß die Konferenz die Forderung nach Abzug fremder Truppen erheben würde. Unklar war nur die genaue Formulierung, um die auf Marathonsitzungen, in bi-lateralen Treffen und Absprachen gerungen wurde.

Es war auch klar, daß Pakistan mit seinen Maximalforderungen nicht durchkommen würde, denn immerhin ging es darum, ein Dokument zu formulieren, daß auch für die Befürworter der sowjetischen Invasion so weit akzeptabel war, daß die Konferenz nicht in einem Eklat endete.

Aber Pakistan konnte sich nahezu vollständig durchsetzen, denn die Konferenz forderte „eine politische Lösung auf der Basis des Rückzugs der ausländischen Truppen und des vollen Respekts für die Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Integrität und des blockfreien Status von Afghanistan und der strikten Einhaltung des Prinzips der Nichtintervention und Nichteinmischung." (Schlußdeklaration § 24)

Vietnamesiche Besetzung Kampucheas verurteilt

Nachdem der Konflikt um die Vertretung Kampucheas in Havanna durch die Manipulationen Kubas mit einer Vakanz des Sitzes endete. Demgegenüber die Mehrheit der Blockfreien aber in der UNO den Vertretern des Demokratischen Kampucheas den Sitz zuerkannten, war auch hier der Konfliktvorprogrammiert. Er wurde verschärft durch die Tatsache, daß Indien den Vertretern des Demokratischen Kampuchea keine Visa zur Einreise erteilte, aber kurz vor Konferenzbeginn dem Botschafter Heng-Samrins die Akkreditierung erteilte, so daß es ihm möglich wurde, auf der Diplomatentribüne an der Eröffnung der Konferenz teilzunehmen.

Durch ein koordiniertes Vorgehen der ASEAN-Staaten Singapur, Indonesien und Malaysia wurde als erstes die Frage der Vertretung Kampucheas noch einmal thematisiert und die Entscheidung von Havanna als unrechtmäßig verurteilt. „Das Demokratische Kampuchea wurde durch eine einseitige, willkürliche und illegale Entscheidung Kubas seines rechtmäßigen Sitzes in unserer Bewegung beraubt." (Tommy Koh, UN-Botschafter von Singapur). Aber erwartungsgemäß blieb der Sitz Kampucheas vakant und die Auseinandersetzung verlagerte sich auf die Formulierung der Schlußresolution. Ein von Singapur eingebrachter Änderungsantrag verurteilte die „fortdauernde militärische Besetzung Kampucheas durch vietnamesiche Truppen, die direkt zu einer Instabilität in der Region geführt habe." Er stellte fest, „daß der Abzug vietnamesischer Truppen aus Kampuchea, um dem kampucheanischen Volk seine Selbstbestimmung unter UN-Schirmherrschaft zu ermöglichen, würde nicht nur einen großen Beitrag zur Minderung der Spannungen in diesem Gebiet beitragen, sondern auch positive Bedingungen für eine friedliche Lösung in Kampuchea und für die Vergrößerung der Aussichten für Frieden und Stabilität in Süd-Ost-Asien schaffen."

Demgegenüber verteidigte Vietnams Außenminister Co Thach die Militäraktion Vietnams. In einer Pressekonferenz erläuterte er, daß die Vietnamesen von der „kampucheanischen Befreiungsbewegung" schon vor dem Sturz Pol Pots zur Hilfe gerufen worden wären. Dies wäre ihre internationalistische Pflicht gewesen. Jetzt wären sie erst bereit, ihre Truppen zurückzuziehen, wenn die Bedrohung der Unabhängigkeit Kampucheas durch Thailand und China beendet würde. Vietnam wäre bereit, zur Lösung dieser Konflikte in Süd-Ost-Asien jeden Vermittler zu akzeptieren, nur nicht die UNO, da „diese Pol Pot anerkennt."

Aber nachdem die Entscheidung gefallen war, bezüglich Afghanistan den Abzug aller fremden Truppen zu fordern, waren Vietnams Aktien gesunken. Warum sollte man auch in einer Frage diese Forderung aufstellen, und in einer anderen zum gleichen Problem schweigen. So forderte die Konferenz eine „politische Lösung ... „die den Rückzug aller fremden Kräfte vorsieht und so die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität aller Staaten in der Region sichtert, einschließlich Kampucheas." (§25)

Blockfreie wollen zwischen Iran und Irak vermitteln

Der Krieg zwischen diesen beiden blockfreien Staaten ist eine besonders starke Belastung für die Blockfreienbewegung, zumal der IRAK der Gastgeber der nächsten Gipfelkonferenz (September 1982) sein soll. So versuchten die Blockfreien gleich nach Beginn des Krieges zwischen beiden Ländern zu vermitteln. Auf Vorschlag Jugoslawiens wurde ein Good-Will-Comittee eingesetzt, dem Kuba, Pakistan, Indien, Sambia, Algerien, die PLO und Jugoslawien angehören sollten. Aber schon die Konstituierung dieses Komitess, das am 1./2. November 1980 zum ersten mal in Belgrad tagte, stieß auf große Schwierigkeiten. Der Irak lehnte die Teilnahme Algeriens ab, während der Iran darauf bestand.

In Neu Dehli trafen nun die Kontrahenten zum ersten Mal im Rahmen einer Konferenz aufeinander, nachdem die Islamische Konferenz in Taif vom Iran boykottiert worden war. Die Auseinandersetzung begann damit, daß jeder den Ausschluß des anderen forderte und setzte sich in den Plenarreden des irakischen Außenministers Hammadi und des iranischen Staatsministers Nabavi fort.

Gleichzeitig wurde in unzähligen Gesprächen der Versuch unternommen, die Möglichkeiten für eine Vermittlung zu erörtern. Die Bedingungen hierfür sind jedoch als schlecht einzuschätzen, auch wenn die Konferenz erklärte, daß „kein Staat Territorien durch Gewaltanwendung erwerben oder besetzen darf, daß wo immer sie auf diesem Wege erworben wurden, sie zurückgegeben werden sollen."

Gleichzeitig wurden die Außenminister von Kuba, Indien, Sambia und der PLO aufgefordert, „alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um die oben erwähnten Prinzipien zu verwirklichen." (§26)

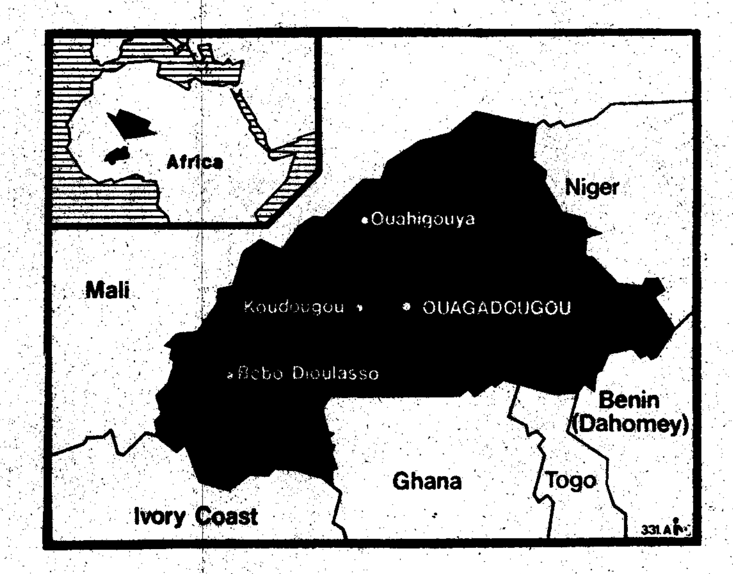
Klaus Fritsche

OBERVOLTA

Das Ende eines Mythos?

Das Scheitern der Demokratie in Obervolta

Berichte über Militärputsche in Afrika, einem Kontinent, auf dem viele Staatschefs auf diese Art an die Macht gekommen sind (z. B. Togo, Benin und Liberia), überraschen kaum noch. Trotzdem kam die Nachricht vom Sturz zweier afrikanischer Regierungen im November vorigen Jahres unerwartet: nämlich in Guinea-Bissau (siehe blätter des iz3w Nr. 91) und dem Sahel-Staat Obervolta, der im Westen als einmaliges Beispiel einer liberalen Demokratie in Afrika galt. Im folgenden sollen die Gründe der überraschenden Machtübernahme am 25. November 1980 durch Oberst Saye Zerbo in Obervolta untersucht werden, einem Land, dessen Präsident Abubacar Sangoule Lamizana seit 1966 für seine liberale Politik bekannt war.



Radikale Gewerkschaften

Tatsächlich scheint das Land Obervolta, das zu den ärmsten der Welt zählt, in seiner politischen Freizügigkeit in Afrika einzigartig zu sein. Unter Lamizana waren in Obervolta Pressezensur, Verfolgung von Oppositionellen, Folter und politische Morde, die in anderen Ländern dieses Kontinents an der Tagesordnung sind, fast unbekannt. Ein Grund hierfür ist sicherlich in der aktiven Gewerkschaftsbewegung zu suchen, die manche Abweichungen vom demokratischen Kurs – u. a. der Versuch Lamizanas, 1975 ein Ein-Parteien-System einzuführen – verhindert hat.

Mit nur 45.000 Gehalts- und Lohnempfängern (bei einer Bevölkerung von 6,5 Mio.), von denen die Hälfte Staatsbedienstete sind, verfügt Obervolta über eine in Afrika einmalige Gewerkschaftsbewegung. Es existieren rund 100 Einzelgewerkschaften, die in folgenden fünf Dachverbänden zusammengeschlossen sind: Confédération Nationale des Travailleurs Voltaiques (CNTV), Organisation Voltaique des Syndicats Libres (OVSL), Union Syndicale des Travailleurs Voltaiques (USTV), die Confédération Syndicale Voltaique (CSV) und die Union Génerale des Travailleurs Voltaiques (UGTV). Aus ihren Reihen ist schon mancher bekannte Politiker, wie z. B. Joseph Ouedraogo, hervorgegangen.

Obwohl die Gewerkschaften die Interessen von nur 0,7 % der Bevölkerung vertreten und die Solidarität zwischen den Zweigen noch zu wünschen übrig läßt, stellt die Gewerkschaftsbewegung Obervoltas eine der wichtigsten politischen Kräfte des Landes dar.

Schon 1966 waren es die Gewerkschaften gewesen, die den ersten Präsidenten nach der Unabhängigkeit, Maurice Yameogo, der in eine Serie von Finanzskandalen verwickelt war, zum Rücktritt und die damals eher widerwilligen Militärs unter Oberst Lamizana zur Machtübernahme gezwungen hatten. Obwohl 1970 eine Zivilregierung, die Zweite Republik, mit Lamizana als Präsident gewählt wurde, führten die persönlichen Querelen der Politiker zu einer Blockierung der Staatsgeschäfte, so daß Lamizana 1974 die Verfassung wieder außer Kraft setzte. Im Dezember 1975 jedoch erreichten die Gewerkschaften mit einem noch nie dagewesenen Generalstreik, daß die ersten Schritte zur Wiedereinführung einer Zivilregierung unternommen wurden. Dem Aufruf zum Generalstreik folgten nicht nur die Lohnabhängigen des öffentlichen und privaten Sektors. „Auch Brunnenbauer am Rand der Sahara, kleine Händler in der Provinz und die aus dem Süden zugewanderten Prostituierten in der Hauptstadt Quadadougou schlossen sich der Bewegung an . . ." (1).

Lamizana sah sich schließlich veranlaßt, unter Beteiligung aller politischen Parteien eine neue Verfassung ausarbeiten zu lassen. Doch auch diese 1978 ins Leben gerufene Republik sollte nicht vom Druck der Gewerkschaften verschont bleiben. Seit Mai 1979 machten sie das Leben der Politiker und des inzwischen demokratisch gewählten Präsidenten Lamizana schwer: Nachdem mehrere Gewerkschafter der OVSL inhaftiert wurden, die die ungleiche regionale Entwicklung des Landes kritisiert und dabei mehrere Persönlichkeiten des Regimes, vor allem Premierminister Joseph Conombo, der Veruntreuung von Staatsgeldern beschuldigt hatten, riefen die Dachverbände zu einem sofortigen Generalstreik vom 24. bis 31. Mai auf, der eigentlich 15 Tage vorher hätte angemeldet werden müssen. Trotz verschiedener Einschüchterungsversuche, vor allem der Inhaftierung einiger Gewerkschaftsführer, wurde die Freilassung aller Festgenommenen erreicht. Darüber hinaus warfen im September 1979 die Dachverbände CNTV und OVSL in einem offenen Brief an Lamizana den Machtinhabern Verschwendung, Veruntreuung und Unterschlagung von Staatsgeldern, Korruption und Nepotismus vor. Im selben Jahr kam es auch noch zu mehreren Streiks wie zum Beispiel bei den

Gesundheits- und Veterinärdiensten sowie im Finanzministerium.
1980 sollten die gewerkschaftlichen Aktionen schließlich zum Sturz Lamizanas führen. Anlaß war letztendlich der seit dem 1. Oktober andauernde illegale Streik der Grundschullehrer. Den Lehrern, die schon immer zu den zähesten Gegnern der Regierung zählten (2), ging es dabei aber nicht nur um eine Verbesserung ihrer ohnehin schon relativ privilegierten Positionen. Neben der Erhöhung ihrer Einkommen und Wohnungszuschüsse und administrativer Änderungen verlangten die Lehrer die Wiedereinstellung zweier entlassener Kollegen und die Rückkehr einiger Teilnehmer eines Fortbildungskurses in Paris, die laut einer der beiden Lehrergewerkschaften aufgrund zweifelhafter Kriterien ausgewählt worden waren. Es handelte sich bei den Teilnehmern nämlich um die Frau und zwei Verwandte des Erziehungsministers. Wie wichtig dieser die Forderung der Gewerkschaften nahm, zeigte seine lapidare Begründung, die Auswahl nicht rückgängig machen zu können: „Was sollte ich meiner Frau erzählen, wenn ich sie aus Paris zurückhole?" (L'Observateur v. 21. 10. 80). Ferner wiesen sie mit ihrem Streik auf die Gefahr des Abbaus von demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten und auf die langsame Entwicklung des Bildungswesens hin, da noch 90 % der Bevölkerung Analphabeten sind.
Am 14. Oktober rief der Dachverband des CSV zu einem dreitägigen Solidaritätsstreik auf, der den Luftverkehr und das Bank- und Zollwesen völlig lahmlegte. Daß die Gewerkschaften nicht mehr gewillt waren, die Regierung auf irgendeine Art zu unterstützen, zeigte sich deutlich, als am 4. November die Dachverbände zu einem zweitägigen Generalstreik aufriefen und die CSV sogar mit einem unbegrenzten Streik drohte. Eine für den 13. November vorgesehene Demonstration wurde am Tag davor von Lamizana mit der Begründung verboten, militante gewerkschaftliche Elemente könnten, in Uniform gekleidet, auf die Demonstranten schießen, um somit eine Konfrontation mit der Armee zu provozieren. Gleichzeitig wurde das unbefugte Tragen von Uniformen der obervoltäischen Streitkräfte untersagt.
Für Beobachter der Ereignisse blieb kein Zweifel, daß das Verbot der Demonstration und das Tragen von Uniformen nicht den Gewerkschaften, sondern der Regierungspartei (PVD-RDA) galt, die Gerüchte zufolge seit einiger Zeit eine Privatmiliz unterhalten haben soll, um ihre schwankende Position notfalls zu verteidigen (3). Die Demonstration fand trotzdem statt. Einige Demonstranten wurden von der Compagnie Républicaine de Sécurité (CRS) niedergeknüppelt (L'Observateur v. 02. 01. 81) Hierbei handelt es sich um eine Truppe, deren Oberhaupt der PDV-RDA nahestehen sollte. Am 21. November beendeten dann die Grundschullehrer und die seit Anfang November streikenden Oberschullehrer überraschend ihren Streik. In der Nacht zum 25. November übernahm Oberst Saye Zerbo die Macht.

Die Übernahme ging ohne jegliche Reaktion im In- und Ausland vonstatten. Einzig und allein die französische Presse trauerte Lamizana nach, dem sie den Aufbau der Demo- [illegible] in den letzten fünfzehn Jahren in Obervolta zusprach. Sie bedauerte „das Ende eines politischen Systems, dessen Liberalität für afrikanische Verhältnisse einzigartig war" (le monde v. 27. 11. 80).

Lamizana, „le bon père"

In der Tat hängt das liberale Klima Obervoltas eng mit der Person Lamizanas zusammen. Unter ihm sind Gewerkschaften, Jugend- und Frauengruppen nie, die Parteien nur ein-



Der abgesetzte Präsident Lamizana

mal – und zwar 1974 – verboten worden. Trotz dieses Verbots konnten sie politisch weiterarbeiten, was die Tatsache beweist, daß sie 1976, als eine neue Verfassung ausgearbeitet wurde, sofort Vertreter in die dafür gebildete Kommission schicken konnten. Auch der zu den gefährlichsten Gegnern Lamizanas zählende frühere Präsident Yameogo konnte sich trotz der Aberkennung seiner Bürgerrechte und seines Hausarrestes seit 1978 sowohl im In- als auch im Ausland relativ frei bewegen und seine politischen Kontakte aufrechterhalten. Von Lamizana wird gesagt, er habe sein Land wie ein „guter Vater" geführt (afrique asie Nr. 228, 1980). Eine liberale Politik hat aber nicht verhindern können, daß die mächtigsten Gruppen der Gesellschaft – die Parteien und Gewerkschaften – sich um die Macht im Staate stritten und dabei die tatsächlichen Probleme des Landes vernachlässigten. Lamizana erwies sich letzlich als unfähig, diese Machtkämpfe einzudämmen, die die 3. Republik unterminierten.

Die politische Entwicklung des Landes seit 1966

Als die Militärs unter Lamizana 1966 an die Macht gelangten, verhielten sie sich nicht so, wie man es von Militärdiktaturen gewohnt war. Es gab keine Verhaftungen, kein Einfrieren von Banknoten und kein Parteienverbot, im Gegenteil, es wurden sogar neue Parteien zugelassen.

Zur Zeit der Machtübernahme waren die Staatsfinanzen vollkommen zerrüttet. Die Armee entschloß sich, vier Jahre an der Macht zu bleiben. Schon nach einem Jahr gelang es dem Finanzminister, Major Garango, den Staatshaushalt zu sanieren. 1969 wurden dann Vorbereitungen getroffen, um die Macht an eine Zivilregierung zu übergeben. Die von allen politischen Gruppen befürwortete und vom Volk mit überwältigender Mehrheit angenommene Verfassung sah vor, daß Lamizana noch fünf Jahre Präsident bleiben sollte und daß den Militärs fünf der fünfzehn Ministerämter reserviert bleiben sollten. Aus den im Dezember 1970 abgehaltenen Wahlen ging als klarer Sieger die Union Démocratique Voltaïque-Rassemblement Démocra-

tique Africain (UDV-RDA) hervor. Im großen und ganzen verlief diese zivil-militärische Koalition reibungslos. Sie scheiterte schließlich, nicht wie vielleicht zu erwarten wäre, an den Militärs, sondern an den „ungezügelten Rivalitäten von Zivilisten" (4), insbesondere zwischen dem Parlamentspräsidenten Joseph Ouedraogo und dem Premierminister Gérard Ouedraogo (nicht miteinander verwandt!). Obwohl die Präsidentschaftswahlen erst für 1975 vorgesehen waren, stritten sich diese schon 1973 um die Kandidatur für die UDV-RDA. Dieser Streit führte im Januar 1974 zu einer völligen Blockierung der Staatsgeschäfte, und die Militärs sahen sich schließlich gezwungen, im Februar desselben Jahres das Parlament aufzulösen und im Mai die Parteien zu verbieten, um eine Regierung überhaupt möglich zu machen.

Nach dem Generalstreik von 1975, der die Rückkehr zu einer Zivilregierung zum Ziel hatte, führte Lamizana Gespräche mit Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen. Schon im Feburar 1976 bildete er eine neue Regierung, in der die Zivilminister in der Überzahl waren. Erstaunlich hierbei war die Anzahl linksgerichteter Minister, was vielleicht auf die wahre politische Sympathie Lamizanas hindeutet. Im April wurde eine Kommission gebildet, die abermals eine neue Verfassung ausarbeiten sollte. Dabei ließ die Regierung der aus 32 Mitgliedern bestehenden Kommission, in der auch drei Frauen vertreten waren, freie Hand. Jeder der damals bestehenden Gewerkschaftsdachverbände und auch die verbotenen Parteien waren in dieser Kommission vertreten. Die ausgearbeitete Verfassung wurde im November 1977 in einer Volksabstimmung bei einer Wahlbeteiligung von über 70 %, die nicht nur für Obervolta, sondern für ganz Afrika erstaunlich hoch ist, mit 98,7 % Ja-Stimmen angenommen. Bei den folgenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sank die Wahlbeteiligung aber erheblich.

Die Parlamentswahlen zur Dritten Republik, 30. April 1978.

Da die politischen Parteien in Wirklichkeit nie zu existieren aufgehört hatten, konnten sie nach der Aufhebung des Parteiverbots zum 1. November 1977 ohne Schwierigkeit sofort wieder mit ihren Aktivitäten beginnen. „Innerhalb weniger Tage bildeten sich 9 Parteien, von denen sich später sieben zur Wahl stellten (5). Die wenigsten von ihnen konnten ein genaues Programm aufweisen, außer der Forderung nach der Rückkehr zu einer Zivilregierung. Die neue Verfassung sah vor, daß nur die drei Parteien, die die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnten, als endgültig zugelassen gelten sollten. Die Wahlbeteiligung war mit 38,3 % erstaunlich niedrig und wirft die Frage auf, warum das Interesse an der Politik bei der Bevölkerung so rasch nachgelassen hatte. Eine mögliche Erklärung wären die im April überraschend früh einsetzenden Regenfälle, die die Bauern zwangen, frühzeitig mit dem Anbau zu beginnen. Ein klares Zeichen dafür, wo die Prioritäten für die Mehheit der Bevölkerung Obervoltas liegen!

Es ist schwierig, in einem Land wie Obervolta, das durch eine schlechte Infrastruktur, eine niedrige Alphabetisierung, geringes Einkommen und starke Stellung der traditionellen Führer gekennzeichnet ist, einzuschätzen, inwieweit diese Wahlen tatsächlich frei und demokratisch waren. Besonders ins Auge fällt der Zusammenhang zwischen dem guten Abschneiden der UDV-RDA einerseits und anderseits der Unterstützung, die sie von den traditionellen Mossi-Führern erhielt. Die Mossi, die im 12. Jh. einen mächtigen Staat auf knapp die Hälfte der Bevölkerung dar. Ihre Führer haben dem Gebiet des heutigen Obervolta gründeten, stellen heute zwar keine offizielle Macht mehr, üben aber einen erheblichen Einfluß auf ihr Volk und auf die mit den Mossi verwandten Gourmantche aus.

Insgesamt gewannen fünf der sieben zur Wahl angetretenen Parteien Sitze im Parlament, aber keine erreichte die absolute Mehrheit. Die UDV-RDA verfehlte mit nur einem Sitz die absolute Mehrheit (28 von 57). Da sie aber über ihren Präsidentschaftskandiaten zerstritten war, konnte sie ohnehin nicht als Block auftreten. Da laut Verfassung nur drei Parteien zugelassen waren, wurden zwischen den gewählten Parlamentariern neue Allianzen geschlossen (s. Kasten), und die Abgeordneten nahmen das Recht für sich in Anspruch, uneingeschränkt neue Fraktionen zu bilden. Aus reinen Opportunitäts- und Karriereerwägungen wechselten Abgeordnete in der Folge die Parteien oder gründeten Fraktionen. So z. B. gliederte Pale Welte, Führer der Parti du Regroupement Africain (PRA – 6 Sitze im neuen Parlament), der vor der Wahl geschworen hatte, nie eine Allianz mit der UDV-RDA einzugehen, seine Partei eben dieser, der Regierungspartei an, und wurde mit dem Ministerium für ländliche Entwicklung belohnt (6). Die Funktionsfähigkeit der Dritten Republik war somit schon vom Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Die fünf gewählten Parteien der Dritten Republik und ihre Bündnisse

UNDD
Union Nationale pour la Défense de la Démocratie
(13 Sitze)
– Führer Herman Yameogo

UDV + RDA
Union Démocratique Voltaique-Rassemblement Démocratique Africain (28 Sitze)
– Premierminister Joseph Conombo
– Parlamentspräsident Gérard Quédraogo
– Führer der Front de Refus Joseph Quédraogo (5 Sitze)

UPV
Union Progressiste Voltaique
(9 Sitze)
– Führer Joseph Ki Zerbo

alliiert und bilden die →

FPV
Front Progressiste Voltaique
(14 Sitze)

PRA
Parti du Regroupement Africain
(6 Sitze)
– Führer Pale Welte

UNI
Union Nationale des Indépendants
(1 Sitz)
– Führer Kargougou Moussa

Bündnisse mit der UDV-RDA eingegangen



Der eigentliche Hintermann der UNDD, der frühere Präsident Yameogo

Der Kampf um die Präsidentschaft, Mai 1978

Bereits im Februar 1978 schlugen mehrere kleine Parteien Lamizana als Präsidentschaftskandidaten vor, der sich jedoch vorerst zurückhielt. Als die Mehrheit der UDV-RDA aber, aufgrund des jahrelangen Streits zwischen Joseph und Gérard Ouedraogo, sich nicht auf einen Präsidentschaftskandidaten einigen konnte, unterstützten jetzt auch zwei Drittel der UDV-RDA die Kandidatur Lamizanas, worauf dieser sich schließlich doch bereit erklärte, als Unabhängiger zu kandidieren. Eine Fraktion der UDA-RDA unterstützte jedoch weiterhin die Kandidatur von Joseph Ouedraogo und bildete die „Front de Refus-RDA" eine Ablehnungsfront innherhalb der Partei. Weitere Kandidaten waren Joseph Ki Zerbo für die Union Progressiste Voltaique (UPV) und der bis dahin ziemlich unbekannte Macaire Ouedraogo, der für die Union Nationale pour la Défense de la Démocratie (UNDD) kandidierte. Der eigentliche Hintermann dieser Partei war der frühere Präsident Yameogo, der aber nicht kandidieren konnte, da ihm seine Bürgerrechte aberkannt worden waren.
Auffällig bei diesen Kandidaten ist, daß zwei von ihnen, nämlich Joseph Ouedraogo und Macaire Ouedraogo beide Mossi sind, während die anderen beiden Kandidaten Lamizana und Joseph Ki Zerbo zu der zahlenmäßig unbedeutenden ethnischen Gruppe der Samo gehören. „Offiziell hat diese Stammeszugehörigkeit keine Rolle gespielt. Es ist aber schwer vorstellbar, daß in der gegenwärtigen Situation ein Angehöriger eines dritten Stammes eine Chance hätte, gewählt zu werden" (2). Bezeichnenderweise ist das seit dem Putsch am 25. November 1980 neu amtierende Staatsoberhaupt, Saye Zerbo, auch ein Samo. Hinzu kommt, daß mit Ausnahme von Lamizana alle Kandidaten katholisch sind. In einem Land, in dem der Anteil der Christen an der Gesamtbevölkerung nur 5 % ausmacht (20 % der Voltaer sind Moslems, alle anderen praktizieren traditionelle Religionen), deutet dies auf die besondere Rolle der Kirche in der Heranbildung einer Elite und ihre eventuelle indirekte Einflußnahme auf die Politik hin. Nach dem Putsch im vorigen November konnte der Erzbischof seine Freude nicht verhehlen und verkündete, der Staatsstreich unter Oberst Saye Zerbo sei von einem Gott gelenkt worden, der Obervolta offensichtlich liebte.
Bei den Präsidentschaftswahlen gewann schließlich Lamizana beim zweiten Wahlgang mit 56,5 % der abgegebenen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von nur 43 %. Lamizana kam also mit nur ca. 20 % der Stimmen aller Wahlberechtigten an die Macht. Seine Amtsperiode war auf fünf Jahre festgelegt.

Die Dritte Republik

Das neu gebildete Parlament verfiel sofort in Streitigkeiten zwischen den beiden Hauptkontrahenten Joseph Ouedraogo und Gérard Ouedraogo. So verließen z. B., als Gérard zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde, 28 der insgesamt 57 Abgeordneten (Anhänger von Joseph) aus Protest das Parlament und blieben ihm für vier Wochen fern. Überdies hatte die erwähnte Fraktionsbildung dazu geführt, daß es nun insgesamt fünf Gruppierungen im Parlament gab, die, obwohl sie sich inhaltlich wenig voneinander unterschieden, sich in einem ständigen Kleinkrieg gegenseitig zermürbten.

Anfang Juli 1978 schlug Lamizana Joseph Conombo, der Lamizanas Kandidatur frühzeitig unterstützt hatte, als Ministerpräsidenten vor. Er wurde mit 29 Stimmen bei einer Gegenstimme und 27 Enthaltungen in dieses Amt gewählt. Die Enthaltung der Opposition deutete zuerst auf eine gewisse Bereitschaft hin, die Regierung funktionsfähig zu erhalten. Die ersten Entscheidungen dieses Parlamentes sollten aber jeden enttäuschen, der hoffte, die dringendsten Probleme des Landes würden jetzt endlich angegangen werden. „Weder das Grundproblem der Stadt-Land-Beziehung noch andere dringende nationale Probleme wie die Wasserversorgung oder das Gesundheits- und Erziehungswesen bildeten Stoff und Inhalt der ersten Regierungsverlautbarungen, sondern eine neue ‚Ordre de Précédence' (Rangfolge) für das Protokoll und eine neue Kleiderordnung für offizielle Anlässe. Im übrigen beschäftigte sich die Regierung vor allem mit einer Neuverteilung der Ressortzuständigkeiten . . ." (8).
Die ersten Monate zeigten schon, daß die durch demokratische Wahlen an die Macht gelangte Regierung es nicht so genau mit der Freiheit nehmen würde wie das abgelöste Militärregime. Der seit 1972 erscheinende „L'Observateur" war vor und während des Wahlkampfes 1978 nur zweimal verboten worden, wogegen innerhalb der ersten dreieinhalb Monate der neuen Republik die Zeitung aber bereits dreimal nicht erscheinen durfte, weil sie über Tatsachen berichtete, die der Regierung unangenehm waren.



Ministerpräsident Conombo

Die Rolle der Armee

Obwohl die Rückkehr zu einer Zivilregierung somit vollzogen war, spielte die Armee immer noch eine zentrale Rolle, was sich auch darin zeigte, daß Lamizana, obwohl jetzt Präsident der Zivilregierung, weiterhin Uniform trug und die Kaserne dem Präsidentenpalast als Residenz vorzog. Vermutlich, weil er nicht davon überzeugt war, daß die Offiziere sich wirklich aus dem politischen Geschehen heraushalten würden. Unter Lamizanas Herrschaft ist die Armee von ca. 1500 Soldaten im Jahre 1966 auf über 8000 (einschließlich einer neu gebildeten Frauendivision) im Jahr 1980 angewachsen. Dieses Wachstum ist allerdings vor allem auf den seit Dezember 1974 immer wieder neu entflammten Grenzkonflikt mit Mali um den 15 km langen uranium- und ölreichen Landstreifen, den Agacher zurückzuführen (9). Die Bedeutung, die der Armee in der Dritten Republik beigemessen wurde, zeigte sich daran, daß auf ausdrücklichen Wunsch Lamizanas zwei Militärs und ein ehemaliger Offizier in das Kabinett aufgenommen wurden. Darüber hinaus stiegen allein die Personalkosten für das Verteidigungswesen zwischen 1978 und 1979 um 32 %. 1978 bekamen die Streitkräfte Gehaltserhöhungen von 40 – 50 %, und 1979 erhielt die Armee mehr Geld für Personalkosten, als die Bildungs-, Gesundheits- und ländlichen Entwicklungsministerien zusammen (10). Verständlich also, daß es der Armee an einer funktionsfähigen Regierung gelegen war, die ihre Interessen richtig zu vertreten wußte.

Wenn Elefanten kämpfen . . .

Die Machtquerelen der Politiker, die militanten Forderungen der Gewerkschaften, die ohnehin die Interessen von nur 0,7 % der voltaischen Bevölkerung vertreten, und die Interessen des Militärs gehen eigentlich an den Hauptproblemen des Landes vorbei. „Wenn Elefanten kämpfen", sagt ein afrikanisches Sprichwort, „wird das Gras zertrampelt". Das Gras, das sind 90 % der voltaischen Bevölkerung, die auf dem Lande ein karges Leben fristen.
Trotz aller Liberalität des politischen Systems sind in den letzten 15 Jahren die Hauptanliegen der Mehrheit der Bevölkerung von der Laisser-Faire-Politik Lamizanas vernachlässigt worden. Obervolta gehört zu den am wenigsten entwickelten Länder der Welt, und mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 115 $ (BRD: 7380 $) sind nur Kambodscha, Laos, Äthiopien und Bhutan noch ärmer. Landwirtschaft und Viehzucht sind bei weitem die wichtigsten Wirtschaftszweige. 94 % der Ausfuhren bestehen aus Vieh, Baumwolle und Erdnüssen. Die landwirtschaftliche Produktion und der Viehbestand haben erheblich unter der Dürrekatastrophe zu Beginn der siebziger Jahre gelitten, und die Landwirtschaft hat auch heute noch beachtliche Einbußen durch ungenügende und unregelmäßige Regenfälle aufzuweisen. Obwohl 90 % der Bevölkerung Bauern sind, muß das Land selbst in ertragreichen Jahren noch Lebensmittel einführen. Zwischen 1970 und 1980 fiel der Index der Nahrungsmittelproduktion von 100 auf 84. 1975 wurde Getreide im Werte von 7,1 Mill. US$ importiert, und es wird geschätzt, daß im Jahre 1981 100.000 Tonnen Getreide fehlen werden (L'Observateur Dez. 81). Die Subsistenzbauern müssen die Hälfte ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben. Die Mehrheit der Bauern, besonders im Zentrum des Landes, kann sich nicht mehr als eine Hirse- oder Sorghummahlzeit pro Tag leisten. Seit der Dürreperiode ergibt die Ernte in den besonders betroffenen Gebieten nur 60 Kilo Getreide jährlich pro Kopf, während der Jahresbedarf aber auf 250 Kilo pro Kopf geschätzt wird.



lokales Handwerk

Die Inflationsrate stieg zwischen 1970 und 1980 von 1,3 % im Jahr auf zuerst 7 % und ist jetzt bei 18 % angelangt. „Vor allem aufgrund ständig wachsender Lebensmittelimporte erreichte die Zahlungsbilanz, die dank der Überweisungen der im Ausland lebenden Arbeitskräfte 1970 noch einen Überschuß von 9 Millionen $ aufwies, 1979 ein Defizit von 40 Millionen $.
Die Bevölkerung konzentriert sich in den ehemaligen fruchtbaren Zentralprovinzen, die aber aufgrund der Überbevölkerung (die jährliche Zuwachsrate beträgt 2,8 %) inzwischen nur noch niedrige Ernteerträge hervorbringen. Viele anbaufähige Gebiete können mangels Wasser nicht bewirtschaftet werden. Von den theoretisch bewässerungsfähigen Flächen werden momentan nur 8 % landwirtschaftlich genutzt. Die fruchtbaren Flußtäler des Landes sind wegen der Onchozerkose (Flußblindheit) kaum bewohnbar. Bis jetzt ist mit ausländischer Hilfe ein Gebiet von 47.400 qkm (17 % des Staatsgebietes) von Onchozerkose befreit worden. Auf dieser Fläche sind seit 1973 55.000 Bauernfamilien angesiedelt worden. Ziel dieses Umsiedlungsprojektes ist die Produktion von jährlich 150.000 t Getreide, 70.000 t Baumwolle, 50.000 t Zuckerrohr und 40.000 t Erdnüsse. Das Projekt ist aber in den letzten Jahren unter harten Beschuß gekommen: Erstens weil es sich, wie bei allen bisherigen Projekten der Regierung, fast ausschließlich auf Produktion für ausländische Märkte konzentriert, aber auch wegen der dadurch entstandenen Kreditabhängigkeit der Bauern. Die Bauern können sogar vom Projektland verwiesen werden, wenn sie das Produktionssoll nicht erfüllen (11). Während im Norden Obervoltas Hunger herrscht, produzieren andere Projekte im fruchtbareren Süden Tomaten, Zucker, Tabak, Erdbeeren, Artischocken, Zwiebeln und andere Gemüsearten für den europäischen Markt.

Vielerorts werden die Frauen in der Landwwirtschaft besonders benachteiligt. Ihnen, die traditionellerweise für die Subsistenzproduktion zuständig sind, wird durch die zunehmende Beanspruchung fruchtbarer Boden für den Anbau von Marktfrüchten (cash crops) durch die Männer zuwenig Land zur Verfügung gestellt, um die Bedürfnisse der Familie zu befriedigen. Andererseits haben sie, obwohl sie auf den Cash-Crop-Feldern der Männer oft die Hauptarbeit leisten, häufig keinen Zugang zu einem eigenen Geldeinkommen, um Lebensmittel zu kaufen, da der Erlös der Felder den Männern zufällt, die dieses Geld nicht immer für das Wohl

der Familie verwenden. Bis jetzt ist auch wenig unternommen worden, um die körperlich anstrengenden und zeitraubenden Aufgaben der Frauen sowohl in der Landwirtschaft (z. B. das Jäten) als auch im Haushalt (das Wasserholen von Kilometer entfernten Brunnen, das Sammeln von Brennholz, die Vorbereitung von Essen u.s.w.) zu erleichtern. Mit einem Arbeitstag von durchschnittlich 10 Stunden (verglichen mit 7 Stunden für Männer) gehören die ländlichen Frauen Obervoltas zu den besonders benachteiligten Gruppen.

Zu einem der schwerwiegendsten Probleme gehört die Abwanderung von jungen Männern, die in die Städte des Landes oder in die wirtschaftlich besser florierenden Länder wie früher nach Ghana, heute verstärkt in die Elfenbeinküste und neuerdings nach Gabon ziehen. Zur Zeit wird geschätzt, daß von den 6,5 Millionen Voltaern zeitweilig 1 Million jenseits der Grenzen lebt.

Gegen den katastrophalen Gesundheitszustand der Bevölkerung ist bisher wenig unternommen worden. Die Kindersterblichkeit ist hoch; schwere Erkältungen, Gehirnhaut- und Lungenentzündungen, Malaria, Kinderlähung, Parasitenbefall sowie die Bilharziose und Onchozerkose sind weit verbreitet. Die Lebenserwartung ist mit 41 Jahren in der Stadt und mit 32 Jahren auf dem Land extrem niedrig.

Im ganzen Land praktizieren nur 51 einheimische Ärzte. Das entspricht einem Verhältnis von 1 Arzt auf 118.000 Einwohner (das von der Weltgesundheitsorganisation geforderte Verhältnis liegt bei mindestens 1 : 10.000). Von diesen 51 Ärzten haben sich 48 in den Großstädten Ouagadougou und Bobodioulasso niedergelassen. Auf 50.000 Einwohner kommt eine Hebamme. Zwei Drittel der Hebammen praktizieren ebenfalls in den Großstädten. Das zahlenmäßige Verhältnis von Krankenschwestern (1 : 6.350) und Krankenpflegern (1 : 17.000) zur Bevölkerung ist auch nicht viel besser.

90 % der Bevölkerung sind Analphabeten. Die Einschulungsquote liegt bei 13 % und hat sich über Jahre hinweg kaum verändert. Dazu kommt, daß die Bildungskosten äußerst hoch sind (ca. 600 bis 700 DM im Jahr) und von den Allerwenigsten bezahlt werden können . Das Durchschnittseinkommen eines Bauern liegt im Jahr bei 180 DM. Von den 37 Oberschulen des Landes werden nur 14 mit öffentlichen Geldern subventioniert.

Ein besonderes Problem des Landes stellt der Energieverbrauch dar. In Obervolta wird fast ausschließlich mit Holz gekocht . Manche Gegenden der übervölkerten Mossi-Gebiete sind inzwischen völlig abgeholzt worden, so daß das Holz von weitem herangeschafft werden muß. In der Hauptstadt Ouagadougou allein werden täglich 400 t Holz verfeuert, und ein Familienoberhaupt muß bis zu 40 % seines/ihres Einkommens für Brennmaterial ausgeben (Spiegel 6/1981).

Der Staatshaushalt von 1980 war mit 350 Mio. DM klein und reichte gerade aus, um die Administrationskosten zu bestreiten. Die Industrie des Landes ist wenig entwickelt, und nur 5 % der erwerbsfähigen Bevölkerung ist hier beschäftigt. Eines der größten Versäumnisse der Dritten Republik ist es, den für das Land so wichtigen Abbau von Mangan im Norden nicht vorangetrieben und die Wiedereröffnung der Goldminen in Poura unterlassen zu haben, obwohl für beide Projekte ausländische Investoren vorhanden wären (afrique asie nr. 229, Dez. 1980).

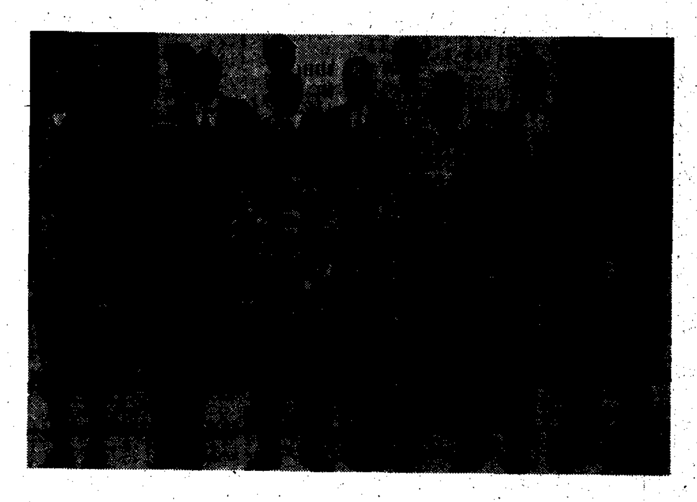
Für den Aufbau des Landes ist Obervolta deshalb vorwiegend auf Entwicklungshilfe aus dem Ausland angewiesen. 1980 übertraf diese Hilfe aus Frankreich, der BRD und den USA, aus Holland und der VR China sowie aus Algerien und Libyen mit ca. 400 Mio. DM (ausgenommen Nahrungsmittelzuwendungen) das Volumen des gesamten Staatshaushalts. Diese Hilfe bedeutet aber auch eine Abhängigkeit vom Ausland. Die stärkste Abhängigkeit besteht gegenüber Frankreich, das zu einem gewissen Teil den Staatshaushalt subventioniert, aber auch aufgrund des kolonialen Erbes viel Einfluß im Lande genießt: Die Elite Obervoltas hat vorwiegend in Frankreich studiert, die Armee wird von Franzosen ausgebildet, und der ganze moderne Wirtschaftssektor ist von französischem Kapital beherrscht (Die Neue, 27.11.80). 1977 wurden aus Frankreich Waren im Werte von 93,3 Mio. US$ eingeführt, während Exporte nach Frankreich nur 4 Mio. US$ betrugen. Die verstärkte Hilfe aus Nordafrika, vor allem aus Libyen und Algerien, hat die Außenpolitik Lamizanas weitgehend beeinflußt. 1973 brach Obervolta auf Druck Libyens hin seine diplomatischen Be-



ziehungen zu Israel ab. Als Folge entfiel eine höchst effektive Entwicklungshilfe seitens Israel. Nach der Invasion von Uganda durch tansanische Truppen 1979 war Lamizana gezwungen, seine lang bestehende Freundschaft mit dem tansanischen Präsidenten Nyerere (das Regime von Idi Amin war von Libyen unterstützt worden) aufzukündigen. Auch in der Frage der West-Sahara hat Obervolta in den letzten Jahren für die Polisario Partei ergriffen. Als Gegenleistung hat Libyen Obervolta Kredite für die private Wirtschaft und für den Abbau von Mineralien sowie Hilfe für das Gesundheitswesen gewährt. Trotz dieses Vorteils wurde Lamizana wegen des Aufgebens der autonomen Position Obervoltas in Afrika zunehmend kritisiert.
Eine besondere Abhängigkeit besteht auch gegenüber der Elfenbeinküste, die Obervoltas einzigen Zugang zum Meer darstellt. Alle Importe und Exporte des Landes gehen über die Bahnstrecke Abidjan-Ouagadougou. Darüber hinaus bietet die Elfenbeinküste auch einen wichtigen Arbeitsmarkt für die jungen Voltaer. Einmischungen der Elfenbeinküste in die inneren Angelegenheiten Obervoltas konnten daher kaum ausbleiben: so wurden z. B. bei den Parlamentswahlen 1978 sowohl die UDV-RDA als auch die UNDD von der Elfenbeinküste finanziell unterstützt.

Die neuen Machthaber

Die Probleme, die auf das am 25. November gegründete Militärkomitee für den Wiederaufbau des Landes (Comité militaire de redressment pour le progrès nationale – CMPRN) zukommen, sind somit immens. Daß die junge Mannschaft um Saye Zerbo (die Mitglieder des CMPRN sind zwischen 31 und 48) mit ihrem Versprechen, die Entwicklung des Landes zügig voranzutreiben, es aber ernst meint, zeigen nicht nur ihre ersten Verlautbarungen, sondern auch ihre Aktivitäten: Sofort und unbürokratisch wurde dringend benötigte Hilfe in die drei nördlichen Provinzen geschickt, in denen die Ernte durch eine Heuschreckenplage und anhaltende Dürre völlig zersötrt worden war; die Eröffnung der Gold- und Manganminen wurde sofort in Angriff genommen, und die alten Verträge über die Finanzierung des Abbaus und den Bau der notwendigen Infrastrukturen wurden aus ihrem Versteck in irgendeiner Schublade der Administration hervorgeholt (l'Observateur 10. 3. 81); auf dem Lande wurden Bauernkomitees für ländliche Entwicklung gegründet, und ein agrarisches Großprojekt wurde bewilligt; die für 1981 geplanten Staatsausgaben wurden von 46 Mrd. FCFA (100 FCFA = 0,87 DM) auf 40,5 Mrd. FCFA



Die neue Regierung

gekürzt (Nachrichten für Außenhandel 18. 3. 81); ebenso wurden Maßnahmen zur Erhöhung der Staatseinnahmen ergriffen; ferner wurde eine Kommission gegründet, um die Finanzen der Dritten Republik zu überprüfen. Für Frauenangelegenheiten wurde ein eigenes Ministerium geschaffen und mit einer Frau besetzt – ein Anzeichen dafür, daß die neue Regierung die besondere Rolle der Frau für die Entwicklung auf dem Land erkannt hat. Als Beweis dafür, daß die Militärs es auch mit der Gleichheit der Geschlechter ernst meinen, wurde mit der Leitung der staatlichen Sozialversicherung eine Frau beauftragt. In den Städten wurden öffentliche Beschwerdekästen aufgestellt. Vor allem aber hat das CMPRN versichert, daß der ländlichen Entwicklung, dem Schutz des Viehbestandes und der Selbstversorgung des Landes mit Lebensmitteln eine unbedingte Priorität eingeräumt werden soll.

Das Scheitern der Demokratie?

Es bleibt immer noch die Frage, ob der Putsch vom 25. November 1980 das Ende der Demokratie in Obervolta bedeutet? Zwar verfügt die organisierte Arbeiterschaft in Obervolta über ein ausgeprägtes politisches Bewußtsein und garantierte bisher, daß die demokratischen Spielregeln einigermaßen eingehalten wurden, aber in einem Land, in dem 90 % der Bevölkerung noch Analphabeten sind, deren Hauptproblem der tägliche Überlebenskampf ist, in dem traditionelle Führer noch immer die politischen Entscheidungen des Volkes stark beeinflussen, in dem die Parteien weder in der Bevölkerung verankert sind, noch sich in ihren Programmen wesentlich voneinander unterscheiden – da sie ja keine soziale Gruppierung vertreten, sondern eher Verbände mit dem Zweck sind, ihre Mitglieder an die lukrativen politischen Pfründen zu bringen – ist es fraglich, inwieweit die 1978 gewählten Parlamentarier überhaupt als Volksvertreter angesehen werden konnten.
In der Öffentlichkeit Obervoltas wird der Putsch der jungen Offiziere als Versuch angesehen, die Demokratie in Obervolta zu retten. Denn als Indiz dafür, daß die Zivilpolitiker es mit der Demokratie nicht sonderlich ernst gemeint hatten, wird das Gerücht gewertet, daß die PDV-RDA (die frühere UDV-RDA) mit Hilfe einer Privatmiliz ihrerseits bereits einen Putsch geplant haben soll, der ihren Führer Gérard Ouedraoga an die Macht hätte bringen und die eigene Partei zur Einheitspartei hätte werden lassen sollen. Jedenfalls nach den im L'Obervateur veröffentlichten Glückwünschen zu urteilen, wurde der Putsch von einem Großteil des Volkes als ein solcher „Rettungsakt" begrüßt. Lediglich die Gewerkschaft CSV hat die Rückkehr zu einer Zivilregierung verlangt, wohingegen alle anderen Gewerkschaften der neuen Regierung ihre Unterstützung zugesagt haben.
Obwohl sich die neuen Machtinhaber ihrer Stellung immer noch nicht sicher zu sein scheinen – das nächtliche Ausgangsverbot wurde bisher noch nicht aufgehoben und der Besitz und Import von Waffen wurde strengstens verboten – sind sie, genau wie 1966, bestrebt, das relativ liberale politische Klima zu bewahren. Zwar sind inzwischen die Parteien verboten und die meisten Politiker der Regierungspartei inhaftiert worden (lediglich Lamizana befindet sich nur unter Hausarrest), aber sonstige individuelle, kollektive und gewerkschaftliche Freiheiten, sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Pressefreiheit sind garantiert worden. Ein positives Zeichen dafür, daß sie keine autori-

täre Militärdiktatur errichten wollen, setzten die Militärs, indem sie ihre Regierung in der Mehrheit aus Zivilisten bildeten, wobei auffallend ist, daß die Minister vorwiegend von der linksgerichteten Opposition kommen. Alle Forderungen des zum Putsch führenden Streiks der Lehrergewerkschafen sind erfüllt, und die seit Oktober letzten Jahres eingefrorenen Gehälter der Lehrer bezahlt worden.

So vielversprechend diese ersten Aktivitäten der neuen Regierung auch sein mögen, so reichen sie andererseits natürlich noch nicht aus, um eine endgültige Einschätzung möglich zu machen. Schon so manche Militärregierung in Afrika hat mit anfänglich großem Elan und unbestreibarer persönlicher Integrität versucht, die Entwicklungsprobleme ihres Landes in den Griff zu bekommen, nur um dann selbst nach nicht allzu langer Zeit genauso korrupt und zerstritten zu werden wie die von ihnen kritisierten und abgesetzten Zivilregierungen. Was in Obervolta aber dennoch zu gewissen Hoffnungen berechtigen könnte, ist zum einen die vergleichsweise Liberalität, die das Militär bisher an den Tag gelegt hatte, und zum anderen seine relative Jugend. Anders als bei Militärdiktaturen vom Schlage eines Amin und Bokassa, die sich noch in den kolonialen Armeen mühsam hochgearbeitet hatten und in ihrem Denken über deren engen Kasernenhofhorizont nicht hinausreichten, handelt es sich in Obervolta um Männer, denen man aufgrund ihrer Ausbildung, sei es auf Militärakademien oder sogar auf Universitäten (Saye Zerbo ist ausgebildeter Sozialwissenschaftler), zumindest ein technokratisches Entwicklungsinteresse zubilligen kann. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob ein solches Entwicklungsverständnis ohne die demokratische Partizipation des Volkes langfristig erfolgreich sein kann.

jbt

Fußnoten

1) Eva-Maria Brüchhaus, „Gewerkschaften in Obervolta", unveröffentlichtes Manuskript.
2) Alain Schuster, „Vers la fin des regimes militaires en Afrique occidentale? La voie suivie au Ghana, en Haute-Volta, au Mali et au Nigeria", in Canadian Journal of African Studies, Bd. 12, 1978, S. 213 – 230
3) Persönliche Mitteilung einer in Obervolta tätigen Entwicklungshelferin.
4) Ludger Reuke, „Obervolta: Demokratisierung – dritter Versuch", Arbeiten aus der Abteilung Entwicklungsländerforschung des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 74, März 1979
5) Ludger Reuke, a.a.O.
6) Richard Vengroff, „Soldiers and Civilians in the Third Republic", Africa Report, Januar-Februar 1980.
7) Ludger Reuke, a.a.O.
8) Ludger Reuke, a.a.O.
9) Pierre B iarnes, „L'Afrique aux Africains", Kapitel 12, „Haute-Volta – Le général et les politiciens". Paris 1980.
10) Richard Vengroff, a.a.O.
11) Anna Conti, „Capitalist Organization of Production Through Non-Capitalist Relations: Women's Role in a Pilot Resettlement in Upper Volta", Review of African Political Economy, Nr. 15/16, 1980.

Vom 20. Juli bis 03. August 1981 führt die AGG in Kleve ein Frauen-Workcamp zu „Frau soll sie heißen, vom Manne ist sie genommen ..." (Gen. 2.23) – Internationales Frauen-Workcamp, Zur Stellung der Frau in den verschiedenen Kulturkreisen" durch.

Anmeldung/(Information) bis spätestens 10 Tage vor Beginn an:

AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn 1,
Telefon: 0228 / 23 40 21

KREISLAUF DES GIFTES

Pflanzengifte in der Dritten Welt

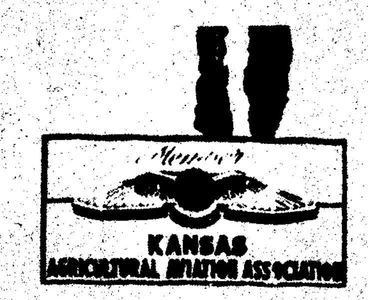
Ende der 60er Jahre alarmierten Berichte über die verheerenden Neben- und Langzeitwirkungen des Pflanzenschutzmittels DDT die Weltöffentlichkeit. Wissenschaftler stellten fest, daß sich das seit 1946 zunehmend zur Insektenvertilgung eingesetzte DDT nur äußerst langsam abbaut und immer größere Rückstände in lebenden Organismen bildet. Auch höhere Lebewesen, Fische, Vögel, Säugetiere und letztlich auch Menschen wurden durch die ständig wachsende Konzentration des Insektengifts in Gesundheit und Leben angegriffen. DDT wurde für das Aussterben ganzer Tierarten, bei Menschen für Mißgeburten und Krankheiten wie Krebs verantwortlich gemacht. Nach Bekanntwerden dieser Gefahren wurde die Verwendung von DDT in den meisten Industrieländern in Ost und West weitgehend verboten. Nicht verboten wurde jedoch, DDT (und eine große Anzahl anderer als gefährlich eingestufte Pflanzen- und Insektengifte) weiterhin zu produzieren und in die abhängigen Länder der 3. Welt zu exportieren. Der folgende Beitrag, der auf der gründlich recherchierten Studie von David Weir und Mark Schapiro „Circle of Poison"[1] beruht, schildert die Auswirkungen dieser Geschäftspraktiken im speziellen sowie die Problematik des massiven Einsatzes von Pestiziden im allgemeinen. Dabei wird deutlich, daß letztlich alle Betroffene sind: sowohl die Bevölkerung in den „Entwicklungsländern" als auch die der entwickelten Länder.

Als Pestizide werden alle Substanzen bezeichnet, die geeignet sind, schädliche Organismen (Unkraut, Pilze, Insekten, Bakterien) zu vernichten.[2] Der Verbrauch von Pestiziden nahm in den vergangenen Jahren rapide zu. Heute werden jährlich ca. vier Milliarden Pfund Pestizide hergestellt. Etwa 80 % der Produktion werden in den Industrieländern abgesetzt, 20 % in der 3. Welt. Aber während die Märkte in den Industrieländern allmählich Sättigungserscheinungen zeigen, steigt der Verbrauch von Pestiziden in der 3. Welt steil an. So konnten die Chemiekonzerne in den USA die Ausfuhr von Pestiziden in den letzten 15 Jahren verdoppeln (5), und der Trend hält an.

Beliefert werden die abhängigen Länder der Dritten Welt von so gut wie allen Chemiekonzernen, darunter auch den bundesdeutschen Bayer, BASF, Hoechst und Schering; geliefert werden Pestizide aller Art, darunter auch tausende Tonnen solcher Pestizide, die in den USA (und anderen Industrieländern) verboten sind oder nur unter Beachtung strenger Auflagen verwendet werden dürfen wie z.B. DDT, DBCP, und andere mehr (4).

Mit dem massiven Einsatz der Pestizide steigen auch die direkten Schädigungen von Menschen durch Pestizide – sei es durch Unglücksfälle, sei es – weit häufiger – durch unsachgemäße oder fahrlässige Handhabung oder ganz allgemein durch schädliche Nebenwirkungen der Giftstoffe (wie z.B. bei DDT).

Allein in den USA erleiden jährlich 14.000 Menschen Vergiftungen durch Pestizide (7), weltweit sind es nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation 500.000 pro Jahr (11). Experten schätzen, daß jährlich mindestens 5.000 Menschen an Pestizid-Vergiftungen sterben. Obwohl in der 3. Welt nur etwa ein Fünftel der Pestizide eingesetzt werden, ereignen sich dort bei weitem die meisten Vergiftungen. Im folgenden wird dargelegt, weshalb die Gefährdung durch Pestizide unter den herrschenden Bedingungen in diesen Ländern, die unterentwickelt sowie politisch und ökonomisch vom Kapital der Industriemetropolen abhängig sind, geradezu zwangsläufig ansteigt.





Aufkleber an Flugzeughangar einer Agrarflugsprühfirma in Kansas: „Hungrig? Arbeitslos? Friß einen Umweltschützer!" Foto: Teldok

Unwissenheit und Verantwortungslosigkeit

Jedes Pestizid – egal ob dessen Anwendung in den USA erlaubt oder verboten, ob es wissenschaftlich getestet und registriert oder ungetestet und unregistriert ist – ist ein Gift, das durch unsachgemäße Handhabung und Verwendung gefährlich werden kann. Viele Menschen in der 3. Welt sind im Umgang mit diesen in der Retorte hochgezüchteten, schon in geringer Dosis hochgefährlichen Giftstoffen völlig unerfahren und überfordert. Die Anwendungsanweisungen sind längst nicht immer in der Sprache der Benutzer abgefaßt – und häufig können die Benutzer auch gar nicht lesen. So bleiben die Anleitungen und Warnungen auf den Etiketten wirkungslos – sofern sich die Hersteller überhaupt die Mühe machen, vorschriftsmäßig zu etikettieren.

So stellte sich z.B. bei einer Kontrolle in Mexico heraus, daß mehr als die Hälfte der zum Verkauf angebotenen Pestizide unkorrekt etikettiert waren. In Kolumbien wurden u.a. auch dem bundesdeutschen Hoechst-Konzern Unkorrektheiten nachgewiesen: Im Jahre 1979 wurde Hoechst von der kolumbianischen Regierung mit einer Geldstrafe belegt, da Hoechst-Produkte falsch ausgezeichnet waren und zudem

Produkte minderer Qualität („substandard") verkauft wurden (16). Doch solange die verantwortlichen Manager, die für die Übernahme der Verantwortung riesige Gehälter einstreichen, bei Fehlverhalten nicht direkt persönlich zur Verantwortung und gegebenenfalls hinter Gitter gebracht werden, wird sich an solchen „Kavaliersdelikten" und deren für die Betroffenen allerdings üblen Folgen nichts ändern. Denn ein paar Tausend Dollar Geldstrafe kümmern die Chemiekonzerne wenig und werden womöglich noch auf die Preise überwälzt.

Komplexe Abhängigkeitssituationen

Die bisher bekannt gewordenen Verstöße gegen die Gesetze und Vorschriften der einzelnen Länder dürften jedoch nur die Spitze des Eisbergs sein, denn den meisten unterentwickelten Ländern fehlt es an sachverständigen und durchsetzungsfähigen Aufsichtsbehörden. Auf dem Papier existierende Behörden dienen deren Angestellten bisweilen eher als persönliche Pfründe und sind willfährige Partner der finanzkräftigen, von höchster Seite protegierten Multinationalen Konzerne. Zudem haben einflußreiche Kreise in den betroffenen Ländern oft ein Interesse an der Vertuschung von aufgedeckten Pestizid-Skandalen: einerseits um nicht als mitschuldig (zumindest politisch) haftbar gemacht zu werden, andererseits, weil eine allgemeine Schädigung der Geschäfte befürchtet wird. Bei Bekanntwerden von Pestizid-Skandalen im eigenen Land könnten die Aufsichtsbehörden in den Industrieländern aufmerksam werden, Importe aus den „Skandal-Ländern" besonders scharf unter die Lupe nehmen und gegebenenfalls die Einfuhr verweigern. Auch Touristen könnten einen Bogen um Länder schlagen, deren Trinkwasser (z.B.) ins Gerede gekommen ist. So bildet sich in vielen Ländern eine mächtige Lobby, die ein Interesse an der Vertuschung von Pestizid-Skandalen hat, um nicht im internationalen Konkurrenzkampf zu unterliegen und Absatzmärkte und Devisen einzubüßen. Diese hochkomplexen, weitverästelten Abhängigkeitsstrukturen können durch isolierte Maßnahmen (wie z.B. Aufsichtsbehörden) kaum angegangen werden; nur wenn sich alle Betroffenen sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern auf allen Ebenen zur Wehr setzen, besteht Aussicht auf Erfolg.

Technischer Fortschritt ist nicht ohne weiteres übertragbar

Eine weitere Gefährdung der Bevölkerung unterentwickelter Länder durch Pestizide ergibt sich aus deren im Vergleich zu den entwickelten Ländern völlig andersartigen



Dieses Pestizid-Faß dient nun einer Schule in El Salvador als Regentonne

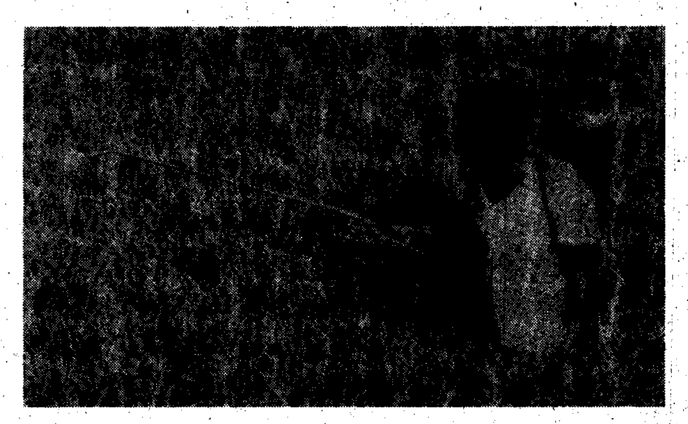


Das Pestizid Malathion wird in einem Projekt in Sri Lanka von Hand gemischt

Lebenssituation. Üblicherweise ist in allen Ländern das Umpacken von Pestiziden gesetzlich verboten. Doch für die einheimischen Kleinbauern sind die handelsüblichen Packungen oft zu teuer bzw. zu groß. So ist es z.B. in indonesischen Dorfläden völlig üblich, Packungen mit Pestiziden umzufüllen. Die Kunden tragen die hochgiftigen Stoffe in Cola-Flaschen, Zuckertüten oder alten Milchtüten nach Hause; in den Läden lagern die angebrochenen Packungen offen neben Tomaten, Reis und anderen Lebensmitteln. Und in Ermangelung eines anderen Transportmittels werden Giftstoffe manchmal auch in Kleidungsstücke eingewickelt, z.B. im Turban auf dem Kopf nach Hause oder auf die Felder getragen. Der Mangel an lebensnotwendigen Gütern ist oft so groß, daß auch das vom Hersteller gelieferte Verpackungsmaterial weiter verwendet wird — trotz der giftigen Rückstände. So werden Plastiksäcke, in denen Pestizide verpackt waren, als „Regenmäntel" weiterverwendet, große Fässer dienen als Regentonnen, Plastikflaschen als Wasserbehälter. Dabei ist z.B. das weitverbreitete Pestizid Parathion (in Deutschland auch unter der Bezeichnung E 605 bekannt) 60 mal giftiger als DDT (13). Es gelangt auch durch bloßen Hautkontakt in den Blutkreislauf und kann dann zu Übelkeit, Muskelkrämpfen und tödlicher Atemlähmung führen.[3] Während den Betroffenen die Ursache ihrer „Krankheit" oft gar nicht klar ist, halten Experten das — übrigens auch in den USA zur Verwendung freigegebene — Parathion für das Pestizid, das die meisten Todesfälle verursacht. (81) Die Beispiele zeigen deutlich, daß hochentwickelte Technologien nicht ohne weiteres in unterentwickelte, von absoluter Armut geprägte Gesellschaften übertragen werden können bzw. dürfen, daß technische und gesellschaftliche Entwicklung miteinander in Einklang gebracht werden müssen.

Brutale Arbeitsbedingungen in der Dritten Welt

Gleichzeitig Ursache und Ergebnis der wirtschaftlichen Zerrüttung und der politischen Abhängigkeit vieler 3. Welt-Staaten sind die riesigen Monokultur-Plantagen, die die Multis in diesen Ländern besitzen oder beherrschen. Häufig noch im Zeitalter des Kolonialismus mit brutaler militärischer Gewalt gegen die Interessen der einheimischen Bevölkerung angelegt, herrschen auf ihnen auch heute noch — nach der formellen wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit — „koloniale Verhältnisse". Während wenige in- oder ausländische Großgrundbesitzer über Plantagen oder Weideland in riesigem Ausmaß verfügen, sind große Teile der Bevölkerung völlig landlos und gezwungen, wie rechtlose Sklaven zu Hungerlöhnen auf die-



Defekte Sprühgeräte können die Gesundheit der Benutzer gefährden

sen Plantagen zu arbeiten. Nur diese oft nach Pfennigen bemessenen Tagelöhne halten die Produktionskosten so niedrig, daß die Waren trotz hoher Transportkosten (oft per Flugzeug!) weltweit konkurrenzfähig sind und daß sich für die Plantagenbesitzer das Geschäft auch lohnt. Unter diesen Umständen fallen auch die notwendigen und in den Industrieländern üblichen Sicherheitsvorkehrungen nicht selten dem Kostenkalkül zum Opfer. Ersatz für ausgefallene Arbeitskräfte gibt es allemal, Zahlung von Krankengeld und Invalidenrente ist häufig nicht vorgeschrieben. Und schlagkräftige politische Organisationen, Gewerkschaften oder Genossenschaften, die sich für den Schutz ihrer Mitglieder vor Gesundheitsschäden einsetzen könnten, existieren häufig nicht oder werden von der staatlichen Bürokratie oder den Organisationen der Land- und Kapitalbesitzer bekämpft, verboten und verfolgt. So kann es vorkommen, daß Landarbeiter wie auf einer Farm im Norden Mexicos andauernd mit defekten Pestizid-Sprühgeräten arbeiten müssen. Auf der Plantage (die Tomaten für die USA produziert) werden fast täglich Pestizid-Vergiftungen gemeldet. Nach Angaben der Arbeiter stirbt jeden zweiten oder dritten Tag einer von ihnen an solch einer Vergiftung, die eine Blutkrankheit verursacht. (12) Auf den Philippinen müssen Plantagenarbeiterinnen Bananen von Pestizid-Rückständen säubern. Dazu müssen sie die Bananen in großen Wassertrögen waschen. Die Frauen bekamen vom Arbeitgeber nicht einmal Plastikhandschuhe zum Schutz von Händen und Armen zur Verfügung gestellt (35). Dafür aber hatte der multinationale Agro-Konzern Castle & Cooke anderweitig Vorsorge geleistet: Als ein Reporter zwei Krankenhäuser in der Umgebung der Plantage aufsuchte, wurde ihm in dem einem von einer Fülle von Vergiftungsfällen berichtet; in dem anderen Krankenhaus, das von Castle & Cooke geführt wurde, waren keinerlei derartige Fälle bekannt (35). ... Auch aus Zentralamerika wird berichtet, daß von Baumwollproduzenten geführte Krankenhäuser teilweise nur deswegen unterhalten werden, um das Ausmaß der Vergiftungen vor der Öffentlichkeit besser verschleiern zu können (12).
Zu der Gefährdung aufgrund defekter Geräte und fehlender Schutzkleidung kommt für viele Plantagenarbeiter noch eine weitere Gefahrenquelle hinzu. Oft leben sie in unmittelbarer Nachbarschaft der besprühten Felder; so kann der Wind unter ungünstigen Umständen die Schadstoffe zu ihren Hütten treiben. Nicht selten muß auch das Wasser zum täglichen Leben – waschen, kochen, trinken – aus den Bewässerungskanälen der Felder geschöpft werden. Insbesondere nach Regengüssen, bei denen die Giftstoffe von den Pflanzen abgespült werden, sind diese Wasserkanäle hochgradig verseucht (12). Aus Zentralamerika wird berichtet, daß bei Pestizid-Versprühung vom Flugzeug aus Arbeiter auf den Feldern nicht benachrichtig wurden oder aber bei Verlassen der Felder mit Lohnabzug bestraft wurden. Wenn die Arbeiter auf oder zwischen den Feldern wohnen, werden die Hütten gleich mit eingenebelt (7). Da wäre Rücksichtnahme unwirtschaftlich !

Zur Ausfuhr zugelassen, oder: Geschäft ist Geschäft
Bei diesen Praktiken handelt es sich keineswegs um Einzelfälle oder Übergriffe einheimischer Gewaltherrscher, für die in den „zivilisierten" westlichen Demokratien niemand Verantwortung zu übernehmen hat. Daß es sich vielmehr um ein bewußtes Inkaufnehmen von Gefährdung menschlichen Lebens, um ein systematisches kühles Profitkalkül privater und staatlicher Organe in den „entwickelten" Ländern handelt, wird am Fall der „verbotenen" Pestizide offensichtlich. Das Pestizid DDT z.B., das 1970 wegen seiner Gesundheitsgefährlichkeit für die Usa verboten wurde[4)], darf mit ausdrücklicher Billigung der US-Regierung weiter produziert und exportiert werden – und so der Staatskasse Steuer- und Deviseneinnahmen bescheren. (4) Im großen Stil eingesetzt wurde (wird?) DDT z.B. auf den Baumwollplantagen Zentralamerikas (13).
Heute haben Menschen in Guatemala und Nicaragua durchschnittlich 31mal höhere DDT-Rückstände im Blut als Menschen in den USA (wobei die Werte in den Plantagengebieten deutlich höher liegen als z.B. in Guatemala City).

Tabelle 1:
Liste ausgewählter Chemiekonzerne, die Pestizide, deren Verwendung in den USA verboten oder nur unter strengen Auflagen erlaubt ist, in der Dritten Welt produzieren oder verkaufen (79 f.)

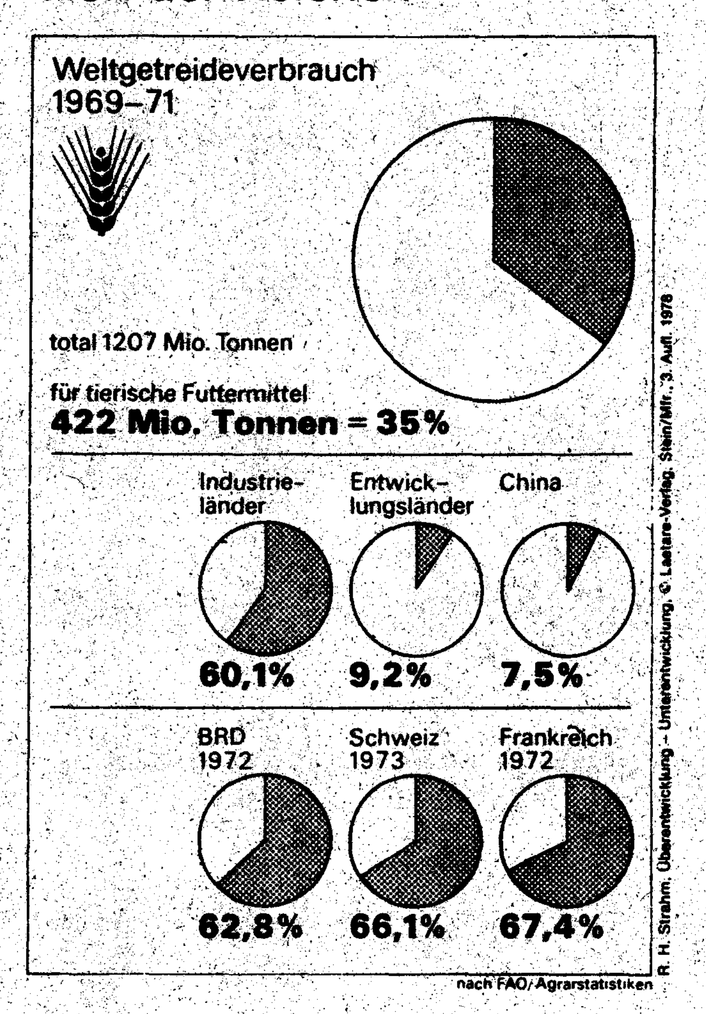
Name des Unternehmens	Name der Produkte
Allied Chemical, USA	Kepone, Mirex
Amvac, USA	DBCP
American Cyanamid, USA	Kepone, Mirex
BASF, BRD	2,4,5-T
Bayer, BRD	Heptachlor, Lindane, Aldrin, Dieldrin, DDT, Endrin, Heptachlor, Chlordane, Lindane, 2,4,5-T
Chevron, USA	DDT, Aldrin, Dieldrin, Heptachlor, Chlordane, Endrin, Lindane, BHC, Silvex
Dow, USA	2,4,5-T Silvex (DBCP)
Hoechst, BRD	DDT
Hooker, USA	BHC, Lindane, Mirex
Imperial Chemicals, GB	BHC, Aldrin
Montrose, USA	DDT, Endrin
Rohm & Haas, USA	Silvex
Schering, BRD	Aldrin, BHC, Heptachlor
Shell, GB/NL	Aldrin, Dieldrin, DDT (DBCP), Endrin, 2,4,5-T
Stauffer, USA	DDT, Dieldrin
Union Carbide, USA	DDT, Mirex, Heptachlor, Chlordane, Endrin
Velsicol, USA	Chlordane, Heptachlor, Phosvel, Endrin

Die durchschnittliche DDT-Konzentration in der Milch guatemaltekischer Kühe ist 90mal höher als die höchstzulässige Konzentration in den USA. Rindfleisch aus Guatemala wird wegen des hohen DDT-Gehalts von den US-Einfuhrbehörden häufig zurückgewiesen (13 f). Den US-Bürgern kann soviel Gift anscheinend nicht zugemutet werden (zumal DDT Mißbildungen bei Kindern verursachen kann, die der Sozialversicherung in den USA auf der Tasche liegen würden ...). Neben DDT werden noch eine ganze Reihe anderer erwiesenermaßen hochgefährlicher Pestizide in den USA für den Export produziert (siehe Tabelle 1). Insgesamt mindestens 25 Prozent der Pestizide, die von den USA exportiert werden, sind in den USA zur Verwendung völlig oder teilweise verboten oder aber „unregistriert", das heißt amtlicherseits nicht auf mögliche Gesundheitsgefährdungen getestet und für den US-Markt als tauglich befunden (4). Auch bundesdeutsche Chemie-Firmen haben Anteil am Geschäft mit brisanten Pestiziden – sowohl als Lieferanten als auch als Importeure und Verteiler. Mit dabei sind BASF, Bayer, Celamerck, Hoechst und Schering (vgl. Tabelle 1).

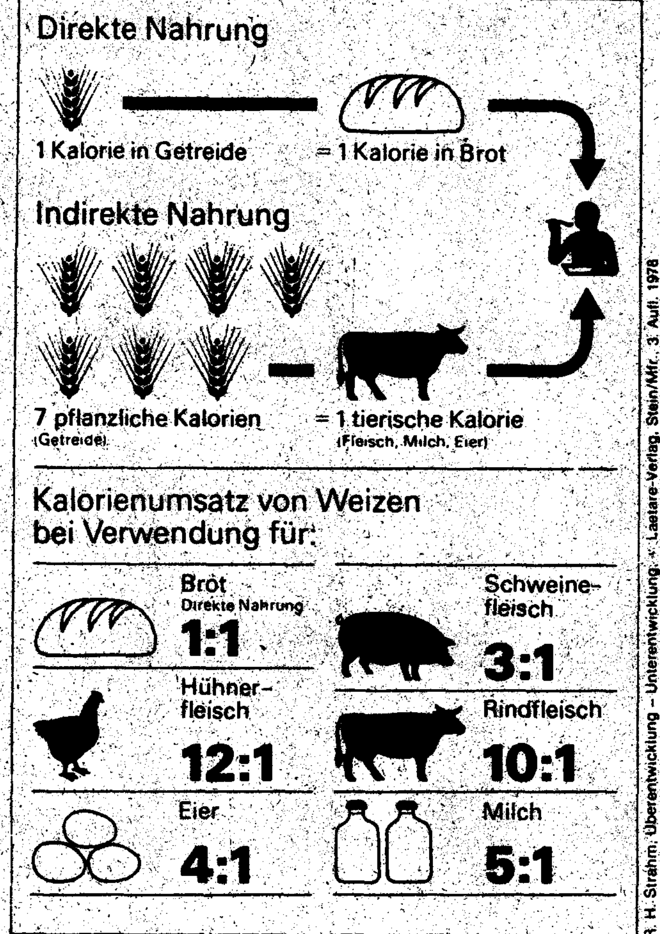
Hunger ist weniger ein technisches als vielmehr ein politisches Problem

Gängiges Argument zur Rechtfertigung dieser Pestizid-Lieferungen ist der Hinweis darauf, daß bestimmte Schädlinge wirksam nur mit diesen besonders gefährlichen Pestiziden bekämpft werden könnten. Pestizide im allgemeinen würden dazu beitragen, den Hunger in der 3. Welt zu mindern. Beide Argumente verstellen den Blick für die eigentlichen Ursachen und Probleme, da sie das gesellschaftliche Umfeld, die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Einsatzes von Pestiziden vernachlässigen. Armut und Hunger sind weniger ein Problem weltweit absoluter Knappheit von Gütern sondern vielmehr eine Frage der Verteilung der vorhandenen Güter – also weniger ein technisches als vielmehr ein politisches Problem. Dies wird z.B. an der Entwicklung des Punjab-Distrikts in Indien deutlich. Trotz erheblich verbesserter Getreideerträge stieg die Anzahl der absolut Armen in diesem Gebiet um mehr als 30 Prozent (38), denn die Aufnahme westlicher Produktionsmethoden in der Landwirtschaft – Mechanisierung, Kunstdünger, Pestizid-Einsatz – hatte viele Menschen ihrer angestammten Beschäftigung beraubt – andere Arbeitsplätze aber gab es nicht. So fehlte es ihnen an Einkommen und Kaufkraft, um das lebensnotwendige Getreide in ausreichendem Umfang zu kaufen. Besonders krass läßt sich eine ähnliche Entwicklung für die Philippinen nachweisen: Im Laufe der 70er Jahre verdoppelten sich hier beinahe die Reisernten – nicht zuletzt auch aufgrund des massiven Einsatzes von Pestiziden, deren Einfuhr sich allein von 1972 – 1976 vervierfachte. Die Philippinen wurden so binnen kurzer Zeit ein Reis-Exporteur, doch die Lage der Masse der Bevölkerung verschlechterte sich. Nach Angaben der Asiatischen Entwicklungsbank und der Weltgesundheitsorganisation gehören die Filipinos zu den schlechtest ernährten Völkern in Asien überhaupt (37). Auch das International

Nahrungsmittel der Armen als Futter für das Vieh der Reichen



Getreideverschwendung durch Fleischproduktion



Labour Office (ILO), Genf, erforschte bei einer breit angelegten Studie, daß sich die Lage der armen Landbevölkerung in Asien in den letzten 10 bis 20 Jahren empfindlich verschlechtert hat – trotz eines generellen Anstiegs der Getreideproduktion in diesen Ländern. Der Masse der Bevölkerung kommt der Produktionsanstieg aufgrund der fehlenden Kaufkraft nicht zugute, denn Angebot und Nachfrage regeln nicht nur den Preis (eine hochangesehene Weisheit bürgerlicher Ökonomen) sondern der Preis bestimmt seinerseits, wessen Bedürfnisse bzw. welche Nachfrage auf dem „freien" Markt zum Zuge kommen.

Pestizide dienen vorrangig der Exportproduktion

Der Einsatz von Pestiziden lohnt sich vor allem für die lukrative Exportproduktion. Experten schätzen, daß mindestens 50 %, in manchen Ländern sogar 70 % der Pestizide für die Produktion von Gütern, die für den Export nach Europa, Japan oder in die USA bestimmt sind, verwendet wird (32). Aus Zentralamerika werden etwa 70 % der gesamten Agrarproduktion – Kaffee, Kakao, Baumwolle – exportiert. In Nicaragua wurden (unter gleichzeitigem massiven Einsatz von Pestiziden) die Anbaufläche für Baumwolle von 1952 – 1967 vervierfacht; die Anbaufläche für Grundnahrungsmittel ging um die Hälfte zurück (36). Auf der Philippinen-Insel Mindanao wurden Ende der 60er Jahre zahllose Kleinbauern von dem von ihnen bebauten Land vertrieben. Jetzt werden dort auf 21 riesigen Plantagen Bananen für den lukrativen japanischen Markt produziert. Eigentümer der Plantagen sind einheimische Großgrundbesitzer, die jedoch über zahlreiche Verträge völlig in der Hand der Multinationalen Konzerne sind. Diese Verträge schreiben den Einsatz von Kunstdünger und Pestiziden, die Produktion bestimmter Obstsorten bestimmter Qualität etc. vor. So behalten die Multis ihren Einfluß, ohne formell die Verantwortung und das Risiko zu tragen (34).



Auch die Devisengewinne durch die Exporte kommen den Armen nur selten zugute: entweder sie fließen direkt in private Taschen oder sie werden für staatliche Prestigebauten, Aufrüstung etc. verwendet. In Togo z.B. legte die staatliche Getreideaufkauforganisation OPAT die erzielten Gewinne zum Teil für den Aufbau einer Tourismusindustrie an. Nun sonnen sich in Togo Europäer, Regierungsangestellte und -gäste in aufwendigen Luxusbauten. Die Hotels arbeiten größtenteils ständig mit Verlusten – die indirekt durch die Arbeit der Bauern, die ihre Produktion unter Weltmarktpreisen an die OPAT verkaufen müssen, ausgeglichen werden.

Der Einsatz von Pestiziden kann wirksam zur Beseitigung von Hunger und Armut nur beitragen, wenn es gleichzeitig zu grundlegenden sozialen und politischen Umwälzungen sowohl in den „Entwicklungsländern" als auch den Industrieländern kommt. Unter den derzeitigen Umständen scheinen die durch den gezielten Einsatz von Pestiziden möglichen Produktivitätssteigerungen jedoch mehr den jetzt schon Satten und Reichen, den Mächtigen auf nationaler und internationaler Ebene zu nützen und deren Vormachtstellung zu verfestigen.

Unnützer Einsatz von Pestiziden

Die Wirksamkeit von Pestiziden ist in der Regel unbestritten. Bestritten werden jedoch kann, daß der Einsatz von Pestiziden immer notwendig und sinnvoll ist. Pestizide werden, wenn sie im industriellen Maßstab eingesetzt werden, nach einem vom Hersteller empfohlenen „Fahrplan" angewendet, d.h. unabhängig vom aktuellen Bedarf nach einem festen Schema. Nach zurückhaltenden Schätzungen für die USA könnten dort 35 bis 50 Prozent der Pestizide ohne jegliche Ertragsminderung eingespart werden, wenn sie nicht nach Schema sondern nach jeweiliger Prüfung der aktuellen Notwendigkeit eingesetzt würden (6). Ein weiterer Grund für den übersteigerten Einsatz von Pestiziden ist in den Vermarktungsstrategien der Agro-Konzerne zu suchen: Um im Konkurrenzkampf Vorteile zu erringen, suggerierten deren Verkaufsstrategen den Konsumenten in den entwickelten Ländern, daß z.B. nur absolut makellose Bananen „erste Qualität" seien. Sie verbesserten das Aussehen der Bananen (und anderer Obstsorten) und standartisierten es wie ein Industrieprodukt, um die Konsumenten immer wieder nach dem gleichen „Markenprodukt" greifen zu lassen. Für die Vereinigten Staaten wird geschätzt, daß etwa zehn bis zwanzig Prozent der eingesetzten Pestizide nur dieser rein äußerlichen Verbesserung dienen (34).



Inzwischen produzieren fast alle Agro-Konzerne nur noch „makellose" Produkte, so daß der anfängliche Wettbewerbsvorteil aufgehoben wurde – der Einsatz von Pestiziden aber verbleibt auf dem erhöhten Niveau! So bestimmen Produktionsweise, Vermarktungsstrategien und Konsumgewohnheiten in den kapitalistischen Metropolen die Produktions- und Arbeitsbedingungen in den abhängigen Ländern. Gleichzeitig wird deutlich, vor welch komplexe Probleme sich auch fortschrittliche Gesellschaftssysteme gestellt sehen, sofern sie auf Exporte auf den Weltmarkt angewiesen sind.

Der Einfluß der Multis: Total

Schließlich kann auch das von den Chemie-Konzernen vorgetragene Argument, sie befriedigten nur den von den Kunden angemeldeten Bedarf an Pestiziden, nicht überzeugen. Pestizide werden auf der ganzen Welt mit massi-



Pestizid-Werbung an einem Geschäft in El Salvador

ven Werbekampagnen „in den Markt gedrückt". Neben Werbung in Rundfunk und (Fach-)Presse setzen die Multinationalen Konzerne bisweilen auch eigene Landwirtschaftsberater ein. Dank des Einflusses von Lobbyisten auf die Regierungen von Industrieländern liefern diese bisweilen auch Pestizide als „Entwicklungshilfe" und helfen den Konzernen so bei der Markterschließung. Unter anderem schlugen US-Konzerne auf diesem Weg auch Pestizide los, die in den USA verboten worden waren und nicht mehr verkauft werden konnten (23). Schützenhilfe für die Vermarktung von Pestiziden leistet auch die Weltbank. Für den Kauf von Pestiziden erhalten auch die ansonsten nicht besonders Kreditwürdigen Kleinbauern in aller Welt Kredite (die teilweise übrigens ebenfalls mit aggressiven Werbekampagnen" an den Mann gebracht werden"). Nicht selten beginnt für die Kleinbauern mit solch einer Kreditaufnahme eine finanzielle Abhängigkeit, die mit dem Zwangsverkauf des Bodens zur Deckung der Schulden endet.
Eine Schlüsselrolle für die Einführung der Pestizide spielte für die Multis jedoch die Food and Agricultural Organisation (FAO), eine Unterorganisation der Vereinten Nationen. Schon 1966 richteten die Chemie-Konzerne bei der FAO einen „Nichtprofitorientierten Ausschuß" (ICP) ein und berieten auf diesem Wege die Experten der FAO – vermutlich jedoch nicht ganz uneigennützig. Hoechst wurde dank seiner guten Kontakte zeitweilig der offizielle Berater der Regierung von Tanzania bezüglich Insektengiften und Sprühgeräten (53). Als die Verfilzung von FAO und Industrieausschuß schließlich politisch untragbar wurde, wurde der Ausschuß 1978 aus der FAO ausgeschlossen – um ein Jahr später unter anderem Namen aber mit weitgehend gleichem Personal und gleicher Zielsetzung wieder aufzutauchen (54).

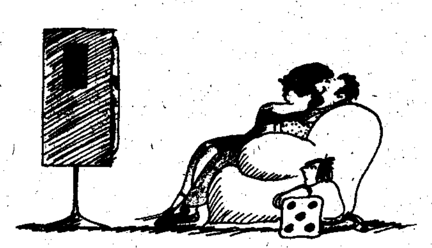
Gefahren bei der Produktion von Pestiziden
Liegt das Risiko fehlerhafter oder mißbräuchlicher Anwendung von Pestiziden aufgrund der angeführten Umstände insbesondere in den abhängigen Staaten der Dritten Welt, so stellte und stellt die Produktion der Pestizide für die Industrieländer eine besondere Gefahrenquelle dar. Insbesondere die Arbeiter in den Chemiefrabriken, aber auch die Anlieger dieser Fabriken und die Umwelt im allgemeinen sind einer permanenten Belastung ausgesetzt. Auch für die Industrieländer gibt es Beispiele, daß Chemieunternehmen aus bewußtem Profitkalkül die Gefährdung und Schädigung von Menschen und Umwelt in Kauf nehmen. Im Jahre 1977 merkten Arbeiter der kalifornischen Chemiefabrik Occidental, die das Pestizid DBCP herstellte, daß sie steril geworden waren. Die großen Chemie-Unternehmen Occidental, Dow und Shell stoppten darauf die Produktion, die Verwendung von DBCP wurde für die USA (bis auf Hawai) verboten (21). Das bis dahin marode Unternehmen Amvac in Kalifornien" erkannte seine Chancen" und stieß in die „Marktlücke" vor. Heute produziert Amvac DBCP im großen Stil und liefert das gefährliche Produkt „überall dorthin, wo Bananen, Ananas, Zitrusfrüchte oder Baumwolle angebaut werden" – nach Afrika, Asien und Zentralamerika. Die schweren Gesundheitsschäden der Arbeiter von Occidental konnten die Amvac-Manager, die die Schulden des Unternehmens mehr bedrückten, nicht davon abbringen, ihre Gesellschaft mit Hilfe von DBCP zu sanieren – möglicherweise auf Kosten weiterer Opfer unter den Arbeitern, den Benutzern oder den Konsumenten von DBCP-behandelten Früchten. (19 ff).

Produktionsverlagerungen nutzen vor allem den Kapitaleignern
Allgemein hat die zunehmende Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in den Industrieländern hinsichtlich der Umweltbelastung (– ein Schwarzbuch hinsichtlich des Einsatzes von Pestiziden scheint es bisher noch nicht zu geben –) all-



Amerikanischer Arbeiter bei der Verladung von DDT

Hans Traxler: Zum Kotzen – Ein neuer Service von ARD + ZDF



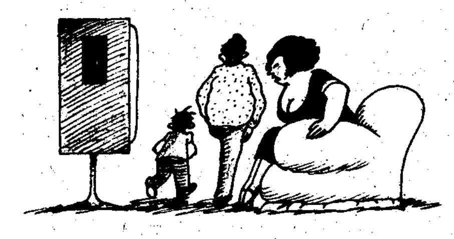


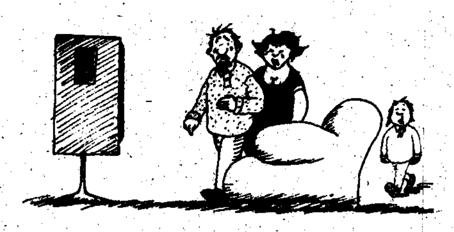


mählich zu Produktionsvorschriften und -auflagen geführt. Diesen Einschränkungen und kostspieligen Auflagen (sowie den steigenden Lohnkosten) weichen die Multinationalen Konzerne zunehmend durch Produktionsverlagerungen in die Dritte Welt aus. Häufig nutzen sie dabei das Fehlen von Aufsichtsbehörden, die Gutgläubigkeit oder Bestechlichkeit von Regierungen oder ganz allgemein deren Abhängigkeitssituation aus. Im gleichen Zuge üben sie auch Druck auf die Gewerkschaften und Regierungen der Industrieländer aus, denen durch die Produktionsverlagerungen Arbeitsplätze zu verloren gehen drohen. Wie in vielen anderen Industriebereichen mit Produktionsverlagerungen stellen die Multis Kapital, technisches Wissen und meist auch Rohstoffe oder Vorprodukte; die Staaten der Dritten Welt stellen die Produktionsstätten und vor allem billige, oft weitgehend rechtlose Arbeitskräfte. Zusätzlich gewähren viele Staaten den Unternehmen für diese „hochwillkommenen Industrieansiedlungen" auch noch Steuervorteile, Zollfreiheit und preisgünstige Grundstücke – so z.B. in Brasilien, wo Shell aufgrund der günstigen Bedingungen mindestens 20 Millionen Dollar in Pestizid-Fabriken investierte. (42) Auch bundesdeutsche Chemiekonzerne haben Teile ihrer Produktion in diese für die Profitinteressen günstigeren Länder verlegt und produzieren dort u.a. auch die brisanten, in den Industrieländern verbotenen Pestizide. Bayer, der größte Pestizidhersteller der Welt, hat in vielen Ländern Produktionsstätten, u.a. in Brasilien, Indonesien, Indien und auf den Philippinen; auch Hoechst ist in den beiden letztgenannten Ländern vertreten (43). Bis auf Indien herrschen in allen diesen Ländern strenge Militärregime, die das für die Multis günstige „Investitionsklima" – niedrige Löhne, entrechtete Arbeiter, mangelhafte Umweltauflagen – mit brutaler Gewalt aufrecht erhalten. Das Beispiel zeigt, daß die Masse der Bevölkerung in den Industrieländern nichts von der Unterstützung derartiger unsozialer Unterdrückungsregime durch westliche „Verbündete" hat: Von den moralischen Skrupeln einmal ganz abgesehen bedrohen derartige Regime letztlich auch den materiellen Lebensstandard in den „entwickelten" Ländern: indirekt über den Lohndruck und die Arbeitsplatzverluste, direkt über die Gesundheitsschäden, die der Verbrauch importierter Lebensmittel und Textilien, die unkontrolliert mit Pestiziden behandelt wurden, für den Konsumenten mit sich bringen kann.[5]) Denn wie bereits erwähnt, wird der größte Teil der in der 3. Welt eingesetzten Pestizide für die Exportproduktion für die zahlungskräftigen Märkte in den Industrieländern verwendet.

Unzureichender Verbraucherschutz

In der Gefährdung der Verbraucher schließt sich der „Kreislauf des Gifts". Selbst die regierungsamtliche US Food and Drug Administration gibt zu, daß etwa zehn Prozent der importierten Nahrungsmittel unzulässig hohe Pestizid-Rückstände enthalten (28). Dabei lassen sich mit den verwendeten Testverfahren längst nicht alle Giftstoffe nachweisen. Hier rächt sich auch, daß „unregistrierte" – also in den USA amtlicherseits nicht kontrollierte und somit weitgehend unbekannte – Pestizide in den USA produziert und ans Ausland verkauft werden können: die Nahrungsmittel können auf die Wirkstoffe dieser Pestizide nur unvollkommen untersucht werden bzw. ist die Wirkung einiger nachgewiesener Substanzen unbekannt. Aber selbst wenn Lebensmittelimporte als verseucht erkannt wurden, ist der Verbraucher vor ihnen nocht nicht sicher. Denn bis die Tests durchgeführt sind, sind die Waren oft schon lange vermarktet! Von der US-Regierung eingesetzte Prüfer stellen fest, daß etwa die Hälfte der „verseucht" eingestuften Lebensmittel nicht mehr rechtzeitig aus dem Markt gezogen werden konnten und ohne Warnung an die Endverbraucher verkauft wurde (29).







Der Kreislauf des Gifts: Immer mehr, immer ausgedehnter immer giftiger

Entwicklung, Produktion, Einsatz von Pestiziden sowie die Vermarktung Pestizid-behandelter Produkte unterliegen kapitalistischen Bedingungen, die die Erzielung von Profiten zwingend vorschreiben. So entsteht ein unheilvoller „Kreislauf des Gifts", in dem Menschen und Natur in jeder Phase direkt geschädigt oder von Schädigungen bedroht werden. Und die Dynamik des kapitalistischen Systems unterwirft immer mehr Menschen und immer weitere Lebensbereiche den Verwertungsinteressen des Kapitals, führt zu immer größerer Machtkonzentration in den Händen weniger Multinationaler Konzerne, treibt den technischen Fortschritt nicht nur auf militärischem Gebiet in Dimensionen, aus denen Bedrohungen globalen Ausmaßes erwachsen. Auf der Suche nach Möglichkeiten, Profite zu erzielen, wenden sich die Chemie-Multis neben den Geschäften mit Kunstdünger und Pestiziden nun dem Geschäft mit Samen zu. Immer mehr konventionelle Samensorten werden durch in den Labors hochgezüchtete, ertragreiche Sorten ersetzt. Für die Multis ein Bombengeschäft, denn bis der Konkurrenzkampf die Einführung der neuen Sorten weltweit durchgesetzt hat (und damit vermutlich Millionen Bauern ihrer Existenzgrundlage braubt hat), fallen Extraprofite an. Zudem benötigen die „verbesserten" Samensorten in der Regel den massiven Einsatz von Kunstdünger und Pestiziden, so daß auch diesen Märkten hohe Zuwachsraten sicher sind. Den Multis kommt bei ihrer Expansion zustatten, daß auch Samensorten patentierbar sind, daß somit auch Teile des „biologischen Erbes" als privatwirtschaftlich verwertbar gelten und zur Durchsetzung von Profitinteressen monopolisiert werden dürfen. Zwischen 1968 und 1978 kauften Multinationale Konzerne – überwiegend aus dem chemischen und pharmazeutischen Sektor – 30 große, traditionelle „Samen-Unternehmen" und deren Patente auf. Der Ölkonzern Shell ist heute das größte Unternehmen in Sachen Samen (44). Nach Schätzungen der FAO werden bis 1991 etwa drei Viertel aller Gemüsesorten in Europa durch "patentierte Sorten" verdrängt werden (45), bis zum Jahr 2000 werden auch in den unterentwickelten Ländern etwa zwei Drittel der eingesetzten Samen zu den „verbesserten" Sorten gehören (43). Im gleichen Ausmaß werden die Gefahren wachsen: In der Uniformität der neuen Samensorten, die oft auf Monokulturen eingesetzt werden, liegt ein erhöhtes Risiko durch Schädlingsbefall. Zudem sind die hochgezüchteten Samensorten in der Regel weniger widerstandsfähig als die oft Jahrhunderte alten „natürlichen" Sorten, was den verstärkten Einsatz von Pestiziden erfordert. Doch auch hier tun sich neue Gefahrenquellen auf: Der massive Einsatz von Pestiziden ließ weltweit Pestizid-resistente Schädlinge entstehen: Nach Angaben der FAO verdoppelte sich allein von 1965 bis 1977 die Anzahl der resistenten Insektenarten von 182 auf 364. (8)

(bef)


Wissenschaftliche Samenzucht

Anmerkungen:

1) San Francisco, 1981 – Zu beziehen über Institut for Food and Development Policy, 2588 Mission Street, San Francisco, CA 94110, USA; 3,95 $ + Versandkosten.
Vermutlich im Frühjahr 1982 erscheint eine erweiterte deutsche Fassung im Fischer-Verlag.
Weir begann seine Recherchen bereits 1970. Zwischenzeitlich veröffentlichte kleinere Publikationen zum selben Thema erregten in den USA Aufsehen, erhielten Pressepreise und regten Gesetzgebungs-Initiativen an. Eine Zusammenfassung des 1977 veröffentlichten Berichts „Nur zur Ausfuhr zugelassen: Gifte und gefährliche Drogen" wurden in der Zeitschriften-Übersicht des US-Präsidenten abgedruckt. – Im folgenden Text weisen die Zahlen in Klammern auf die Seitennummern des Originals hin.
2) Vgl. Brockhaus Enzyklopädie, 17. Aufl. Wiesbaden 1972, Stichwort: Pflanzenschutzmittel.
3) ebda.
4) DDT wurde 1972 auch für die BRD weitgehend verboten; vgl. DER SPIEGEL 1972/28/S. 121.
5) Über die Nahrungsmittelkette gelangen Giftstoffe wie DDT darüber hinaus in so gut wie alle Organismen und in jeden Winkel der Erde.





Aufruf

Verhindert den Verkauf deutscher Atomtechnik an Argentinien!

Seit der gewaltsamen Machtergreifung der argentinischen Militärs im Jahr 1976 sind zehntausende argentinischer Bürger in einem erbarmungslosen Vernichtungsfeldzug gegen alle Demokraten und Gegner der Diktatur getötet, gefoltert oder ohne Prozeß verhaftet worden. 20 deutsche Bürger sind in Argentinien verschwunden, 7 wurden verhaftet und eine Frau (Elisabeth Käsemann) wurde von Militärs ermordet.

Ungeachtet dieser Menschenrechtsverletzungen ist am 9. Mai 1980 mit Genehmigung der Bundesregierung zwischen der SIEMENS-Tochter KWU und der staatlichen argentinischen Atomenergiekommission ein umfassendes Abkommen über nukleare Zusammenarbeit geschlossen worden. Die KWU erhielt den Auftrag für den Bau des Atomkraftwerks Atucha II mit Standort in unmittelbarer Nähe der 10-Millionenstadt Buenos Aires und beteiligte sich mit 25% an der gemischten Ingenieurforma ENACE S.A., die den Entwicklungsplan der argentinischen Atomindustrie in den 80er Jahren umsetzt. (Vorgesehen ist u.a. der Bau dreier weiterer Atomkraftwerke mit KWU-Technologie).

Im Angebotsverbund mit KWU liefert die Schweizer Firma SULZER Argentinien eine Schwerwasserfabrik mit einer Jahresproduktion von 250 to, die das Land aufgrund seiner Vorkommen an Natururan in den Besitz eines vollständigen atomaren Brennstoffkreislaufs bringt. Damit wird den Militärs nicht nur zur Produktion von Plutonium, dem Grundstoff zum Bau der Atombombe verholfen, sondern auch zu einer autarken Atomindustrie, deren Beschränkung auf friedliche Zwecke durch internationalen Druck nicht mehr gewährleistet werden kann.

Die vereinbarten Lieferungen werden durch einen Kredit von 1,7 Mia DM finanziert, der je zur Hälfte von der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau und einem privaten deutschen Bankenkonsortium aufgebracht wird. Das Geschäft wird abgesichert durch eine Ausfallbürgschaft der bundeseigenen HERMES-Versicherungsanstalt.

Grundlage für das Zustandekommen des Geschäfts war der Verzicht der Bundesregierung auf vertragliche Zusagen Argentiniens, seine Atomindustrie wirksamen internationalen Kontrollen zu unterwerfen (nur die von KWU gelieferten Anlagen und Nachbauten sollen von der Internationalen Atomenergiebehörde IEAO, Wien, kontrolliert werden: alle anderen Konkurrenten der KWU hatten den Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag oder weit strengere Kontrollen, und zwar des gesamten Atomprogramms, verlangt).

Argentinien hat bisher weder den Atomwaffensperrvertrag noch den regionalen lateinamerikanischen Sperrvertrag von Tlatelolco unterzeichnet. Seit mehreren Jahren betreibt das Militärregime eine agressive Außenpolitik, die 1979 beinahe wegen eines Grenzkonfliktes zum Krieg mit dem Nachbarland Chile geführt hätte. Argentinien lieferte Waffen an Terrorregime wie Nicaragua unter Somoza, und Guatemala. Zuletzt war die Militärregierung direkt



SUCHMELDUNG

Für eine Übersicht vorhandener und verwendbarer Unterrichtsmaterialien des Themenbereichs „Dritte Welt" sucht der GEW-Kreisverband Hannover Angaben über Bücher, Zeitschriften, Unterrichts-Einheiten, Filme, Dia-Serien etc. möglichst mit einer kurzen Zusammenfassung über den Inhalt.

Zu senden an:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Hannover-Stadt
z. Hd. Frank Weber
Gabelsberger Str. 7
3000 Hannover 1

WIR FRAUEN

„Wir Frauen", das ist ein Heft der Bolivianischen Frauen-Union (UMBO). Diese organisierte Frauengruppe tritt für die Interessen aller Frauen der ärmsten Schichten des Landes ein.
Die Situation dieser Frauen wird dargestellt, eine Wirklichkeit, die geprägt ist von Demütigung und Ausbeutung bei der Arbeit und zu Hause. Die Ursachen der Unterdrückung werden behandelt; die Notwendigkeit herausgearbeitet, organisiert dagegen anzukämpfen. Mit dem Bezug des Heftes werden die Aktivitäten der UMBO unterstützt.

Bestelladresse: Chile-Komitee Stuttgart
c/o D. Haith
Römerstraße 70
7000 Stuttgart 1

Preis: 2,50 DM + Porto; ab 10 Exemplaren 2,– DM + Porto

am Sturz der demokratischen Regierung Boliviens beteiligt (siehe Spiegel vom 25. 8. 80). Gleichzeitig gehört Argentinien zu den Initatoren eines militärischen Südatlantik-Paktes (SATO), dem neben Chile, Uruguay und Brasilien auch Südafrika beitreten soll. Dieser Pakt mörderischer Unterdrückerregimes ist im Kern gegen afrikanische und lateinamerikanische Befreiungsbewegungen gerichtet. „Nukleare Partnerschaft" mit Argentinien bedeutet unter diesen Bedingungen genauso wie die deutsch-südafrikanische atomare Zusammenarbeit: offene Komplizenschaft mit einer gefährlichen atomaren Verschwörung gegen Unabhängigkeitsbestrebungen in der 3. Welt.
Wegen der umfangreichen Kapazitäten, die in der Planung des argentinisch-deutschen Atomprogramms vorgesehen sind, und der großen Zahl bilateraler Atomverträge zwischen Argentinien und weiteren lateinamerikanischen Länder steht zu befürchten, daß mitten zwischen den KZs des Regimes eine riesige Nuklear-Exportindustrie aufgezogen wird, von der aus der Weltmarkt bequem versorgt werden kann – ohne lästige Einwände einer geknebelten Bevölkerung und deutscher Stellen.
In Kanada und der Schweiz haben sich, getragen von Gewerkschaften, Friedensbewegung, Kirche und 3. Welt-Solidaritätsgruppen, breite Protestbewegungen gegen jede weitere atomare Zusammenarbeit mit Argentinien herausgebildet.
Wir verlangen auch von der Bundesregierung und KWU die sofortige Einstellung jeglicher nuklearer Zusammenarbeit mit der Militärdiktatur.
Nachdem bisher erst 35 (!) von 400 argentinischen politischen Gefangenen, für die eine Asylzusage der Bundesregierung vorliegt, eingetroffen sind, fordern wir unverzügliche Bemühungen um die Freilassung und Ausreise von weiteren Asylanten.
Die deutschen Gewerkschaften, 3.Welt-Gruppen und alle Atomwaffengegner sind aufgerufen, das Atomgeschäft mit Argentinien mit allen Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit zu verhindern. Unterstützt uns dabei wie folgt:

– verfaßt Schreiben oder Resolutionen, in denen ihr unsere Forderungen unterstützt und schickt sie an:
  Minister Hans Dietrich Genscher,
  Außenministerium 5300 Bonn
  Bundeskanzler Helmut Schmidt,
  Bundeskanzleramt, 5300 Bonn
  sendet uns eine Kopie zu.
– Verfaßt auf der Grundlage dieses Aufrufs und weiteren Materials, das Ihr bei uns anfordern könnt, Artikel zum Argentinien-Atomvertrag und veröffentlicht beides, Aufruf und Artikel in Euren Publikationsorganen. Richtet Schreiben mit Eurem Artikel an die Redaktionen lokaler Zeitungen und Rundfunkanstalten
– Sammelt weitere Informationen, die für die Kampagne von Belang sind (z.B. über die Beteiligung deutscher Firmen) und sendet sie uns zu
– Beteiligt Euch an der Adoption politischer Gefangener (wir geben Euch dazu auf Anfrage weitere Informationen)
– Organisiert Veranstaltungen und Protestaktionen (weiteres Informationsmaterial hierzu ist gegenwärtig bei uns in Vorbereitung: eine Broschüre, Dia-Serien und eine Wanderausstellung. Teilt uns mit, ob wir Euch dabei personell, mit Referenten usw. unterstützen sollen)
– Bildet lokale Arbeits- und Koordinationsgruppen, die unsere Kampagne unterstützen (möglichst Lateinamerika-Solidaritätsgruppen, Gewerkschafts-, Friedens-, Kirchen- und AKW-Gruppen gemeinsam)

Diese Initiative wird bundesweit getragen von verschiedenen Lateinamerika-Solidaritätsgruppen, vom Aktionskreis Leben und verschiedenen anderen politischen Gruppen. Kontakte sind:

3. Welt-Gruppen, Kirche, Friedensgruppen usw.:
Multi-Gruppe des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika (FDCL), Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12, Tel. 030 / 313 50 65

gewerkschaftlicher Bereich:
Aktionskreis Leben Berlin
c/o Thomas Engel, Pariser Str. 61,
1000 Berlin 12, Tel. 030 / 883 59 17

Stellenausschreibung

Für ein integriertes ländliches

ENTWICKLUNGSHILFEPROGRAMM

auf der kapverdischen Insel Maio (Westafrika) suchen wir zur Fortsetzung einer bisher dreijährigen Arbeit u.a. einen berufserfahrenen *ARZT* oder eine *ÄRZTIN* für ein interdisziplinäres Team (Landwirtschaft, Fischerei, Frauenprogramme, Handwerk, Gesundheitserziehung).

Der Schwerpunkt der medizinischen Arbeit liegt bei einer Einwohnerzahl der Insel von 4.000 auf der präventiven Arbeit, wobei die kurative Versorgung überwiegend von zwei ausgebildeten kapverdischen Krankenpflegern sichergestellt ist. Hauptaufgabe des Arztes ist die Begleitung und Fortbildung von jetzt ca. 30 Basisgesundheitsarbeitern, die in den 12 Dörfern der Insel ansässig sind.
Interessenten wenden sich bitte *umgehend* an Weltfriedensdienst e.V., Telefon: 251 06 16, da die Vorbereitung baldmöglichst beginnen soll.

Voraussetzungen:
Erforderlich: Berufserfahrung, Sprachkenntnisse in Portugiesisch, Spanisch oder Französisch, pädagogische Fähigkeiten.

Wünschenswert: Praxiserfahrung aus der 3. Welt, Erfahrungen in interdisziplinärer Zusammenarbeit und in Teamarbeit, wenigstens theoretische Kenntnisse der 'Medizin der Armut', Gebutshilfepraxis.

Vertragsbedingungen:
3 Jahres-Vertrag, Unterhaltsgeld in Anlehnung an BAT, soziale Sicherung gemäß Entwicklungshelfergesetz.

WELTFRIEDENSDIENST e.V. ist ein nicht staatlich oder kirchlich gebundender privater Träger des Entwicklungsdienstes.

Friedrichstraße 236, 1000 Berlin 61 (Kreuzberg)
Telefon: 030 / 251 05 16

SINGAPUR

Internationale Kampagnen zur Freilassung politischer Gefangener

Der Stadtstaat Singapur – Zentrum des internationalen Finanzkapitals in Südostasien und das Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen in der Region – wird seit über 20 Jahren von der People's Action Party unter Ministerpräsident Lee Kuan Yew regiert. Der erfolgreiche wirtschaftliche Aufbau des Landes ging einher mit zunehmender Repression gegen Oppositionspolitiker und fortschrittliche Gewerkschafter. Die Methoden des Regimes erinnern zum Teil an die Naziherrschaft in Deutschland (Blockwartsystem, psychologischer Terror, vgl. auch blätter des iz3w Nr. 85, S. 25 ff.).
Kürzlich wurde bekannt, daß der Druck auf die politischen Gefangenen in Singapur verschärft worden ist. Die Regierung wendet physische und psychische Folter an, um die Männer und Frauen, die unerschrocken Widerstand gegen das Regime geleistet haben, dazu zu bewegen, öffentlich ihre Überzeugungen zu widerrufen. Aus diesem Anlaß organisiert FUEMSSO, eine Organisation von Studenten aus Malaysia und Singapur in Großbritannien, eine internationale Kampagne zur Freilassung der politischen Gefangenen in Singapur. Wir halten eine deutsche Beteiligung an der Kampagne für wichtig, da nicht nur enge staatliche Beziehungen zwischen Singapur und der Bundesregierung bestehen, sondern auch die Parteibeziehungen zwischen der PAP und der deutschen SPD besonders herzlich sind. Die SPD hat der PAP stets die Stange gehalten – auch als innerhalb der Sozialistischen Internationale ein Ausschlußantrag gegen die PAP verhandelt wurde.
Der Aufruf von FUEMSSO hat folgenden Wortlaut:

„Schluß mit psychischer und physischer Folter gegen politische Gefangene in Singapur!
Sofortige und bedingungslose Freigabe aller politischen Gefangenen!
Die Regierung von Singapur verstärkt gegenwärtig den Druck auf die politischen Gefangenen. Zwei Männer werden besonders herausgegriffen: Dr. Poh Soo Kai und Ho Piao. Zusammen mit einigen anderen Gefangenen in Singapur gehören sie zu den politischen Gefangenen auf der Welt, die am längsten inhaftiert sind. Sie sind seit 1963 in Haft. Bis heute hat die Regierung kein ordentliches Gerichtsverfahren gegen sie eröffnet. 18 Jahre sind eine grausam lange Zeit. Vor allem, wenn man sich vergegenwärtigt, daß ihr einziges „Verbrechen" darin bestand, oppositionelle politische Auffassungen offen zu sagen, dann wird diese Inhaftierung zu einer unerträglichen Ungerechtigkeit.
Die andauernde Inhaftierung der beiden ist ein Beweis für das Ausmaß der Repression in Singapur – und diese Unterdrückung betrifft ja nicht nur die unmittelbar Betroffenen, die den Mut gehabt haben, für ihre von den Machthabern abweichenden Auffassungen öffentlich einzustehen, sondern auch all die anderen, die aus solchen Beispielen „lernen", welch hohen Preis derjenige zu bezahlen hat, der offen seine Meinung sagt.
Um diesen offenkundigen Machtmißbrauch zu rechtfertigen, hat die Regierung von Singapur seit Jahren versucht, aus den politischen Gefangenen sogenannte „Geständnisse" herauszupressen und sie zum „Widerruf" zu zwingen. Trotzdem sind diese politischen Gefangenen ihren Überzeugungen treu geblieben.
Nachdem die Regierung es bisher nicht geschafft hat, diesen Menschen das Rückgrat zu brechen, greift sie in letzter Zeit zunehmend zu brutaleren Methoden. Ziel ist der restlose psychische Zusammenbruch der politischen Gefangenen.

Ho Piao, ein früherer Gewerkschafter, wird gefoltert, wird in Isolationshaft gehalten, wird geschlagen und regelmäßig mit kaltem Wasser übergossen. Dr. Poh Soo Kai, ein führender politischer Gegner des Regimes und der Regierungspartei, wird über lange Zeit in Isolationshaft gehalten und psychischer Folter ausgesetzt.
Die Regierung von Singapur hat offensichtlich vor, den beiden den Verstand zu nehmen."

FUEMSSO schlägt vor, Briefe und Postkarten mit folgendem Wortlaut an den Premierminister von Singapur zu schicken.

To Mr Lee Kuan Yew,
The Prime Minister of Singapore,
Prime Minister Office,
City Hall,
Republic of Singapore.

Dear Mr Prime Minister,

We understand that Dr Poh Soo Kai and Ho Piao, both amongst the world's longest serving political prisoners are subjected to severe psychological and physical tortures in your prisons. We also understand that together with Dr Lim Hock Siew and Mr Lee Tse Tong, they are entering their 19th year in detention

We demand that you cease all psychological and physical tortures of political detainees.

We demand the immediate and unconditional release of all political detainees.

Signed: ____________________

date ______ city __________

Nach Möglichkeit sollten Kopien der Protestbriefe an FUEMSSO, c/o NUS, Endleigh Street, London WC 1 geschickt werden.
Ihr könnt auch Protestbriefe in deutscher Sprache an den Botschafter der Republik Singapur in Bonn schicken.

Südostasiengruppe in der ESG Bochum

Aufruf zur Unterstützung der peruanischen Lehrergewerkschaft SUTEP

Zur heutigen Situation in Peru

Peru ist „traditionell" abhängig: Zunächst plünderten die Spanier, später die Engländer und die USA das Land, heute ist auch die Bundesrepublik gut im Geschäft. Überall im ganzen Land weisen Reklame- und Firmenschilder darauf hin, daß die wichtigen industriellen Sektoren fest in ausländischer Hand sind:Chemie, Fahrzeuge, Minen und viele andere.

1975 mußte u.a. aufgrund der hohen Verschuldung des Landes, entstanden durch die Entschädigungszahlungen für enteigneten Großgrund- und Firmenbesitz — das Reformprogramm der Militärregierung Velasco abgebrochen werden. Die Politik der neuen Militärregierung wurde vom Internationalen Währungsfonds (IWF) diktiert, von dem das Land die Kredite bekam: Verringerung der Staatsausgaben, d.h. von Sozialausgaben und Zuschüssen für Grundnahrungsmittel, Zulassung von nur geringen Lohnerhöhungen, Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und freie Investitionstätigkeit für in- und ausländische Firmen ... Durch diese Politik hat sich die Lage der Mehrheit des Volkes gerade in den letzten Jahren wesentlich verschlechtert: Die Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung lag 1979 bei 58 %, der Reallohn verfiel von 1973 bis 1978 um die Hälfte.

Der massive Widerstand des peruanischen Volkes gegen diese Politik und das schlechte internationale Ansehen von Militärdiktaturen bewog die Militärs wohl, im Juli 1980 die Regierungsgewalt wieder in zivile Hände zu legen. Die Peruaner mußten aber bald feststellen, daß die (gewählte) Regierung Belaunde die Unterwerfung unter die Forderungen des IWF noch konsequenter betrieb als ihre militärischen Vorgänger. Die Subventionen für Grundnahrungsmittel wurden nochmals drastisch gekürzt, was zu starken Preissteigerungen bei den bisher subventionierten Gütern des Grundbedarfs führte (z.T. 70 – 100 %). Auch der Ausverkauf des Landes an ausländische Firmen wird verstärkt fortgeführt (z.B. des Urwalds an die Holz- und Ölfirmen): Durch Reprivatisierung von früher verstaatlichtem Firmenbesitz, Steuervergünstigungen und Exportförderung wird ausländisches Kapital ins Land gelockt.

Gleichzeitig ist auch eine weitere Unterdrückung des Widerstandes des peruanischen Volkes, der sich seit Mitte letzten Jahres in vielen lokalen und regionalen Streiks und Hungerstreiks und im Januar 1981 in einem landesweiten Generalstreik äußerte, geplant. Während dieses Generalstreiks wurden mehrere Menschen von der Polizei getötet und viele verhaftet. Die Regierung hat dem Parlament Ende 1980 einen Gesetzesentwurf über den „Terrorismus" vorgelegt, nach dem u.a. Personen, die die Produktion sabotieren oder die Wirtschaft des Landes schädigen, als Landesverräter behandelt und mit Strafen von über 25 Jahren Haft belegt werden können. Als „Sabotage der Produktion" können Streikaufrufe und andere Kampfformen der Arbeiter, etwa Fabrikbesetzungen interpretiert werden. Nach einem anderen Gesetzentwurf soll den Federationen und Gewerkschaften verboten werden, Arbeitsniederlegungen auszurufen. Ebenso verboten wären danach Streiks in „wichtigen" öffentlichen Diensten.

Situation der Lehrer — wirtschaftlich und sozial

Bei den peruanischen Lehrern handelt es sich keineswegs um eine privilegierte Schicht. Sie sind durch die Wirtschaftskrise in Peru genauso betroffen wie die anderen Teile des Volkes, d.h. sie leben unter dem Existenzminimum. Bei einer Inflation von 80 % pro Jahr sind die Lehrergehälter bis 1982 eingefroren worden. So kostet heute ein Warenkorb mit den notwendigen Verbrauchsgütern für eine sechsköpfige Familie bereits ca. 85.000 Soles (ca. 400,– DM). Das Anfangsgehalt eines Lehrers beträgt jedoch nur etwa 30.000 Soles (ca. 150,– DM)! Ist er verheiratet und mehrere Jahre im Dienst, erhöht sich das Gehalt um 15.000 Soles (ca. 75,– DM).

Da es auf dem Land vor allem an Lehrern mangelt, müssen viele in zwei Schichten unterrichten (40 Stunden pro Woche). Da aber das Gehalt bei den ständig steigenden Lebenshaltungskosten nicht einmal zum Notwendigsten reicht, müssen sich die Lehrer nebenbei noch Geld als Taxifahrer, Fremdenführer usw. verdienen. Für die Vorbereitung des Unterrichts bleibt ihnen keine Zeit mehr.

— Arbeitsbedingungen

Erschwerend kommt hinzu, daß der Anteil der Erziehungsaufgaben am Staatshaushalt 1981 mit 7,4 % einen neuen Tiefstand erreicht hat (1968 waren es noch 32 %, 1977: 14 % und 1979: 10 %).

IWF

Der IWF ist eine Art Schutzpolizei für das internationale Währungs- und Kreditsystem. Ihm gehören etwa 130 Industrie- und Entwicklungsländer an, die 10 wichtigsten Industriestaaten (u.a. die USA und die BRD) haben im IWF die Stimmenmehrheit, da die Stimmberechtigung nach der Wirtschaftskraft der Staaten berechnet wird — der Fonds also kein demokratisches Gremium ist. Der IWF vergibt Kredite an Länder mit „Finanzschwierigkeiten".

Aber grünes Licht vom IWF für weitere Verschuldung kostet etwas: Natürlich Zinsen, aber vor allem die Aufgabe einer souveränen nationalen Wirtschaftspolitik, denn die bestimmt der IWF im Interesse der ausländischen Gläubiger. Nicht nationale Entwicklung, sondern Schuldenrückzahlung wird dann das oberste Ziel.

Damit ein Land mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten die beanspruchten IWF-Kredite auch im Sinne des IWF verwendet, verknüpft dieser die Kredite mit bestimmten Auflagen:

* Abschaffung oder Liberalisierung von Devisen- und Importbeschränkungen.
  Diese Bedingung wird mit dem IWF-Ziel der Handelsfreiheit begründet, ist aber in einer gewissen Art widersinnig, währen doch Importbeschränkungen namentlich von Luxusgütern notwendig
* Inflationsbekämpfungsprogramm
  – Kürzung von Staatlichen Sozialzahlungen und Subventionen
  – staatliche Lohnkontrollen
  – Preiskontrollen etc.
* Größerer Anreiz für ausländische Investoren
  – Liberalisierung des Gewinntransfers etc.
* Abwertung
* Schuldenanerkennung gegenüber dem Ausland

Die Bundesrepublik ist durch ihren großen Einfluß im IWF mitverantwortlich für dessen Politik.

Folgende statistische Daten zeigen auf, daß die soziale Zusammensetzung der Lehrer in etwa der der peruanischen Bevölkerung entspricht:

8 % der Lehrer sind Kinder von Landarbeitern
16 % der Lehrer sind Kinder von Arbeitern
20 % der Lehrer sind Kinder von Angestellten ohne Ausbildung
19 % der Lehrer sind Kinder von Kleinhändlern
9 % der Lehrer sind Kinder von Angestellten mit Ausbildung
7 % der Lehrer sind Kinder von Akademikern
10 % der Lehrer sind Kinder von Bauern und Landbesitzern
57 % der Lehrer sind Frauen
40 % der Lehrer sind zwischen 25 und 34 Jahre alt

Zwischen der Lage des Lehrers und der Lage des Volkes bestehen kaum Unterschiede; beide sind unterdrückt und unterbezahlt. Die peruanische Krise trifft die Lehrer ebenso hart wie die anderen Teile des Volkes.

Dabei fehlen im ganzen Land Schulen, v.a. im Anden-Hochland, im Urwald und in den Elendsvierteln der großen Städte. Neben den staatlichen Schulen gibt es auch private und kirchliche Einrichtungen, die von 14,6 % aller Schüler besucht werden. Da das Schulgeld monatlich ca. 50,– DM beträgt, sind die Privatschulen fast nur der Oberschicht zugänglich.
Für den Bau eines „Schulhauses" verwendet man im Anden-Hochland Lehmziegel oder mit Lehm verklebtes Geflecht. In den Elendsvierteln werden Stroh und Schilfmatten aufgestellt und aus Wellblechresten, Abfallbrettern, Plastiktüten und Pappe ein Dach konstruiert. Fensterscheiben, Türen, Schulmöbel fehlen oft, und Heizungen gibt es nie. Schulbücher, didaktisches Material und Tafeln fehlen in vielen Fällen. Sportgeräte, Bibliotheken, Projektoren, Tonbandgeräte gibt es nicht.
Dazu kommen äußere Umstände, die die unzureichenden Lernvoraussetzungen der Schüler bestimmen. Nach Meinung der UNICEF sind 65 % der Kinder Perus unterernährt, bei 6 % davon besteht Gehirnschädigung wegen starker Unterernährung. Häufig kommen die Schüler nach einem einbis zweistündigen Fußweg, ohne Frühstück in die Schule. Viele Kinder können nicht regelmäßig am Unterricht teilnehmen, da sie zu Hause mitarbeiten oder durch Gelegenheitsarbeiten wie Autowaschen, Schuhputzen, Verkauf von Süßigkeiten und Zigaretten ihre Familie finanziell unterstützen müssen. Viele gehen deshalb frühzeitig von der Schule ab, oft auch, weil das Schulmaterial unerschwinglich wird.

Alle acht Minuten verhungert ein Kind

Lima (ddp). Alle acht Minuten stirbt in Peru ein Kind den Hungertod, erklärte die in Lima erscheinende liberale Zeitschrift „Oiga" in ihrer jüngsten Ausgabe. „Wie in Biafra oder in Kalkutta" herrscht nach Ansicht der Zeitschrift in Peru eine derartige Hungersnot, daß „auf den Müllhalden der Märkte die Hungrigen mit den Hunden und den Raubvögeln um die Abfälle kämpfen und Mütter mit ihrem Kind auf dem Rücken den Hühnern verdorbene Früchte oder Fischeingeweide streitig machen."

(Aus: Bad. Zeitung v. 18.8.1978)

Aus den genannten Gründen hat sich die Mehrheit der peruanischen Lehrer in der SUTEP organisiert, wo sie nicht nur für die Verbesserung ihrer eigenen Situation kämpfen, sondern auch für eine Veränderung des Bildungssystems (ca. 40 % der peruanischen Bevölkerung sind Analphabeten!) und zusammen mit anderen Gewerkschaften für eine allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen.
Horacio Ceballos, 1. Generalsekretär der SUTEP, war letztes Jahr 3 Tage bei uns zu Gast.
In vielen Gesprächen konnten wir ein genaues Bild der Arbeit unserer SUTEP-Kollegen gewinnen.
Nach seinen Berichten sieht die SUTEP die Ursache für die katastrophale Situation in Peru darin, daß ausländisches Kapital, in der Hauptsache der US-Imperialismus, die Reichtümer des anderen nützt, um durch Ausfuhren hochwertiger Produkte ihren Profit zu steigern. Gleichermaßen läßt das internationale Finanzkapital durch Kredite und Zinsen kräftig zu Ader.
Als Absatzland für Billigprodukte ist dann Peru wieder willkommen. Die peruanische Regierung ist dabei ein Spielball im Interessenfeld der Ausplünderung.
Ein peruanisches Volk, dem seine Kultur geraubt und durch Neonlicht und Kaugummi ersetzt wurde, ist dabei von großem Nutzen. Denn Arbeitslosigkeit, Armut und Unwissenheit über die Zusammenhänge sind eine wichtige Voraussetzung für das Fortbestehen der Ausbeutung.
Diesen Kreis zu durchbrechen, hat sich die SUTEP als Aufgabe und Ziel gesetzt. Nur wer diesen Kreislauf erkannt und als veränderbar verstanden hat, kann richtig kämpfen, um ihn zu durchbrechen. Diesen Kreislauf erkennen zu lassen, über die Ursache der peruanischen Situation aufzuklären in ihrer Bildungsarbeit unter den Kollegen, in der Arbeit an Schulen und Bildungsstätten, den Kampf um ihre eigenen ökonomischen Interessen mit diesem Ziel zu verbinden, ist Inhalt der Arbeit der SUTEP.
Dies verlangt unsere Solidarität.



Sterblichkeit nach Altersgruppen (1976)*)

Kinder unter 5 Jahren		51,0 %
darunter:	Kinder unter 1 Jahr	32,8 %
	Kinder von 1 - 4 Jahren	17,7 %
5 Jahre und älter		49,0 %
darunter:	5 – 49 Jahre	19,2 %
	50 Jahre und älter	30,3 %

*) Boletin de analisis demografico Nr. 18

Rolle der SUTEP

Die SUTEP ist die repräsentative Gewerkschaft der Lehrer in Peru. Sie wurde am 6. Juli 1972 gegründet, und in ihr sind über 80 % der Lehrer (von ca. 120.000) und andere in der Erziehung Beschäftigte organisiert. Neben der SUTEP bestehen noch drei andere Lehrergewerkschaften von geringerer Bedeutung (FENEP – Nationale Föderation der peruanischen Lehrer ca. 2 %; FENTEP – Nationale Föderation der Arbeiter in der Erziehung Perus; ca. 3 %; SERP – Gewerkschaft der Lehrer der peruanischen Revolution, ca. 3 % aller Lehrer).

Die SUTEP untersteht keiner politischen Partei, und ihre Mitglieder sind Lehrer, die sich auf der Grundlage zweier Prinzipien organisiert haben:

1. Kampf für bessere Verhältnisse im Bildungsbereich Absoluter Respekt vor den politischen Differenzen innerhalb der SUTEP, d.h. zu akzeptieren, Mehrheit oder auch Minderheit in der Gewerkschaft zu sein.

Zwischen 1972 und 1980 wurde die Gewerkschaft von der Militärdiktatur stark bekämpft. Die SUTEP war daher nie eine legale Gewerkschaft. Sie wurde nie offiziell anerkannt, und ihre Führer mußten fast immer im Untergrund, im Gefängnis oder im Exil leben.

Das Ziel eines viermonatigen Streiks im Jahre 1979 war die Einhaltung des Abkommens zwischen Regierung und Gewerkschaft, das nach einem dreimonatigen Lehrerstreik 1978 unterzeichnet worden war. In dem Abkommen hatte sich die Regierung verpflichtet, inflationsausgleichende Lohnerhöhungen zu zahlen, die SUTEP offiziell als Gewerkschaft anzuerkennen sowie die verfassungsmäßigen Grundrechte auf Streik-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit einzuhalten (d.h. Freilassung der inhaftierten Lehrer, Wiedereinstellung der Entlassenen).

Die Regierung hatte sich nicht an das Abkommen gehalten. Sie ließ aufgrund der vom Internationalen Währungsfond verordneten Sparpolitik nur unwesentliche Lohnerhöhungen zu und reagierte auf die wachsende Unzufriedenheit mit einer Verstärkung der Repression: 5.000 Lehrer wurden aus politischen Gründen entlassen, 2000 verhaftet.

Nachdem von der SUTEP alle legalen Wege versucht worden waren, die Einhaltung des Abkommens von 1978 zu erreichen, traten die Lehrer am 4. Juli 1979 in den unbefristeten Streik.

Die Bedeutung des Streiks ging weit hinaus über einen „nur" ökonomischen Streik um mehr Lohn. Er war ein Symbol und Beispiel für den Widerstand des peruanischen Volkes gegen die Spar- und Repressionspolitik der Militärs. Dies zeigte sowohl die Stärke der Repression durch die Militärs als auch auf der anderen Seite die Breite der Unterstützung durch die Bevölkerung und anderer Gewerkschaftsverbände und die große internationale Resonanz:

– die Militärs versuchten den Streik, an dem sich über 90 % aller Lehrer beteiligten mit Hilfe von Verhaftungen, Folterungen, Ermordungen (33 Lehrer wurden ermordet), Entlassungen, Streikbrechern (regierungsfreundliche Studenten), Verteufelungskampagnen, in der von den Militärs kontrollierten Medien, Aufhebung der Grundrechte zu brechen.

– die Antwort der Bevölkerung war Solidarität: ein Großteil der Schüler solidarisierte sich (und lehnte die Streikbrecher ab), die Eltern unterstützten den Streik, die Universitätslehrer und -angestellten streikten mit (26 von 27 Universitäten waren geschlossen), überall im Land fanden Unterstützungsstreiks statt (z.B. von den Minenarbeitern), Protestversammlungen wurden durchgeführt, Botschaften wurden besetzt, einfache Marktfrauen spendierten Gemüse, Kartoffeln für die von der SUTEP organisierten Gemeinschaftsküchen, wodurch wenigstens eine Mahlzeit am Tag garantiert werden konnte, mehrere lokale und ein landesweiter Generalstreik lähmten das Land, über 500 Peruaner, darunter die meisten Führer der Linken, traten in den Hungerstreik.

Trotz der Militanz und der breiten Unterstützung mußte der Streik am 29. September ohne Ergebnis abgebrochen werden. Dies vor allem deshalb, weil nach dem 118-tägigen Streik die große Mehrzahl der Lehrer/-innen finanziell derart erschöpft war, daß ein geschlossener Streik nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. (Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß die peruanischen Gewerkschaften über keine Streikkassen verfügen).

Situation der SUTEP heute

Auch unter der Zivilregierung Belaunde, die im Juli 1980 die Nachfolge der Militärregierung antrat, hat sich die Situation der Lehrer und der SUTEP nur geringfügig gebessert:

– Die SUTEP wird auch von der Zivilregierung nicht als Repräsentantin der Lehrer anerkannt. Im letzten Herbst hatte die SUTEP zum Zweck ihrer Anerkennung durch die Regierung die Unterschriften von 85.000 Lehrern gesammelt, die sich zur Mitgliedschaft in der SUTEP bekannten. Bei einem Polizeiüberfall wurden 20.000 davon geklaut, dennoch reichten die restlichen 65.000, die der Regierung übergeben wurden, längst aus, um die für eine Anerkennung geforderten 30 % der Gesamtlehrerschaft (das wären ca. 40.000) zu erreichen. Dennoch sprach die Regierung die Anerkennung nicht aus: Das bedeutet für die SUTEP weitere Kriminalisierung und keine Unterstützung durch den Staat.



Mit ihrem Streik 1979 einte die SUTEP die Linke

– Das Versprechen, alle während der Streiks entlassenen Lehrer wieder einzustellen, wurde nur teilweise erfüllt. Immer wieder gehen die SUTEP-Verantwortlichen mit betroffenen Lehrern zum Ministerium, um auf ihrer Wiedereinstellung zu bestehen.

– Kürzlich verlor die verschuldete SUTEP, die von ihren Mitgliedern natürlich keine hohen Beiträge kassieren kann, auch ihr Zentrum in der Stadtmitte von Lima. Sie hatte die Miete nicht mehr bezahlen können, außerdem wollte sie der Besitzer zum Kauf des Hauses und Geländes zwingen (zu einem sehr hohen Preis). Sie hat z.Zt. keine eigenen (Versammlungs-)Räume.

– Seit wenigen Wochen ist die SUTEP Mitglied im größten Gewerkschaftsdachverband CGTP, in dem die meisten fortschrittlich-kämpferischen Gewerkschaften zusammengeschlossen sind.

Warum sollten wir als Lehrer in der GEW die Arbeit der SUTEP unterstützen?

Die GEW schreibt in einer Werbebroschüre des Hauptvorstandes „GEW – ÜBER SICH SELBST": Verbindliche Inhalte: Das gesellschaftspolitische Engagement der GEW ist auf folgende Ziele verpflichtet: ... Beseitigung von Unterdrückung und Ausbeutung und Sicherung des Friedens in der Welt über eine aktive Solidarität mit der intern. Gewerkschaftsbewegung"

Dies findet unsere volle Unterstützung!

Die GEW ist eine eigenständige Organisation, aber eingebettet in die Interessen des DGB – sprich den in ihm organisierten Kollegen. Die internationale Gewerkschaftssolidarität muß auch Teil des DGB-Programms und seiner Aktivitäten sein.

Ein Beispiel: Gegenwärtig kämpfen deutsche Arbeitnehmer für den Erhalt ihres Arbeitsplatzes, für Arbeitszeitverkürzung und Sicherung des Reallohnes.

Deutsche Arbeitnehmer werden dadurch den Unternehmern teuer, d.h. sie schmälern die „Ertragslage."

So versuchen Metall-Arbeitgeber genau deshalb, deutsche Metallerzu entlassen, weil Investitionen in Ländern wie Korea, Brasilien oder Südafrika bei weitem höhere Profite einbringen.

In diesen Ländern sind Gewerkschaftsorganisationen aber wesentlich schwächer als in der BRD, wenn nicht sogar verboten. Dadurch können erheblich niedrigere Löhne gezahlt, die Arbeitszeit beliebig verlängert, Arbeitsschutzmaßnahmen nicht oder kaum vorgenommen werden. Sozialabgaben werden nicht entrichtet. Kurz – Ein Eldorado für den Profit.

Die auf lange Sicht drohende Arbeitslosigkeit mit allen ihren sozialen Folgen verbindet uns als aktive Gewerkschafter ganz unmittelbar mit dem Kampf der Gewerkschaften in Ländern der III. Welt.

Uns als Lehrer im gleichen Maße, weil die Kinder eben dieser Lohnabhängigen in unserer Klasse sitzen und zukünftig von eben diesem Problem getroffen werden.

Deswegen geht uns zum Beispiel Peru und die SUTEP etwas an, ob wir es nun wollen oder nicht. Denn solange auch nur in einem Land der Welt die gewerkschaftlichen und politischen Rechte unterdrückt sind, solange finden Konzerne noch allemal eine Einbruchstelle, um das Lohngefälle zu diesen Billiglohnländern und die Rechtlosigkeit der Arbeiter als Hebel gegen den gewerkschaftlichen Kampf in unserem Lande einzusetzen. Die Solidarität mit allen um ihre Befreiung kämpfenden Völkern ist daher eine Sache, die ganz in unserem Interesse liegt. Darum sollten wir als Lehrer der GEW die Lehrer der SUTEP unterstützen.

Peruanische Gewerkschafterschulung:



Wer ist die „SUTEP-Gruppe Freiburg"?

- wir sind Mitglieder der GEW und haben uns nach einer Veranstaltung des GEW-Ortsverbandes Freiburg mit dem Generalsekretär der SUTEP, Horacio Zaballos, entschlossen, als Gruppe für die Unterstützung der SUTEP zu arbeiten.
- wir wollen uns für die Wiederherausgabe der SUTEP-Zeitung einsetzen, da uns dieses Projekt besonders sinnvoll erscheint:
- weil es relativ gut überschaubar und der Erfolg direkt kontrollierbar ist,
- weil durch eine Zeitung alle Gewerkschaftsmitglieder, auch die, die weitverstreut im Landesinneren wohnen, erreicht und informiert werden können, und nur so gewerkschaftliche Aktionen möglich und koordinierbar werden. (Kein Generalstreik ohne Aufruf!)

Aufruf zur Unterstützung der SUTEP

Weil:

- die SUTEP die stärkste Lehrergewerkschaft ist und über 80 % der im Erziehungswesen Beschäftigten als Mitglieder hat,
- sie eine breite politische Basis hat, keiner Partei untersteht und ihre Mitglieder unabhängig ihres politischen Standpunkts organisiert,
- sie einerseits für die ökonomischen Interessen ihrer Mitglieder eintritt und darüber hinaus den Kampf für eine bessere Bildung des Volkes führt. Das Bewußtwerden über die Ursachen der politischen Situation betrachtet sie als notwendige Voraussetzung zur Überwindung des Regimes der Unterdrückung.
- sie daher von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt wird,
- sie deswegen als einflußreiche politische Kraft von der Belaunde-Regierung bekämpft wird, ihre Mitglieder weiterhin Repressionen ausgesetzt sind
- unsere peruanischen Kollegen unter z.T. unmenschlichen Bedingungen arbeiten müssen,
- ihr Gehalt im Durchschnitt 180,– DM beträgt und die SUTEP daher über so gut wie keine Mittel für ihre Gewerkschaftsarbeit verfügt,
- sie daher aus Geldmangel immer wieder das Erscheinen ihrer Gewerkschaftszeitung einstellen mußte und damit eine wichtige Informationsmöglichkeit verlor, um alle Mitglieder zu erreichen, rufen wir auf:

UNTERSTÜTZT DIE SUTEP MIT GELDSPENDEN, DAMIT IHRE GEWERKSCHAFTSZEITUNG WIEDER ERSCHEINEN KANN!

Was soll mit dem Geld geschehen?

- Ihr gebt einen monatlichen Dauerauftrag in beliebiger Höhe auf das GEW-Konto Ortsverband Freiburg Kennwort SUTEP-Zeitung
  Konto-Nr. 1688 820
  Badische Beamtenbank Karlsruhe (BLZ 660 908 00)
- Wir bitten möglichst um Daueraufträge, weil zur Herausgabe einer Zeitung regelmäßig einlaufende Beträge notwendig sind.
- Wir, die SUTEP-Gruppe Freiburg, verbürgen uns dafür, daß das Geld direkt zur Unterstützung der Gewerkschaftszeitung der SUTEP verwendet wird und benachrichtigen alle Spender regelmäßig über den Erfolg der Aktion (Bitte Adressen angeben.)

Wir treffen uns regelmäßig etwa alle vierzehn Tage und freuen uns über jeden, der mitarbeiten möchte!

Kontaktadresse: Rainer Overstraaten, Tel. 0761/81619

DRITTE WELT IM FILM

Essayistische Bemerkungen zu G. Troeller und C. Deffarge

Es ist schwierig, über den Dritte-Welt-Film zu reden, weil es ihn als Gattung nicht gibt. Man kann diese Filme weder in ästhetische noch inhaltliche Kategorien einzwängen. Sie können sowohl Spielfilme mit fiktiven Inhalten sein als auch Dokumentarfilme in allen Schattierungen, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß diese Zweiteilung Spiel-/Dokumentarfilm auch nicht konsequent durchgehalten werden kann. Der Dritte-Welt-Film läßt sich auch geographisch nicht festlegen auf Filme aus oder über Länder der Dritten Welt, weil er auch europäische Randländer mit einschließt.

Das Bild der Dritten Welt in Fernsehen und Film

Geschichtlich betrachtet zeigten die ersten Filmbilder aus der Dritten Welt in erster Linie verzerrte Bilder: „Wir bringen Ihnen das Interessanteste und Aktuellste aus allen Ländern der Erde in Bild und Ton". „Wir drehten für Sie die wichtigsten Ereignisse der Woche. Wir zeigen Ihnen: Blick in die Welt".
So angekündigt brachten die Wochenschauen, die bis vor ca. 10 Jahren wöchentlich wechselnd im Vorprogramm unserer Kinos liefen, die ersten lebenden Bilder aus den „fernen Ländern" in unsere Köpfe (2,5 Millionen wöchentlich!). Dritte Welt tauchte auf als malerische Kulisse bei Fürstenhochzeiten, Staatsempfängen mit Prunk und Pomp oder im Zusammenhang mit Naturkatastrophen. Allen „Stories" der Wochenschauen gemeinsam war, daß nichts über Menschen zu erfahren war. Das hinter diesen Nachrichten steckende Geschichtsbewußtsein dient Legitimationen unserer westlichen Positionen gegenüber diesen Ländern.

Das alles wäre noch nicht so gravierend, würde hinter dieser Art der Nachrichtenzubereitung nicht gleichzeitig ein System stecken, das auch heute noch – wenn auch in modifizierter, und damit nicht so leicht durchschaubarer Form – weiterexistiert. Das Bild verleiht der Nachricht erst Authentizität, man hat es mit eigenen Augen gesehen! Die Macht der Bilder erzeugt Wirklichkeiten, die dann nur in den Köpfen der Zuschauer existieren. Ich spreche jetzt nicht von Beispielen krassester Manipulation durch Filme oder Bilder (die bis zu plumper Geschichtsverdrehung führen), sondern von unbewußten, vielleicht sogar mit guten Absichten gemachten Filmen. Die Macht der Bilder drückt sich aus im „dokumentarischen" Film; die Glaubwürdigkeit solcher Dokumente (dokumentieren = beurkunden, beweisen, offenbaren, an den Tag legen) wird nicht in Frage gestellt.
Die laufenden Bilder auf einer großen Leinwand, verbunden mit lautem, reißerischem Ton lassen keine kritische Reflexion zu über das Gezeigte, geschweige denn über die Produktionsbedingungen und die dahintersteckenden Interessen.

Konnte man sich dem früher noch einigermaßen einfach entziehen, indem man z. B. nicht ins Kino ging, stehen wir heute vor einer täglichen Bilderflut: die Wochenschau wird zur Tagesschau!

Der bundesrepublikanische Kulturföderalismus, der auch die Kompetenzen in den Fernsehanstalten regelt, erlaubt es zum Teil heute noch, engagierte und kritische Filme zu produzieren (zumindest dann, wenn sie wie die Filme Gordian Troeller's und Claude Deffarge's eine Einschaltquote von durchschnittlich über 20 % haben). Ich zähle die Filme Gordian Troeller's und Claude Deffarge's zu denjenigen Fernsehproduktionen, die aus dem Einheitsbrei „ausgewogener" und „objektiver" Berichterstattungen herausragen.



G. Troeller beim Filmen in Eritrea

Gordian Troeller: „. . . ein SPIEGEL–Reporter . . . meinte, er könne erst dann einen objektiven Bericht liefern, wenn er auch die Gegenseite zu Wort kommen ließe. Die Äthiopier. Ausgewogen wollte er sein.
Was haben wir beide in Eritrea gesehen? Eine Freiheitsbewegung, die seit 19 Jahren für nationale Unabhängigkeit kämpft. Ausgebombte Dörfer, Kriegsversehrte zu Tausenden, Flüchtlinge zu Hunderttausenden. Die Realität eines grausam geführten Krieges. Auf der einen Seite Freiwillige, die im Namen des Völkerrechts, der Selbstbestimmung und all jener Rechte kämpfen, die Ost und West zu den elementaren Rechten eines jeden Volkes erklärt haben. Auf der anderen Seite eine Militärdiktatur, die diese Rechte ignoriert und zwangsrekrutierte Arbeiter und Bauern mit Versprechen auf Grund und Boden zur Ausrottung der eritreischen Bevölkerung antreibt.
Für mich gab es keinen Zweifel, daß ich Partei ergreifen würde. Der Kollege meinte jedoch, erst die Argumente der Gegenseite anhören zu müssen – der Verantwortlichen dieses Völkermordes.
Natürlich geht es hier wie überall um Macht und wirtschaftliche Interessen. Diese können das Morden zwar erklären – rechtfertigen dürfen sie es nicht. Aber gerade das ist das Ergebnis „objektiver" Berichte." (G. Troeller, OBJEKTIVITÄT: ein sinnloser Anspruch. Unveröffentl. Manuskript)

Die „engagierten" Filme über die Dritte Welt

Filme *über* die Dritte Welt sollten auch Filme *für* die Dritte Welt sein, und zwar in dem Sinne, wie sie sich für Forderungen und Belange der in diesen Ländern wohnenden Menschen einsetzen.
Die Glaubwürdigkeit „engagierter" Filme zum Thema Dritte Welt läßt sich für mich in erster Linie an deren Inhalte festmachen. Die Geschichte der Länder der Dritten Welt war und ist immer noch eine Geschichte der permanenten Deformation und Überfremdung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen dieser Länder. Zwei thematische Schwerpunkte lassen sich in den meisten der engagierten Filme erkennen. Der erste beschreibt die Abhängigkeitsverhältnisse zwischen der Dritten Welt und den Industrieländern, und die sich daraus ergebenden Ungerechtigkeiten zwischen und innerhalb der Länder. Der zweite Aspekt geht ein auf den Widerstand der Menschen in der Dritten Welt gegen diese Abhängigkeiten, ihren Kampf um Unabhängigkeit und Befreiung. Dieser – meines Erachtens ganz wichtige – Aspekt ist die konsequente Fortführung einer kritischen Analyse der Verhältnisse.



Nomaden-Frauen in Eritrea

Engagierte Filme über die Dritte Welt sind auch Filme über unser Verhältnis zu dieser Welt. Sie müssen ankämpfen gegen Verklärungen einer Welt, die unsere Hoffnungen nach Fremdem, Fernem und Exotischem nähren.
Ich will die Ansprüche an die Filme jedoch nicht überspannen; die Filme müssen betrachtet werden im Spannungsfeld ihrer Produktionsbedingungen und der Zielgruppen, die sie ansprechen wollen. Anders ausgedrückt: wo sind die Grenzen des Machbaren bei einer Fernsehproduktion? Wie lassen sich komplexe Tatbestände verständlich machen? Auf welche filmischen Mittel kann man zurückgreifen? Wessen Interessen werden angetastet? . . . .
Dies sind Fragen nach den Möglichkeiten und Ansprüchen, nach der „Schere im Apparat" und der „Schere im Kopf". Doch nicht nur an der Beantwortung derartiger Fragen entscheidet sich ein politisches Engagement der Filmemacher. Darüber hinausgehend kommen bei Filmen über die Dritte Welt noch kulturelle Aspekte hinzu, die es erschweren, dem „Fremden" gerecht zu werden. Damit spreche ich einen weiteren und meiner Meinung nach ganz wichtigen Aspekt engagierter Filme an. Sie müssen unserem eigenen kulturellen Bezugsrahmen in Frage stellen lassen; es muß möglich sein, das, was ethnozentristisches Geschichtsverständnis, Christentum, rassisches Selbstbewußtsein und westliche Fortschrittsideologie aus uns gemacht haben, zu relativieren.
Indem die Themen, die die engagierten Dritte-Welt-Filme ausmachen, überhaupt erst ins Blickfeld öffentlicher Diskussion rücken – sei es durch das Fernsehen oder schulische oder außerschulische Bildung – können erst Entscheidungsprozesse und damit auch Veränderungsprozesse in Gang gesetzt werden. Damit sprechen diese Filme auch ein immens politisches Thema an. Wo gesellschaftliche Werte in Frage gestellt werden, ist auch ein Freiraum geschaffen für Veränderungen in uns selber. Solidarität mit den Unterdrückten Menschen kann auch ein Stück eigener gesellschaftlicher Utopie ausdrücken und kann in dem Maße auch ein Stück Kritik am westlichen Kapitalismus sein.

Die Filme Gordian Troeller's und Claude Deffarge's

Die bisher knapp 30 von den beiden gedrehten Filme sind wichtige Schritte in die Richtung engagierter Filme und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur entwicklungspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik. Sie sind mehr als die Beschreibung wirtschaftlicher und politischer Machtverhältnisse und der sich daraus ergebenden Unterdrückung zwischen und in den Ländern; indem sie versuchen, die kulturellen Hintergründe dieser Gesellschaften aufzuzeigen, verteidigen sie erst die Interessen der Menschen gegen die Interessen der Mächtigen. Wo die Filme das Fremde anderer Kulturen entglorifizieren, es in ihren eigenen historischen Rahmen stellen, schaffen sie erst Verständnis. Begriffe wie Akkulturation der Dritte-Welt-Gesellschaften werden in ihrer Tragweite sichtbar; das, was verharmlosend mit sozialem Wandel dieser Gesellschaften beschrieben wird, entpuppt sich als manifester Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht dieser Völker. Durch die Beschreibung derartiger kultureller Phänomene erfahren die Filme ihre Stärke und gehen über andere engagierte Filme hinaus – sie zeigen die Grenzen unseres eigenen kulturellen Bezugsrahmens.

Auf den ersten Blick sind ihre Filme den Fernsehreportagen sehr ähnlich: sie passen ins 45-Minuten-Raster des Fernsehens, sind reine „Dokumentarfilme" (ohne jetzt auf die ausführliche Diskussion um die „Realitätshaltigkeit" von Dokumentarfilmen einzugehen) und leben zum großen Teil durch den Kommentar. Strukturen von Abhängigkeiten, Unterdrückung und Ausbeutung und die dahinterstehenden Interessen lassen sich nicht allein durch Bilder belegen. Der Kommentar kann dieses Unsichtbare sichtbar machen.

Im Anschluß an eine kurze Biographie der beiden Filmemacher sollen die kurzen Hinweise zu den Filmen den gezielten Einsatz der Filme für eine schulische und außerschulische Bildungsarbeit ermöglichen. Ich will keine Kritik der einzelnen Filme schreiben; nicht, daß es nichts daran zu kritisieren gäbe, gerade in ihren kontrovers zu diskutierenden Aussagen liegt die didaktische Stärke der Filme. Alle Filme sind drei verschiedenen Reihen zugeordnet, was aber nicht heißt, daß die Grenzen dieser Reihen nicht fließend sind: die Reihe „Minderheiten" umfaßt 7 Filme, die zwischen 1973 und 1978 gedreht wurden; die Reihe „Im Namen des Fortschritts" setzt sich aus 14 zwischen 1974 und 1979 gedrehten Filmen zusammen; die noch nicht abgeschlossene Reihe „Frauen der Welt" (insgesamt sollen es 12 Filme werden) umfaßt zur Zeit 7 Filme, wobei der letzte zwar fertiggestellt ist, aber erst am 5. Juni im ARD-Programm zu sehen sein wird.

Biographie

Die beiden Filmemacher – der Luxemburger Gordian

Troeller und die Französin Claude Deffarge – arbeiten seit über 30 Jahren zusammen. Zuerst schrieben sie für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften. Zwischen 1952 und 1958 veröffentlichten sie Berichte über den Iran und den vorderen Orient. Ab 1959 (bis zum Jahre 1971) begann ihre Mitarbeit beim „Stern", wo sie ihre Berichte auch bebilderten und sich so eine Erweiterung ihrer Darstellungsmöglichkeiten versprachen. Verschiedene Reportagen über Spanien, Sizilien, Iran (über mehrere Jahre hinweg), Karibische Inseln, Brasilien, Nord-Jemen, Irak und Mexiko begründeten ihre Arbeit. Ihr Hauptaugenmerk war auf die – durch die immer stärker aufbrechenden Widersprüche zwischen „Erster und Dritter Welt" – Emanzipationsbewegungen der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gerichtet. Schon früh richtete sich ihr Interesse auf die unterdrückten Minderheiten, die nicht selten Mehrheiten waren und es noch sind: die Kurden im Irak, die Schwarzen Panther Chicagos, Indianer Lateinamerikas, die Eritreer – nicht zuletzt machten sie schon zwischen 1964 und 1966 umfangreiche Reportagen zur Situation der Frauen in der Welt. Diese waren auch Ausgangspunkt für die Reihe „Frauen der Welt".

Ein wichtiges Prinzip ihrer Arbeit war und ist ihr Engagement für die Menschen; das Selbstverständnis eines politischen Journalisten verlangt – so Gordian Troeller – eine engagierte Berichterstattung zur Verteidigung der Interessen der Menschen gegen die Interessen der Mächtigen. Durch ihre immer wieder längeren Aufenthalte in den verschiedenen Ländern vermieden sie, zu Sensationsberichterstattern zu werden. War es bis Anfang der 70er Jahre nur die redaktionelle Mitarbeit an Fernsehproduktionen, drehten sie ab 1973 für „Radio Bremen" eigene Filme.



Claude Deffarge im Süd-Sudan

Filmographie

1. „Minderheiten":

Kommunisten seit 1000 Jahren (1973)
Der Zorn der Korsen (1973)
Protest gegen Paris (1976)
Kein Platz für Indianer (1976)
Allein gegen die Großen (1977)
Die Grauen Panther (1978)
Die Nachkommen der Inka (1978)

2. „Im Namen des Fortschritts":

„DER FLUCH DER ABHÄNGIGKEIT" (1974)

Am Beispiel Algeriens analysiert der Film die Konsequenzen einer forcierten Industrialisierung zur Überwindung von Unterentwicklung und Abhängigkeit. Er kommt zu dem Schluß, daß die von Algerien gewählte Industrialisierung die Abhängigkeit eher verstärkt und soziale Ungerechtigkeit erhöht.

„DIE SCHULE DES TEUFELS" (1974)

Der Film untersucht am Beispiel des Togo, welchen Beitrag das westliche Schulmodell zur Überwindung von Unterentwicklung und Armut leistet. Der Film kommt zu dem Schluß, daß es sie eher vergrößert. Das traditionelle Lernen wird abgewertet, und die Masse der vom Schulsystem Ausgeschlossenen gelangen zur Überzeugung, minderwertig zu sein.

„ZUM TEUFEL MIT DER SCHULE" (1974)

In Tansania versuchte Präsident Nyerere, das Schulsystem den Gegebenheiten der einheimischen Gesellschaft und der spezifischen Form seines Sozialismus anzupassen. Der Film analysiert dieses Schulsystem und kommt zu dem Schluß, daß keine grundlegenden Veränderungen möglich sind, solange die Entwicklungspolitik sich an westlichen Modellen orientiert und die Wirtschaft den Gesetzen des Weltmarkts unterworfen bleibt.

„VERARMUNGSHILFE" (1975)

Am Beispiel Gabuns (einem der reichsten Länder Afrikas) zeigt dieser Film, wie die Bodenschätze der Dritten Welt zum Nutzen der Industrienationen ausgebeutet werden, und was dabei tatsächlich dem Land zugute kommt. Der Film analysiert die Entwicklung von Unterentwicklung.

„MIT MEDIZIN INS UNGLÜCK" (1975)

In Senegal und Gabun wird gezeigt, welche Auswirkungen westliche Medizin auf die medizinische Versorgung der Bevölkerung in Entwicklungsländern hat. – Das Monopol der modernen Medizin verdrängt die traditionellen Heilmethoden und schließt, wegen der hohen Kosten, die Masse der Bevölkerung aus.

„DIE WEISSE REVOLUTION" (1975)

Eine Analyse der „weißen Revolution" des Schah – ihre politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Konsequenzen, die zur islamischen Revolution führten.

„AUF GEDEIH UND VERDERB" (1976)

Am Beispiel von Marseille und dem Eisenhüttenkomplex FOS SUR MER zeigt der Film die gegenseitige Abhängigkeit von Industrienationen und Entwicklungsländern. Welche Umstrukturierungen sie in den reichen Ländern notwendig macht und was die betroffenen Arbeiter dazu zu sagen haben.

„KEIN PLATZ FÜR INDIANER" (1976)

Das „James Bay Project" in Kanada soll zum größten Wasserkraftkomplex der Welt werden. Die Stauseen werden ein Gebiet in der Größe der Bundesrepublik ökologisch verwandeln. Die in diesen Gebieten lebenden Cree-Indianer sind für die Aufgabe ihrer traditionellen Jagd- und Fischrechte entschädigt worden, doch realistische Lebensalternativen sind nicht vorgesehen. – Der Film begleitet eine Cree-Familie auf ihrer letzten Jagd und analysiert die Konsequenzen der Energiejagd der Weißen in den nördlichen Territorien.

„DER SCHWARZE ISLAM" (1977)

Das Christentum war ein wichtiges Instrument kolonialer Expansion. Es trug zur Zerrüttung einheimischer Kulturen bei und zur wirtschaftlichen Integration der Kolonisierten in den Weltmarkt. – Heute benutzen die arabischen Länder den Islam auf änliche Weise zur kulturellen und wirtschaftlichen Durchdringung Schwarz-Afrikas. Der Film analysiert diese Aspekte der rapiden Ausbreitung des Islam in Afrika.



„Fabriken für die Dritte Welt"

„FREIHEIT VERBOTEN" (1977)

In Somalia sind 2/3 der Bevölkerung Nomaden. Obgleich 90 % des Bodens für die Landwirtschaft ungeeignet sind und ohne die Nomaden zur Wüste werden würde, plant die Regierung die schrittweise Seßhaftmachung der Stämme als Bauern und Fischer. Der Film zeigt das Leben der Nomaden, ihre Bedeutung für das ökologische Gleichgewicht und die Konsequenzen einer forcierten Seßhaftmachung.

„DIE NACHKOMMEN DER INKAS" (1978)

Apartheid ist ein Begriff rassischer Diskriminierung, der nicht nur in Südafrika am Platze ist. Auch in den von Indianermehrheiten bevölkerten Republiken Süd- und Mittelamerikas sind die Indianer Bürger zweiter Klasse. Am Beispiel Boliviens wird der Prozeß der Eroberung und der Ausbeutung gezeigt und die heutige Unterdrückung der indianischen Bevölkerung dargestellt.

„DIE FREIEN DES NORDENS" (1978)

In Kanada betrifft das „James Bay Project" nicht nur die Cree-Indianer, sondern auch die Eskimos in Neu Quebec. Auch mit ihnen hat die Regierung Verträge abgeschlossen. Doch im Gegensatz zu den Cree wehren sich viele Eskimos gegen die Bevormundung durch die Weißen. Durch Kooperativen haben sie politische, wirtschaftliche und kulturelle Strukturen geschaffen, die es ihnen erlauben könnten, eigenständig zu überleben, wenn die Weißen es zulassen. Der Film zeigt das Leben und den politischen Kampf der Eskimos von Neu Quebec.

„FABRIKEN FÜR DIE DRITTE WELT" (1979)

Am Beispiel der Industrialisierung Tunesiens untersucht der Film die neue internationale Arbeitsteilung.

„DER PERSISCHE TRAUM" (1979)

Dieser Film zeigt die Gründe des persischen Volksaufstandes und die Bedeutung der islamischen Revolution für die Industrienationen und die Dritte Welt.



aus dem „Persischen Traum": Der Schah hatte den Nomaden die Weidewege versperrt, wodurch viele Tiere starben und Menschen verhungerten. Der persische Fleischbedarf konnte nicht mehr aus Nomadenbeständen gedeckt werden. – Die persischen Nomaden können wieder frei umherziehen, und die Herden wachsen wieder.

3. „Frauen der Welt":

MÄNNERHERRSCHAFT UNBEKANNT
Gordian Troeller und Claude Deffarge berichten über Mutterrecht auf Sumatra.

Am Beispiel der Minangkabau – eines 3 Millionen-Volkes auf Sumatra – , die trotz islamischen Glaubens und modernen Lebens am Mutterrecht festhalten, sollte am Anfang der Reihe mit dem Vorurteil aufgeräumt werden, daß die Vormachtstellung des Mannes naturbedingt sei. – Gleichzeitig wird gezeigt, daß dort, wo Frauen Besitz und Erbrecht verwalten – also nach gängigen Vorstellungen die Macht besitzen – dies nicht zur Unterdrückung des Mannes geführt hat.

VOM NUTZEN DER VIEL-EHE
Gordian Troeller und Claude Deffarge berichten über das afrikanische Beispiel.

Ziemlich provokativ wird am Beispiel westafrikanischer Frauen gezeigt, daß die Situation der Frau in anderen Kulturen nicht mit unseren Wertmaßstäben gemessen werden kann. Viel-Ehe in Afrika ist nicht mit Maitressenwirtschaft in Europa zu vergleichen. Die Polygamie erlaubt es der Afrikanerin, wirtschaftlich unabhängig zu sein und über sich selbst zu bestimmen. Auch dem westlichen Kulturimperialismus kann sie deshalb selbstbewußt begegnen. Sie macht auch deutlich, daß westliche Frauenbewegungen, die glauben, sie befreien zu müssen, nicht minder ethnozentristisch sind als vor ihnen die Kolonialherren.

FREIHEIT UNTER DEM SCHLEIER
Gordian Troeller und Claude Deffarge berichten aus Persien.

Zurück ins Mittelalter heißt es in der Presse aller Schattierungen, wenn über die Situation der Frau nach der islamischen Revolution berichtet wird. Diesmal sind sie sich alle einig: die Linken und die Rechten, die Frauenbewegungen und die Phallokraten: in Persien ist die Emanzipation der Frau mit dem Schah ins Exil geschickt worden. – Hat sich das Los der persischen Frau seit der Revolution tatsächlich verschlechtert? Oder erlaubt ihr die islamische Revolution einen Durchbruch in Politik und Gesellschaft, von dem ihre westlichen Schwestern nur träumen können? Auf diese Fragen gibt der Film eine Antwort.

IM DIENST DER REVOLUTION

Gordian Troeller und Claude Deffarge berichten aus Eritrea.

Wenn Männer Revolutionen machen, dann geht es in erster Linie um die Neuverteilung von Besitz und Produktionsmitteln. Erst die aktive Beteiligung der Frau kann auch eine grundlegende Veränderung der Machtstrukturen herbeiführen. Sonst geht – nach dem Sieg – die gleiche Misere von vorne los: Mann – Frau, stark – schwach, Herrscher – Beherrschte. Die Eritreer haben erkannt, daß in erster Linie die menschlichen Beziehungen verändert werden müssen. Sie wollen den Wert der neuen Gesellschaft an der Stellung der Frau messen. Eine wahre Revolution. Der Film analysiert die Chancen dieses einmaligen Freiheitskampfs.

DER FLUCH DER JUNGFRÄULICHKEIT
Gordian Troeller und Claude Deffarge berichten aus dem Mittelmeerraum.

In vielen islamischen Gebieten wird der voreheliche Verlust der Jungfräulichkeit mit dem Tode bestraft. Auch in Südeuropa wird die Jungfräulichkeit als Symbol der Familienehre streng gehütet. Der Jungfräulichkeitskult hat nichts mit Rasse oder Religion zu tun. Er wurde in jenen Gebieten erfunden, die wir die Wiege der abendländischen Zivilisation nennen: rund um das Mittelmeer. Daß der Norden christlich wurde und der Süden islamisch, hat nur insofern etwas verändert, als das Christentum die Lust verdammt, während der Islam sie feiert. Seither wird die Jungfräulichkeit in Europa als sexuelle Reinheit verstanden, während sie auf der arabischen Seite des Mittelmeers das geblieben ist, was sie von Anfang an war: Das Siegel der Sippe. Am Beispiel von Ägypten und Süditalien wird versucht, dies deutlich zu machen.

VON ZUCHT UND UNZUCHT
Gordian Troeller und Claude Deffarge berichten über Formen christlichen Daseins.

An extremen Beispielen Boliviens analysiert der Film die Situation der Frau in gegensätzlichen Formen christlichen Daseins. Auf der einen Seite Mennoniten, die in Agrargemeinschaften eine heile moralische Welt anstreben. Auf der anderen Seite eine katholische Stadt, wo christliche Toleranz versucht, menschliche Schwächen, gesellschaftliche Ungerechtigkeit und Männlichkeitswahn zu entschuldigen. Das Fazit: ob radikaler Protestantismus oder tolerantester Katholizismus, die Frau kann weder in einer korrupten noch in einer heilen Welt mit Freiheit rechnen, solange die Männer das Sagen haben.

ABSCHIED VOM LACHEN
Gordian Troeller und Claude Deffarge berichten über Indianer im Amazonasgebiet.

Niemand weiß, welches die Situation der Frau in vorgeschichtlichen Zeiten war. Sicher hingegen ist, daß die Frau in den meisten sogenannten primitiven Gesellschaften nicht unterdrückt wird. Primitive Gesellschaften lehnen die Wirtschaft ab. Sie wollen keinen Überschuß erwirtschaften, keinen Profit. Dank dieser Beschränkung gelingt es ihnen, einszubleiben, das heißt: sich nicht zu spalten in Besitzende und Besitzlose, in Herrscher und Beherrschte. Und dort, wo es keine Wirtschaft gibt, keine Hierarchie und keine Macht, da ist auch die Frau nicht dem Manne untertan. Der Film zeigt eine solche Gesellschaft im peruanischen Amazonasgebiet und verfolgt den rapiden Abwertungsprozeß der Frau durch Christentum und westliche Zivilisation.

Alle Filme können ab sofort ausgeliehen werden bei:

CON-Filmverleih
Am Westerdeich 38
2800 Bremen
Tel. 04 21 / 54 00 12

Sie sind alle auf Video-Kassette eingespielt und sollen Zug um Zug auch auf 16 mm Kopien auszuleihen sein (die Filme „Mit Medizin ins Unglück", „Verarmungshilfe" und „Fabriken für die 3. Welt" sind schon als 16 mm Kopie zu bestellen). Nähere Auskünfte über Preise und Verleihbedingungen sind bei obiger Adresse zu erfahren. In Vorbereitung ist auch eine Begleitbroschüre zu den Filmen.

wko

Zwei Filme von Peter Heller

Die Filme von P. Heller über unsere 100-jährige Beziehung zu Tanzania

P. Hellers Filme haben einen besonderen Anspruch: Sie sollen zum Thema „Partnerschaft" zwischen zwei Kulturen in der bestehenden Hierarchie zwischen Nord und Süd aufklären.
Drei Filme zeigen – anhand von Einzelbeispielen – wie durch die 100-jährige Beziehung von Deutschen zu den Menschen in Tanzania der gegenwärtige Alltag vom „Charakter des Kolonialismus" geprägt ist. Der Einsatz der Filme ist für die Menschen in Tanzania ebenso wichtig wie für die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit hier. Alle Filme sind technisch, inhaltlich und dramaturgisch sehr gut. Zu allen gibt es Material zur Nachbereitung in Form von Handbüchern, Arbeitsmappen und Broschüren.

Peter Heller, Jahrgang 1946

Ausbildung:	**Hochschule für Film in München, Mitarbeit beim Fernsehen in Kolumbien und Malaysia, Regieassistenz bei Spielfilmen**
Produktion:	**Für Radio und Fernsehanstalten, seit 1975 Eigenproduktion**
Anschrift:	**Filmkraft Peter Heller Filmproduktion Blutenburgstr. 17, 8000 München 19 Telefon: 089/ 19 59 87**

vgl. Artikel iz3w Nr. 86 Vampire des Elends, 1980

Der erste der Filmreihe „Die Liebe zum Imperium", ist eine Dokumentation über die deutsche Kolonialgeschichte in Ostafrika (vgl. iz3w Nr. 75). Dieser Film hat hier großen Erfolg und wird in Tanzania in der Bildungsarbeit des Parlamentes, der Parteien, der Universität und den Schulen eingesetzt.
1980 vervollständigte P. Heller seinen Anspruch mit der Produktion einer Fallstudie über tanzanische Baumwollbauern und ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt (Titel: Mbogos Ernte – oder die Teilung der Welt, 67 Min, 16 mm Lichtton) und der Entstehungsgeschichte einer Mission in Tanzania, wie diese sich heute noch darstellt (Titel: Usambara – das Land, wo Glaube Bäume versetzen soll, 71 Min., 16 mm Lichtton).
Alle Filme und die dazugehörenden Materialien zur Nachbearbeitung werden von der Verleihgenossenschaft der Filmemacher vertrieben. (Verleihgenossenschaft, Alfonsstraße 1, 8000 München 19, Tel. 089/1901208.)

Mbogos Ernte ist ein Film über den Alltag von Kleinbauern und Landarbeitern, die in einem Dorf in Tanzania Baumwolle anbauen.
Die Landarbeiter arbeiten in einem staatlichen Landwirtschaftsbetrieb. Die Kleinbauern für sich. Beide sind arm. Neben der Arbeit für die Baumwolle müssen sie selbst ihre Grundnahrungsmittel anbauen. Ihr Jahresverdienst reicht nicht zur Existenzsicherung.
Die Ernte kauft eine staatliche Einkaufsgenossenschaft auf, die die Baumwolle für den Export bearbeitet. Der Preis der Baumwolle orientiert sich alljährlich am internationalen Baumwollhandel.
Die Landarbeiter haben zumindest einen festen Jahreslohn. Die Kleinbauern sind den Risiken des Wetters und der Schädlinge ausgeliefert. Oft beträgt der Erlös der Ernte weniger als der gesetzlich festgelegte Jahresverdienst eines Arbeiters.



Auch dem staatlichen Betrieb ist der Preis für die Baumwolle zu gering. Die Betriebskosten der landwirtschaftlichen Maschinen und der modernen Anbaumethoden (z.B. Schädlingsbekämpfung) steigen ständig, während der Baumwollpreis sich in den letzten Jahren kaum verändert hat.
Vor Landarbeitern veranschaulicht der Leiter des Betriebes diese Tatsache: Heute muß man, um einen Traktor zu bezahlen, die doppelte Menge Baumwolle verkaufen, wie für den selben Traktor vor vier Jahren.
Baumwolle ist für die Tanzanier eine berüchtigte Pflanze. Der Lehrer in diesem Dorf erklärt den Schülern die Geschichte dieser Pflanze: Sie wurde von deutschen Kolonialisten eingeführt, und die Menschen wurden gezwungen, die Plantagenfelder anzulegen und wie Sklaven darauf zu arbeiten. Doch daran, so der Filmemacher, hat sich bis heute nichts geändert: Die Kleinbauern leben nicht durch, sondern für die Baumwolle. Warum die staatliche Genossenschaft kaum höhere Preise für die Ernte bezahlen kann, wie es die Bauern fordern, zeigen die folgenden Szenen: Mittels Selbstdarstellungen von Personen, die das internationale Baumwollgeschäft organisieren, verfolgt P. Heller den Weg der Baumwolle über die staatliche Einkaufsgenossenschaft zu den Spekulationswarentermingeschäften bis zu den Textilfabriken in der BRD.
So zeigt er unter anderem einen Baumwollmakler in der Hauptstadt Tanzanias – Vertreter einer internationalen Baumwollhandelsgesellschaft – die auf der ganzen Welt billig Baumwolle aufkauft, um sie teuer weiter zu verkaufen. Ergänzend dazu Szenen vollmechanisierten Baumwollanbaues in Texas, wobei die 10fache Menge pro Hektar erwirtschaftet wird; die Spekulanten an der Baumwollbörse in New York, bei der die Preise schon Monate vor der Ernte festgelegt werden.

Einen Experten, der den Wert der Baumwolle auf der Warenbörse in Bremen nach der Qualität bestimmt. Einen Textilproduzenten, Jeanshersteller, der sich sicher ist, daß eine Erhöhung des Weltmarktpreises für Baumwolle durch Spekulation und Warentermingeschäfte auch in der nächsten Zeit verhindert werden kann.
Der Film geht der Frage nach, was hindert Tanzania daran, die Baumwolle selbst zu verarbeiten.
Tanzania hat eine Textilindustrie:
Meistens sind es veraltete Anlagen, die geliefert worden sind, oft nur 2. Wahl, deren Betriebskosten höher als in den USA oder Europa sind, deren Produktivität gering und die Vermarktungskosten teuer sind.
Der Vergleich:
Szene einer Textilfabrikation in Deutschland. Computergesteuerte Produktionsanlagen organisieren die Herstellung einer Jeans in 9 Minuten. Der Sprecher dieser Firma (Mustang Jeans): Lohnkosten spielen hier nur eine untergeordnete Rolle.



Tanzanier besichtigen das Werk und sind beeindruckt von den Maschinen und der Fertigkeit der Fließbandarbeiter. Den Fließbandarbeiterinnen prophezeit der Kommentator: „Auch sie werden bald von Robotern ersetzt werden. Sind die Arbeiter hier nicht die Opfer der selben Weltordnung?"
Das Ende des Films:
Eine Exklusivmodenschau und der Bauer Mbogo, der dem Filmteam seine Haltung erklärt: „Wenn ihr uns schon ausbeutet, dann nicht so unverschämt! Geht nach Deutschland und sagt den Leuten, sie sollen einen höheren Preis zahlen – mehr nicht."



Peter Hellers Ziel mit diesem Film ist aufzuzeigen, daß die Menschen der südlichen Welt mit Not und Genügsamkeit den raltiven Fortschritt bei uns subventionieren.
Das Beispiel der Baumwolle ist gut: Für eine in Deutschland hergestellte Jeans müßte Bauer Mbogo und die Landarbeiter die Hälfte ihres Jahresverdienstes aufbringen, um eine solche Hose zu kaufen.
Die Porträts der Funktionäre des internationalen Baumwollgeschäftes beeindrucken.
Bauer Mbogo die Landarbeiter, der staatliche Betrieb und die Baumwollgenossenschaft sind chancenlos ausgeliefert gegenüber den Organisatoren der Weltwirtschaftsordnung. Letztlich, so zeigt die Rückblende in die Kolonialgeschichte, hat sich für die Menschen dort nur wenig geändert.
Obwohl die filmerische Umsetzung dieser Tatsache meisterhaft gelungen ist – technisch und dramaturgisch – verpaßt der Film die Chance, am Beispiel Baumwolle die allgemeinformulierten Probleme der Entwicklungsländer mit dem Warenaustausch dem Zuschauer im Detail näher zu bringen und verständlicher zu machen.
Z.B. was ist Bauer Mbogos Jahresverdienst aus seiner Baumwollernte im Vergleich zum vom Staat und Gewerkschaft festgelegten Jahresverdienst eines Landarbeiters? Oder: Wenn die Betriebskosten eines Staatsbetriebes steigen und der Preis für die Baumwolle gleichbleibt, wie und weshalb wird dieser Betrieb aufrechterhalten? Wer finanziert die Subventionen, die die tanzanische Textilindustrie für die Produktion benötigt? Was muß Bauer Mbogo und die tanzanischen Landarbeiter für eine in Tanzania hergestellte Hose bezahlen?
Diese Fragen bleiben unbeantwortet, obwohl der Film durch das Portrait von Bauer Mbogo und die Darstellung des Staatsbetriebes undder Textilfabrik vermittelt: detailliertere Angaben wären möglich gewesen.



Der Zuschauer wird dadurch abgelenkt, die entscheidende Frage zu stellen. Was zwingt Tanzania zum Baumwollexport, wenn die Devisen daraus kaum dazu ausreichen, moderne Anbau- und Verarbeitungsmethoden zu bezahlen und dem Kleinbauern gleichzeitig keinen angemessenen Jahresverdienst ermöglichen?
Stattdessen werden neue Fragen aufgegriffen:
Ökologie bei der Schädlingsbekämpfung oder Beziehung von Arbeitern der BRD zur bestehenden Weltwirtschaftsordnung oder auch die Frage, ob wir als Einzelpersonen an der Armut von Bauer Mbogo mitbeteiligt sind.
Dies stört mich:
Verwässern dieser Szenen doch den Eindruck der ausgezeichneten Fallstudie und vermindern deren agitatorische Aussagen zu diesem Thema. Es hätte genügt, diese Fragen in der dazu erscheinenden Arbeitsmappe aufzugreifen. Der Film ist somit zu langatmig und verhindert durch diese zusätzlichen Längen, im Bildungsbereich breiter eingesetzt werden zu können.
(Eine Schulstunde hat 45 Min.)
Auch für Veranstaltungen sind konzentriert montierte und nicht langatmige Filme bedeutend.
Dies ist die Beurteilung des Filmes für den Einsatz hier. Die Kritik soll nicht gelten für die Verbreitung des Filmes in Tanzania. Die vorliegende Fassung hat meiner Meinung nach dort große Bedeutung.

tsch

USAMBARA – Das Land, wo Glaube Bäume versetzen soll

Vier Personen stehen im Mittelpunkt dieses Films: Andrea Magissa, der deutschen (Kolonial)-Sprache mächtig, erstes Missionskind der deutschen Missionare und schwarzer Augenzeuge weißer Missionierung. Lenard Mkufya, dreißigjähriger Bauer und selbstbewußter Tanzanier aus einer neuen Generation, im Zuge der Unabhängigkeit zu nationaler Eigenständigkeit erzogen. Frieda Wohlab, im Jahre 1900 als zweites Kind des ersten Missionars in Mlalo geboren, als 75jährige zurückgekehrt in die Heimat ihrer Kindheit. Agnes Rösler, ebenfalls Evangelisten-Tochter, sich in Deutschland seit ihrer Pensionierung überflüssig fühlend und in Afrika nach einem neuen Sinn für ihre alten Tage suchend.



Die Entstehungsgeschichte der Mission wird durch Gespräche mit den beiden Damen sowie mit dem alten Mann erkundet. Zitate aus Büchern der Missionsväter sowie alte Photos werden ergänzend hinzugefügt, der sparsam angewandte Kommentar gibt die notwendigsten Hintergrundinformationen, wird jedoch niemals aufdringlich. Die Missionare werden als – wenn auch ungewollte – Handlanger des Kolonialsystems herausgestellt, die Anklage des alten Augenzeugen Magissa gegen die einstigen Machthaber und ihre Helfer öffnen einem die Augen. Die Buchzitate unterstreichen seine Aussagen und spiegeln die koloniale Selbstherrlichkeit und Arroganz gegenüber den Afrikanern wieder.

Die Töchter sind mit einem neuen Anspruch angetreten: sie wollen Hilfe zur Selbsthilfe leisten und mithelfen, die von ihren Vätern zerstörten afrikanischen Traditionen wieder aufzubauen. Sie sprechen sich auch gegen den Eurozentrismus ihrer Väter aus. Doch nicht nur die Kultur ist vom Kolonialismus zerstört worden, auch in der Natur wurde kaum noch wiedergutzumachender Schaden angerichtet. Der Film belegt den von den Missionaren begonnenen Raubbau in den Wäldern. Europäisches Werkzeug leistete Hilfestellung bei der Abholzung des Urwaldes zum Bau von Häusern nach europäischem Vorbild mit hohem Holzverbrauch. An Wiederaufforstung haben die Missionare nicht gedacht und die Folgen dieses Vergehens sind in dem Film sehr gut zu erkennen. Die Bilder der abgeholzten, abgeschwemmten und schließlich vertrockneten Hänge sprechen für sich, ein Blick in die letzten Reste des Urwaldes läßt erahnen, wie kraftvoll und fruchtbar die Natur hier einmal gewesen sein muß.

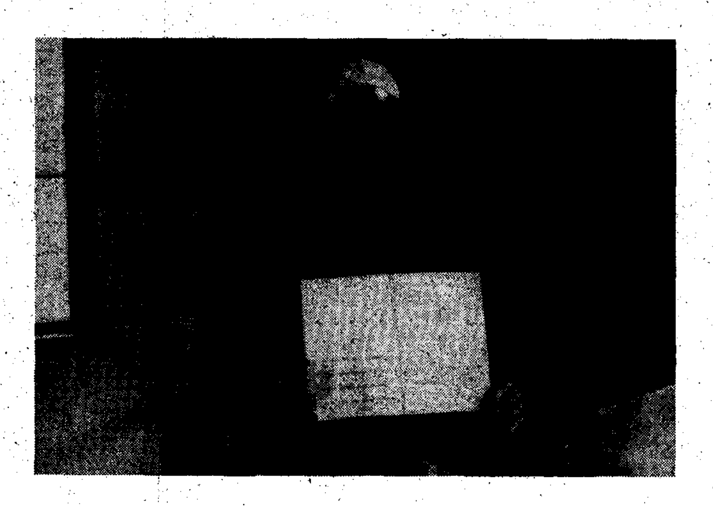


Zentrales Anliegen der beiden Damen ist die Wiederaufforstung, dem einzigen Mittel gegen weitere Versteppung und Unfruchtbarwerdung der Natur. Ihr ökologisch geprägtes Bewußtsein ist der bundesrepublikanischen Umweltschutzbewegung nicht unähnlich. Trotz theoretisch recht kritischer Denkansätze – vor allem bei Frau Rösler, von der man nebenbei erfährt, daß sie als aktive Gewerkschafterin und Kommunistin seinerzeit von den Nationalsozialisten verfolgt wurde – bleiben die beiden Missionartöchter doch am Vermächtnis ihrer Väter haften. Sie sehen sich auf eine neue Art in der Rolle von helfenden Missionaren, die sich in barmherzig-schulmeisterlicher Art immer noch dazu berufen fühlen, entscheidende Anstöße geben zu müssen.

Lenard Mkufya verwahrt sich gegen derartige Attitüden. Seine Aussagen über afrikanische Unabhängigkeit und das Recht auf eigenverantwortliche, unabhängige Entwicklung werden als Gegenpol geschickt in Szene gesetzt.

Der Film ist so ehrlich und weist im Kommentar ausdrücklich darauf hin, daß Menschen mit solchem Selbstbewußtsein und derartiger Zuversicht in Tanzania nicht die vorzufindende Regel ist.

Henrik de Boer, in: epd Kirche und Film 12/80



Eine formale Kritik zu diesem Film:
Gerade dieses Thema ist für die Bildungsarbeit wichtig. Doch ist die vorliegende Fassung zu lang. (71 Min.)
Unsere Diskussion nach dem Film ergab: Auf einige Szenen in denen die alten Damen dargestellt werden, könnte verzichtet werden. Auch die Tatsache, daß es in Tanzania ein Bewußtsein gibt, das sich kritisch mit karitativer Hilfe von außen auseinandersetzt, könnte im Film kürzer und konzentrierter dargestellt werden. Alles zugunsten einer Filmdokumentation, die in etwa 40 Min. die Rolle der Missionare in dieser Region während der Kolonialzeit und den Versuch der Vergangenheitsbewältigung deren Töchter heute, zeigt. Dadurch hätte der Film an Eindruck und Aussage nichts eingebüßt und wäre hier vielfältiger einsetzbar.

tsch

Deutschland in Afrika
Medienpakete von Peter Heller

Liebe zum Imperium 16 mm, 73 Min.
Lesebuch zum Film, 220 Seiten DM 10,00
Arbeitsheft zum Film, 13 Seiten DM 0,50
Wandtafeln mit Bildern DM 1,00

Usambara – das Land wo Glaube Bäume versetzen soll
Farbfilm 16 mm, 71 Min.
Lesebuch zum Film, 132 Seiten DM 7,00

Mbogose Ernte oder die Teilung der Welt
16 mm, 68 Min.
Lesebuch „Kleider machen Leute – Leute machen Kleider", 250 Seiten DM 10,00
Arbeitsheft zum Film, 70 Seiten DM 5,00

BESTELLUNGEN und FILMVERLEIH:
Verleihgenossenschaft der Filmemacher, Alfonsstr. 1, D-8000 München 19, Tel. 089/1901208

„Soweto im Exil – Südafrikaner berichten"

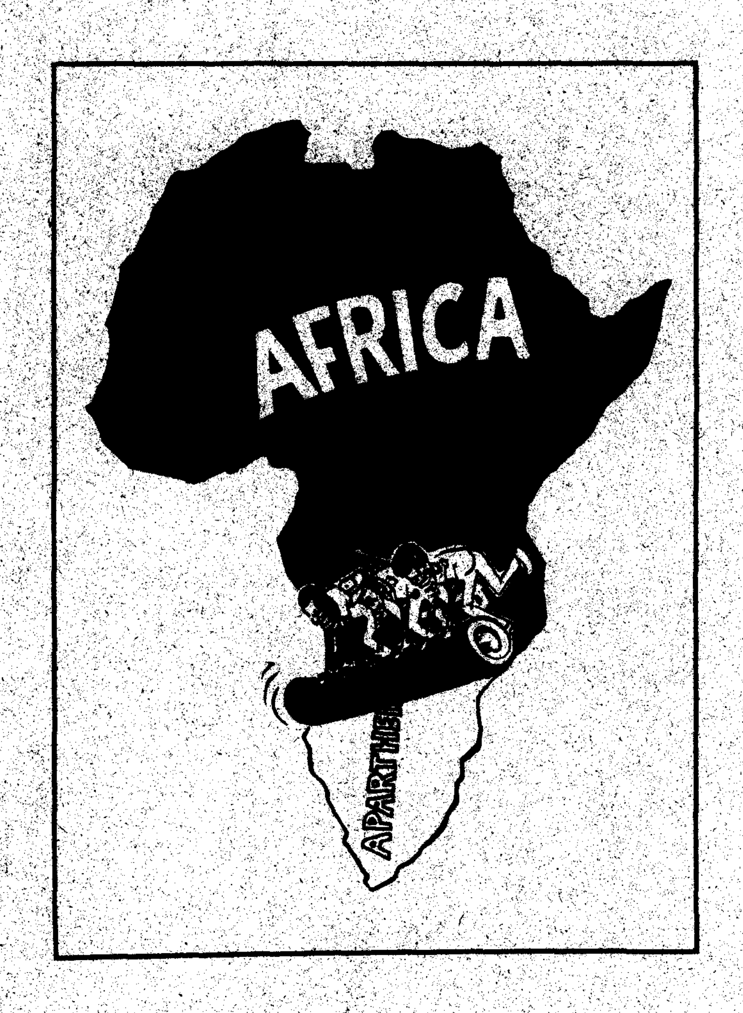
ein Film von Volker Krempin, Farbe, 16 mm Lichtton, 34 Minuten

Der Film entstand in Zusammenarbeit mit südafrikanischen Flüchtlingen in der BRD und Morogoro/Tanzania. Für alle Beteiligten war die Arbeit an diesem Film die erste Auseinandersetzung mit dem Medium Film. Da es sich um einen eigenfinanzierten Film handelt, mußte aus Kostengründen auf Super-8 gedreht werden; erst durch eine nachträgliche finanzielle Unterstützung konnte der Film für eine 16 mm Fassung bearbeitet werden.

Inhalt

„Flüchtling ist, wer alle Brücken hinter sich abgebrochen hat, wer seine Heimat aus Angst um das nackte Leben verlassen hat, oder weil ihm Handlungs- und Gedankenfreiheit genommen wurden. Apartheid verursacht Flüchtlinge." (Zitat aus dem Film)

Geschildert wird im Film die Situation der Flüchtlinge aus Südafrika. Ihre Beteiligung an den Demonstrationen in Soweto im Juni '76 bildet den geschichtlichen Hintergrund für ihre Flucht. Tausende von südafrikanischen Jugendlichen (Schüler, Studenten, Arbeiter) demonstrierten gegen das System der südafrikanischen Apartheidspolitik, das seinen Ausdruck im Bantu-Erziehungssystem findet. 600 Jugendliche wurden dabei von Polizei und Militär erschossen, Tausende verhaftet, gefoltert und abgeurteilt. Viele, die der polizeilichen Willkür entkommen konnten, waren gezwungen in die Nachbarstaaten Mozambique, Sambia, Botswana, Tanzania oder Angola zu fliehen. Der Flüchtlingsstrom aus dem südlichen Afrika wächst auch heute noch täglich an; die geschätzte Zahl der Flüchtlinge beträgt schon heute ca. 50.000.





Diese erste Ebene des Film wird nur angedeutet: Bilder des Aufstandes in Soweto, eine kurze Tagesschau-Meldung vom 17. Juni '80, wo auf einer Demonstration zum 4. Jahrestag von Soweto wieder 36 Jugendliche von Polizei und Militär erschossen wurden. Der Ausgangspunkt der Unruhen, die Kritik am Bantu-Schulsystem mit seinen gegen die schwarze südafrikanische Kultur gerichteten Inhalten wird zu einem Rollenspiel südafrikanischer Jugendlicher, die heute in Morogoro/Tanzania leben verdichtet: die Auseinandersetzungen um das Geschichtsverständnis weißer Schulbücher führt zum Konflikt.

Die zweite Ebene: Tairon N. ist einer von 600 Flüchtlingen, die in der BRD gegenwärtig als Facharbeiter ausgebildet werden. Zu seiner Erzählung der Situation in Soweto 1976 werden Bilder unterlegt. Er beschreibt wie er in die Bundesrepublik kam. Nach seiner militärischen Ausbildung bei der Befreiungsbewegung PAC wurden verschiedenen südafrikanischen Flüchtlingen im Rahmen eines Flüchtlings-Sonderprogramms des BMZ Stipendien bewilligt. Die Betreuung und Organisation des 55 Mio-Mark-Programms (bis 1984) wurde der Otto-Benecke-Stiftung übertragen, die bisher hauptsächlich DDR-Flüchtlinge und sog. Ostaussiedler betreute. Die von den Stipendiaten vorgebrachte Kritik an der Betreuung der Stiftung wird den Aussagen der Abteilungsleiterin der Otto-Benecke-Stiftung gegenübergestellt. Hauptkritikpunkt einzeln und in verschiedenen Städten untergebracht und es erscheint, daß diese Vereinzelung Methode hat. Ihrem Verständnis als politische Flüchtlinge, die Mitglieder einer Befreiungsbewegung sind, wird keine Rechnung getragen. Ihrem Wunsch, zusammen zu leben und zu arbeiten,um ihre Rückkehr nach Südafrika vorzubereiten, wird nicht Folge geleistet. Nach eigenem Bekenntnis ist die Stiftung nur gewohnt, mit Einzelschicksalen umzugehen (Frau Winkelmann: „Jetzt haben wir verschiedene Gruppen direkt aus Afrika importiert. Dafür haben wir keine Erfahrung. Es treten gruppendynamische Probleme auf." Zitat aus dem Film). Diese Politik der Individualisierung wird von Tairon N. so verstanden, daß ihr Kampf gegen das rassistische Regime in Südafrika damit unterbunden werden soll. Einige Stipendiaten zogen daraus die Konsequenzen.

Der dritte Teil des Films zeigt den Aufbau des Solomon Mahlangu Freedom College in Morogoro/Tanzania. John S., der 1979 im Rahmen des Flüchtlingsprogramms in der BRD war, lebt und arbeitet jetzt hier. Mitglieder der Befreiungsbewegung ANC (African National Congress) errichten ein Schul- und Ausbildungszentrum, in dem später einmal 800 Flüchtlingen aus Südafrika die Möglichkeit gegeben werden soll, eine Ausbildung zu erhalten und gleichzeitig für die Befreiung und den Aufbau eines demokratischen Südafrikas zu kämpfen. John S. und die anderen zeigen die





Zusammenhänge zwischen Arbeit, Schule und ihrer Kultur. In Selbstverwaltung organisieren sie das Zentrum: Bilder von der Mechanikwerkstatt, Tischlern, Maurern, Büros und der Schulunterricht zeigen ihr Leben.

Einschätzung des Films

Die drei Ebenen des Films finden auch ihren Ausdruck in der Wahl verschiedener filmischer Mittel, die zum einen so vorgegeben waren aber auch bewußt eingesetzt werden. Der geschichtliche Hintergrund wird mit statischen Bildern beschrieben und bekommt so einen Nachrichtencharakter, zur Diskussion um Gewalt wird die Gewalt der Polizei gezeigt.

Die Bilder aus der Bundesrepublik – die zweite Ebene des Films – drücken eher beiläufig die von Tairon N. beschriebene Vereinzelung und Individualisierung aus: die Zimmer sind kahl mit Kocher und Waschbecken. Immer werden die Flüchtlinge als Einzelpersonen gezeigt, meist in Großaufnahmen. Die Übersetzungen werden deutsch eingesprochen. Im Gegensatz dazu werden die Gespräche der Südafrikaner in Tanzania im dritten Teil des Films von z.T. gebrochen deutsch sprechenden Flüchtlingen eingesprochen. Dieser bewußt herbeigeführte Bruch ist auch ein inhaltlicher: die Flüchtlinge lösen sich aus der Bevormundung, indem sie ihr Selbsthilfeprojekt in Morogoro vorstellen. Die Bilder aus Morogoro korrespondieren mit diesem Anspruch; nie wird ein Einzelner gezeigt, immer ist die Gruppe dabei. Sei es beim Aufbau der Schule, bei der Arbeit in der Werkstatt oder in der Schule selbst.

Der Film ist kein Dokumentarfilm im Sinne des „cinéma vérité" oder „cinéma direct", dieser dominierenden dokumentarischen Methode der 50er Jahre, die ihre Standpunktlosigkeit hinter einer „Objektivität" zu verstecken suchte. Er ist auch kein „synthetischer" Film (nach Klaus Wildenhahn), bei dem die Bilder klar einem Autorenstandpunkt, vertreten durch den Kommentar, untergeordnet sind.

„Soweto im Exil" lebt nicht durch einen wertenden Kommentar, in weiten Teilen des Films wird sogar ganz auf ihn verzichtet. Er lebt durch die Montage, durch das Nebeneinanderstellen der verschiedenen Ebenen. Er wird so zu einem engagierten Film, indem er sich klar hinter die von den betroffenen südafrikanischen Flüchtlingen gestellten Ziele stellt: zurück nach Südafrika, der Kampf gegen Apartheid im südlichen Afrika wird weitergeführt werden.

Der Film zeigt die Ausdrucksformen des gewachsenen Selbstbewußtseins der Schwarzen; über die rein aufklärerische Intention hinaus wird eine Form der Selbsthilfe im politischen Kampf gezeigt. Damit geht der Film über die bis dahin gedrehten Filme zum Thema hinaus, die somit als Ergänzung zu diesem Film eingesetzt werden können. (Hinweise zu den Filmen und Literatur siehe am Ende).

Konzipiert wurde der Film von Volker Krempin für den Einsatz in der schulischen bzw. außerschulischen Bildungsarbeit. Ergänzt wird der Film durch ein zur Zeit in Vorbereitung befindliches Begleitheft, das Materialien zur Vor- und Nachbereitung zur Verfügung stellt. Wertvolle Hilfestellung leistet der Film für die südafrikanischen Flüchtlinge, in dem er zur finanziellen und materiellen Unterstützung der Befreiungsbewegung für das Projekt in Morogoro aufruft. Dieser Aspekt könnte auch für Schulen interessant sein, die im Rahmen von Aktionswochen Unterstützungsprojekte, verbunden mit einer Öffentlichkeitsarbeit machen wollen.

Verleih und Vertrieb des Filmes: **Verleihgenossenschaft der Filmemacher e.G., Alfonsstr. 1, 8000 München 19, Telefon: 089 / 1901208**

Weitere empfehlenswerte Filme zum Thema:

„6 Tage in Soweto" von A. Thomas
„Das letzte Grab von Dimbaza"
„Es gibt keine Krise" von Thames Television
„Namibia kämpft" von der SWAPO

die ersten beiden Filme können kostenlos bei den Evangelischen Medienzentralen der jeweiligen Bundesländer ausgeliehen werden; die beiden letzten bei der Verleihgenossenschaft, Alfonsstraße 1, 8000 München (gegen Gebühr).

Weitere Informationen über das südliche Afrika können eingeholt werden bei:
Informationsstelle südliches Afrika (issa)
Blücherstr. 14
5300 Bonn 1

Die ANC bittet um Spenden für das Solomon Mahlangu Freedom Collage in Morogoro/Tanzania:

Spendenkonto: ANC (South Africa)
External Account
Midland Bank Ltd
52 Oxford Street
London W1A 1 EG
Account No 71022881

Werner Kobe

Türkischer Kinorealismus: Yilmaz Güney

Der folgende Artikel ist als eine Ergänzung zu der Presseerklärung „Freiheit für Yilmaz Güney" gedacht, die von dem „Yilmaz-Güney Freundeskreis" als begleitende Information zu der Retrospektive von zahlreichen Filmen dieses türkischen Filmemachers im Rahmen der 31. Filmfestspiele Berlin verfaßt wurde. Auch die „ATIF" (Föderation der Arbeiter aus der Türkei in der BRD) informierte zu der Gefangenschaft von Güney in einem zweisprachigen Flugblatt. Um so betroffener fühlte man sich von dem Inhalt, als junge Türken dieses Flugblatt verteilten. Für sie eine sicherlich viel schwerer fallende Entscheidung als für Deutsche.
Die Äußerungen Güneys zu seinen Haftbedingungen gelten für die Zeit noch vor dem Militärputsch im September 1980. Er sitzt heute in einem Gefängnis mit viel strengerem Strafvollzug. Nähere Informationen über seine heutige Situation können wir bei diesem Redaktionsschluß nicht geben. Interessierte können sich an den Yilmaz Güney Freundeskreis wenden, der über solche Informationen verfügen müßte.

Red.

Die Anfänge Güneys

Yilmaz Güney ist 1937 in einem Dorf bei Adana in Südanatolien als Sohn eines kurdischen Landarbeiters geboren. Er hat sechs Geschwister. Schon als Kind mußte er sich Geld als Wasserträger, Landarbeiter, Baumwollpflücker, Metzgerlehrling und Schreiber verdienen. Er konnte damit eine bekannte Schule besuchen, wo er später eine kurzlebige Literaturzeitschrift gründete. Nach dem Abitur studierte er Jura in Ankara und Wirtschaftswissenschaften in Istanbul. Durch sein früh gewecktes Interesse an Literatur und seine Beziehungen zur kommerziellen türkischen Filmindustrie konnte er seine Anfänge als Schauspieler und Drehbuchautor bald machen. Er arbeitete kontinuierlich mit dem Regisseur Atif Yilmaz (1).



Hoffnung
Türkei, 1970; Regie: Yılmaz Güney, Şerif Gören
Darsteller:9
Cabbar — Yılmaz Güney
Fatma, seine Frau — Gülsen Alnıaçık

1963, nachdem er eine Strafe von 18 Monaten Gefängnis und 6 Monaten Verbannung wegen kommunistischer Propaganda abgebüßt hatte, fing er wieder an zu spielen. In mehr als 100 Filmen spielte er Cowboys und Gangsters und wurde zum beliebtesten Schauspieler des türkischen Publikums. Im Geschäft der kommerziellen Filmproduktion, die nicht weniger als 300 Filme pro anno finanzierte, gewann er den Ruf eines Playboys und genoß 5 weitere Jahre Erfolg, Ruhm und finanzielle Unbekümmertheit.

Doch gibt Güney 1968 seine Starkarriere auf und kommt seinem Anspruch nach einem engagierten türkischen Kino nach. Er lehnt von da an die Produktion seiner Filme durch das kommerzielle Kino ab und gründet eine eigene Filmproduktion, Güney-Filmcilik.

Der Realismus seiner Filme

Seine ersten zwei selbstproduzierten Filme, Aç Kurtlar (Hungrige Wölfe, 1967) und Seyyit Han (Die Braut, 1968) deuten auf zentrale Themen seiner späteren Filme hin. Sie sprechen von der Armut und der Not türkischer Bauern, Lohnarbeiter, Arbeitslose. Ihr Leben spielt sich ab im Spannungsfeld zwischen der Herrschaft des Patriarchats, der Tradition der Blutrachen und der fortschreitenden Industrialisierung.



Yilmaz Güney vor seiner Verhaftung

Einen großen Erfolg erfuhr 1970 Umut (Hoffnung), der die unermüdliche Suche des Kutschers Cabbar nach dem glücklichen Zufall als Lösung seiner materiellen Misere schildert. Güney muß die Zensur fürchten und muß eine verschlüsselte Filmsprache finden, um seine Ideen den Zuschauern zu vermitteln. Die Darstellung des Falles Cabbars steht für Tausende türkische Familien, die in Armut und Ausweglosigkeit lebend weniger auf ihre Solidarisierung zur Überwindung der Situation als auf Lottozahlen setzen. So läßt sich Cabbar auf Betreiben eines Freundes darauf ein, mit Hilfe eines Geistlichen nach einem Schatz zu graben, den dieser aufgrund seiner übersinnlichen Kräfte aufspüren soll.öCabbar bleibt dem falschen Bewußtsein eigener Probleme gefangen. Die Schatzsuche bleibt erfolglos. Dafür hatte Cabbar sein letztes Geld ausgegeben. Am Ende des Filmes dreht sich Cabbar, allein und immer weiter weg vom Zuschauer, im Kreis mit verbundenen Augen.

Vor seiner erneuten Verhaftung 1972 stellte er noch Agit (Elegie, 1971) und Baba (Der Vater, 1971) fertig. Nach seiner Freilassung 1974 durch die Amnestie der neuen Ecevit-Regierung nahm er die Dreharbeiten seiner nächsten zwei Filme, Arkadas (Der Freund, 1974) und Endise (Unruhe, 1974) gleich auf. In Endise wird der Weg der Solidarität als Lösung angedeutet im Konflikt der Baumwollpflücker bei Adana zwischen ihrer Bindung an Sitten, Gebräuchen und religiösen Geboten einerseits und ihrer Verdingung als Lohnarbeiter auf Plantagen von Großgrundbesitzern andererseits. Jedoch wird der Hauptdarsteller zum Streikbrecher, da eine Blutrache-Affäre ihn zu Zahlung einer hohen Geldsumme zwingt.

Freiheit für Güney!

Die Dreharbeiten des Filmes „Endise" waren erst ein paar Tage angelaufen, als bei der Aufnahme einer Szene in einem Restaurant ein Richter der Stadt Adana Güney auf sehr heftige Weise beschimpft. Kurz danach wird der Richter von einem Schuß tödlich getroffen. Güney wird die Tat angelastet, und er wird zunächst zu 24 Jahren Zwangslager verurteilt. Später wird die Strafe um 6 Jahre gekürzt. Obwohl Augenzeugen vor Gericht Güney entlasteten, ist er heute noch in Gefangenschaft. Unter Ecevit war er in dem Gefängnis von Topatshi, das sich von anderen Haftanstalten durch einen liberalen Strafvollzug unterschied. Der Filmemacher Elia Kazan (2), der Güney 1978 in diesem Gefängnis besuchte, war von dem Leben innerhalb der Gefängnismauern so erstaunt, daß er Güney fragte:

– „Die Wache scheint nicht sehr streng zu sein hier. Könntest Du nicht fliehen?"
– Ja, wenn ich will.
– „Warum tust Du es nicht?"
– Ich bin hier sicherer.

....

– „Draußen könntest du die Türkei verlassen."
– Die Regierung erwartet, daß ich das Land verlasse. Ich werde es aber nie tun. Ich werde bis zum Schluß für unser Ziel kämpfen, und auf diesem Boden.
– „Hast Du Angst um Dein Leben hier?"
– Es stimmt, man könnte mich ermorden lassen. . . . Man müßte verrückt sein, um mich hier ermorden zu wollen. Dieser Mann würde keine fünf Minuten länger leben. Draußen, im Gegenteil ein Mörder könnte mich töten und ohne weiteres verschwinden.



Sürü (Die Herde)

Überleben im Gefängnis

Güneys erstes Gebot als Gefangener ist, sein Überleben und das seiner Freunde zu sichern. Er kämpft gegen die Krankheit, die er sehr zutreffend „Bewußtlosigkeit durch das Gefängnisleben" nennt. „Diese Bewußtlosigkeit ist der konkrete Ausdruck der Verzweiflung und des Pessimismus. Die Gefangenen glauben nicht mehr daran, ihre Freilassung noch erleben zu können. Sie essen nicht, besorgen sich Beruhigungsmittel und Drogen." . . . „Drogen, Glückspiele und Beruhigungsmittel sind anscheinend verboten im Gefängnis . . . man findet aber all das hier. Sie sind der Ursprung allen Streits und Schlägereien im Gefängnis. Du kannst sie nicht abschaffen . . . das beste Mittel, um Tage zu füllen, die Zeit zu vergessen, abwesend zu sein, durch Drogen oder Beruhigungsmittel zu schlafen . . . eigentlich ist es kein richtiger Schlaf, sondern sich in Ohnmacht zu foltern, mit der Last von 10, 20 oder 30 Strafjahren, sich zu winden, als ob man von einem riesigen Felsen zerdrückt würde."

Im selben Interview erklärte Güney zusammenfassend seine zwei wichtigsten Lebenshaltungen im Gefängnis von Topaschi wie folgt:

„Zunächst meine psychische und physische Gesundheit schützen. Es ist übrigens auch ein Gebot außerhalb des Gefängnisses. Oft Druck ausgesetzt, Verboten, schlechten Lebensbedingungen und dem Verschleiß des Gefängnislebens unterworfen, müssen wir besonders aufmerksam bleiben. Den Wünschen des Gegners entgegen, einen Tag länger leben, gesunde Lösungen für die anstehenden Probleme finden; den Wünschen des Gegners entgegen, vor dem Druck nicht zögern und keinem nachgeben. Meine Verhaftung zielt darauf ab, mich von den Massen zu trennen, zu verhindern, zur Bewußtwerdung meines Volkes beizutragen; meinen politischen Einfluß durch Komplote und Machenschaften zu mindern; meine Person psychisch und intellektuell langsam zu vernichten – zumindest zu knien. Es ist die Strategie der Herrschenden. Es ist klar, daß wir versuchen, uns dem zu widersetzen.

Freiheit für Yilmaz Güney

Im Rahmen des Festspielprogramms der diesjährigen „Berlina le" werden zehn Filme gezeigt, in denen Yimaz Güney Regie führte, selbst mitspielte oder zu denen er das Drehbuch schrieb.
Während die Filme Yilmaz Güneys bei uns zusehends bekannter werden, ist aber kaum allen Besuchern bekannt, daß Yilmaz Güney seit mehr als sechs Jahren in Haft ist.
Die Arbeit Y. Güneys war den Machthabern in der Türkei immer schon ein Dorn im Auge. Bereits 1961 wurde er wegen Veröffentlichung seiner Erzählung „Ungleichungen mit drei Unbekannten" in der das Gericht einen Verstoß gegen Artikel 142 des türkischen Strafgesetzbuches sah, das kommunistische Propaganda verbietet, zu 18 Monaten Gefängnis und 6 Monaten Verbannung verurteilt. Während seiner Haftzeit schrieb er den Roman „Sie starben mit gesenktem Haupt", der später mit dem türkischen Literaturpreis ausgezeichnet wurde. 1972 wurde er ein zweites Mal verurteilt, weil er einige von der Polizei gesuchte „anarchistische" Studenten bei sich beherbergt hatte. Wie heute herrschte auch 1972 das Militär in der Türkei. Wie heute wurden damals viele Opfer von Folter und Ermordung, weil sie den „Terroristen" angehörten.
Im Mai 1974 wird er aufgrund einer Teilamnestie für politische Häftlinge, sowie aufgrund internationaler und nationaler Proteste wieder freigelassen. Doch im selben Jahr wird Güney während der Dreharbeiten zu „Endise" (Unruhe) in einen Totschlag verwickelt und erneut verhaftet. Der Prozeß endet mit Güneys Verurteilung als Mörder zu einer Zuchthausstrafe von 18 Jahren, obwohl ein Zeuge vor Gericht bestätigte, daß Yilmaz Güney den Mann nicht erschossen hatte.
Von den jetzt herrschenden Militärs wurde Y. Güney nun von der Insel Imrali, die als vorbildliche Gefangeneninsel im Sinne der Menschlichkeit gilt, in das Gefängnis der Stadt Sparta verlegt.
Während der langen Zeit seiner Haft konnte nie seine Schaffenskraft zerstört werden. Der beste Beweis hierfür ist das Drehbuch zu dem Film „Sürü". Der Film erhielt neben vielen internationalen Preisen 1979 in Berlin den Preis des „internationalen Forum des jungen Films" und in Locarno ebenfalls im gleichen Jahr den „großen Preis der internationalen jury".
In der Türkei haben am 12. September vergangenen Jahres die Militärs geputscht und das ganze Land unter Kriegsrecht gestellt. Die demokratischen Rechte wurden abgeschafft, das Parlament aufgelöst, die Parteien und einflußreiche Gewerkschafts- und Berufsorganisationen verboten und seit dem Putsch mehr als 100.000 Menschen verhaftet. In den Gefängnissen wird gefoltert. Die Todesstrafe, deren Vollstreckung in der Türkei seit 1974 ausgesetzt war, wird wieder praktiziert: seit dem Putsch wurden 108 Todesurteile verhängt oder bestätigt, vier davon bereits vollstreckt.
In erster Linie richtet sich dieser Militärterror gegen die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in der Türkei, die mundtod gemacht werden sollen. So ist die Presse gleichgeschaltet, regierungskritische Blätter wurden unmittelbar nach dem Putsch verboten, zahlreiche Verbände, wie z.B. der Schriftsteller- und Karikaturistenverband sind verboten, zahlreiche ihrer Mitglieder in den Gefängnissen.
Aus Besorgnis über die Zustände, die heute in der Türkei herrschen und aus Befürchtungen um das Leben von Yilmaz Güney hat sich in der Bundesrepublik ein „Yilmaz-Güney-Freudeskreis" gebildet.
Unsere Ziele sind:
Die Freilassung von Yilmaz Güney zu erreichen; wir wollen auf die Zensur und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei aufmerksam machen. Damit in der Türkei demokratische Verhältnisse hergestellt werden, ist der Protest der internationalen Öffentlichkeit ein wichtiges Mittel. Wir schließen uns deswegen den Forderungen vieler Demokraten in der Bundesrepublik an, die die Abschaffung der Militärdiktatur, die Errichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission durch die Bundesregierung fordern, um die unmenschlichen Zustände in der Türkei und deren Gefängnissen zu untersuchen.
Wir solidarisieren uns daher auch mit den hungerstreikenden deutschen und türkischen Demokraten.
Außerdem werden wir versuchen, die Arbeit von Y. Güney zu unterstützen und seine Filme hier bekannt zu machen. In diesem Sinne begrüßen wir auch die Entscheidung der Festspielleitung, den Filmen von Y Güney einen großen Raum auf der diesjährigen Berlina le zu geben.

Yilmaz-Güney-Freundeskreis
c/o Buntbuch-Verlag
Lindenallee 4, 2000 Hamburg 19



Mit Elia Kazan im Gefängnis (1978)

Dann diejenigen zu lehren und aufzuklären, die mich umgeben. Soviel Personen wie möglich vor dem Verschleiß des Gefängnislebens zu schützen, diejenigen retten, die noch gerettet werden können. Mit dem Klassenkampf fortsetzen. Mich auf meine Freilassung vorbereiten. Theoretische Basis einer gerechten, revolutionären Linie suchen, Schlüsse aus der Vergangenheit und der Gegenwart der internationalen revolutionären Bewegung ziehen, gegen den Individualismus und die politische Blindheit kämpfen, eine Selbstkritik meiner Vergangenheit und meiner Aktionen machen. Denken Sie an einen gespannten Bogen vor dem Schleudern des Pfeils. Im Augenblick versuche ich, meinen Willen zu spannen, indem ich ihn bei der Bemühung um einen wissenschaftlichen Gedankengang dem Druck antagonistischer Überlegungen zum Klassenkampf aussetze. Ich werde das Ziel treffen.

Stärkere Repression der politischen Gefangenen in der Türkei (3)

Güney ist nach dem Putsch der Militärs im September 1980 in ein Gefängnis verlegt worden, wo viel strengere Vorschriften herrschen. Das Überleben Güneys ist heute um so bedrohter, als in der Türkei demokratische Bewegungen systematisch im Keim erstickt werden. Andersdenkende werden kriminalisiert, verhaftet und gefoltert.
Wir begrüßen um so mehr eine solche Initiative wie den Yilmaz-Güney-Freundeskreis, als von offizieller Seite der Bundesrepublik kaum zu erwarten ist, daß sich eine Stimme gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei erheben wird, die dann auch Druck auf die Militärregierung ausüben würde. Unter wirtschaftlichen und vor allem strategischen Gesichtspunkten ist die Türkei eine zu wichtige Stütze für den westlichen Imperialismus. (Der letzte Antrag zur Aufrüstung des Nato-Verbündeten Türkei der Regierung Reagan an den Kongreß geht auf Anfang April zurück und schlägt die Lieferung von 15 Jagdbombern vom Typ „Phantom" vor.) (4)

Die Arbeit Güneys im Gefängnis

Mit „Sürü" (Die Herde, 1978/79, Regie: Zeki Ökten), der bei Filmfestspielen in Berlin und in Locarno sehr großes Aufsehen erweckte, wurde Güney erst in Europa richtig bekannt. Das Drehbuch von Sürü sowie von Düsman (Der Feind, 1979) schrieb er neben anderen zahlreichen Novellen und einem Roman im Gefängnis von Toptashi. Sie sind Ausdruck seiner Überzeugung von der Möglichkeit einer Veränderung der türkischen Verhältnisse.
Für Güney wird seine Filmarbeit so lange unvollkommen bleiben, als er in Gefangenschaft gehalten wird. „Ein Film fällt nicht mit dem Drehbuch zusammen. ... während dem Drehen muß man jeden Lebenszug aufnehmen können und seiner Arbeit entsprechend ändern. Bleibt der Film dem Drehbuch treu, so bekommt er einen maschinellen Charakter".

fbu

Quellen:

Positif, Revue de cinema (liberale, französische Kinozeitschrift) Nr. 227, Februar 1980, S. 29 – 48; Nr. 234, September 1980, S. 44 – 49
Tageszeitung, 2. 03. 81, S. 11 „Türkischer Realismus"
Info-Schau „Yilmaz Güney", Retrospektive, 31. Internationale Filmfestspiele Berlin, 13 – 24 Februar 1981, 27 S.

Anmerkungen:

1) Interessanterweise realisierte Güney 1975 in Zusammenarbeit mit Atif Yilmaz den Film Zavallilar (Die Armen)
2) Hans Stempel und Martin Ripkens, Kritiker und Berater einer Filmfirma, wurden beauftragt, einen Fernsehfilm über Güney zu machen. 1979 fertigten sie den 46 minutenlangen Film „Besuch auf Imrali – Eine Begegnung mit Yilmaz Güney".
Auf der Gefängnisinsel Imrali im Marmarameer befindet sich das Toptashi-Gefängnis. Ein Schiff fährt einmal pro Woche zwischen Istanbul und der Insel. (Frankfurter Rundschau, 20. 11. 79, Nr. 271, S. 9)
3) Siehe dazu auch im Teil „Berichte und Nachrichten" S. und die Buchrezension S.
4) dpa Meldung, Badische Zeitung, 14. 04. 81, S. 2

Medienhandbuch Dritte Welt:
Filme und Tonbildreihen

Herausgegeben vom Gemeinschaftswerk Evangelischer Publizistik (GEP)
288 Seiten, broschiert, DM 9,80
(Handbücher für die entwicklungspolitische Aktion und Bildungsarbeit, Band 2)
ISBN: 3-7795-7344-X Jugenddienst Verlag

Ein Handbuch, das allen in der Bildungsarbeit Tätigen ermöglicht, sich umfassend über das zu informieren, was an entwicklungspolitischen Medien erhältlich ist und wie gut es sich für die Bildungsarbeit eignet, das darüber hinaus Anregungen gibt für die Arbeit mit entwicklungspolitischen Medien.

JUGENDDIENST-VERLAG
PETER HAMMER VERLAG GmbH
5400 Wuppertal 2, Postfach 20 04 15

NICARAGUA

Schulische Erziehung im Umbruch

„Die Geschichte der Erziehung in unserem Land hat sich mit der Alphabetisierungskampagne entscheidend gewendet", beginnt Dr. Carlos Tünnermann Bernheim, derzeitig Erziehungsminister in Nicaragua, eine seiner wöchentlichen Fernsehansprachen, in denen er die Nicaraguaner über die neuesten Projekte im Erziehungswesen aufklärt.
In der Tat hat sich durch den „nationalen Alphabetisierungsfeldzug", mit dem die Analphabetenquote in Nicaragua von 50 % auf 13 % gesenkt werden konnte, nicht nur das Alltagsleben in dem kleinen mittelamerikanischen Land für ein halbes Jahr völlig verändert: Die Kampagne setzte auch den Grundstein für den Aufbau eines neuen Erziehungssystems, indem sie das ganze Land „in eine große Schule" verwandelte.
Mit diesem ersten Schritt ist es aber nicht getan. Mindestens Volksschulabschluß für die ehemaligen Analphabeten und eine permanente Fortbildung für alle „Nicas" (wie sich die Nicaraguaner selbst nennen) sind die neuen Ziele im Erziehungsprogramm.
Für ihre Verwirklichung sollen die Erfahrungen der Alphabetisierungskampagne fruchtbar gemacht werden.
„Denn" – so Tünnermann – „angesichts der völligen wirtschaftlichen Unterentwicklung des Landes hängt von einer grundlegenden Veränderung der Erziehung und insbesondere einer Verbesserung der schulischen Bildung in Nicaragua viel ab – nämlich der eigenständige unabhängige Aufbau unseres Landes".

Schule unter Somoza – eine traurige Geschichte ...
Um zu verstehen, was die Sandinistische Revolution für die Veränderung der Erziehung in Nicaragua bedeutet, soll zunächst der Zustand des nicaraguanischen Schulwesens unter Somoza betrachtet werden.
Die schulische Bildung setzte sich in Nicaragua – wie in den meisten lateinamerikanischen Ländern – aus einer 6-klassigen Grund- und Volksschule, der „Primaria", und einer 6-stufigen weiterführenden Schule, der „Secundaria", zusammen. Während die Inhalte der Primaria denen unserer allgemeinbildenden Schulen gleichen – wenn auch auf einem sehr viel niedrigeren Niveau – gab es verschiedene Secundariazüge, die z.T. als Berufsausbildung (z.B. zum Sekretär, Kaufmann usw.) galten und darüber hinaus – wie bei uns – zum Hochschulstudium berechtigten.

Schulflucht in der Primaria
Während der letzten Jahre des Somoza-Regimes besuchten insgesamt nur etwa zwei Drittel aller Kinder im schulpflichtigen Alter die Primaria. Von diesen konnte in der Stadt etwa die Hälfte aller 6 Klassen absolvieren, während auf dem Land zwei Drittel aller Schulanfänger schon nach der 1. Klasse die Schule wieder verließen. Diese große „Schulflucht" setzte sich von Klasse zu Klasse weiter fort, so daß nur 5 % der Landkinder einen ordnungsgemäßen Primariaabschluß schaffen. (1)
Insgesamt gesehen erhielten nur ein Drittel aller nicaraguanischen Kinder die 4 Jahre Grundschulbildung, die von der UNESCO als Mindestzeit für eine allgemeine Volksbildung gefordert wird.

Die Ursachen dieser hohen Fehl- und Abbruchquoten liegen zum einen darin, daß es für viele Kinder keine Schule in erreichbarer Nähe gab. Besonders in abgelegenen Landgebieten fehlte es sowohl an Schulräumen wie auch an Lehrern, die bereit gewesen wären, die Strapazen des Lebens in der Wildnis auf sich zu nehmen. Dadurch vergrößerte sich die Bildungsbenachteiligung der Landbevölkerung gegenüber den Stadtbewohnern immer mehr.
Zum anderen mußten die Kinder der Armen nicht nur bei der Hausarbeit und der Betreuung jüngerer Geschwister mithelfen, sondern auf dem Land durch Feldarbeit, in der Stadt als Schuhputzer, Zeitungsverkäufer oder Dienstmädchen selbst zum Lebensunterhalt ihrer Familie beitragen.
Hinzu kam, daß die meisten Kinder unter Somoza an Unterernährung litten, die ihre körperliche und geistige Entwicklung beeinträchtigte, so daß sie durch Schulbesuch und Unterricht oft überfordert waren.



Höhere Bildung – erst recht ein Privileg!
Die Secundaria besuchte unter Somoza nur etwa ein Fünftel aller Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren. Meist waren es Kinder von bessergestellten Verwaltungsbeamten, Militärs oder Ärzten; fast die Hälfte von ihnen wurde auf teure Privatschulen geschickt. Für Landkinder waren die in den Städten gelegenen Schulzentren schlecht zu erreichen und ganz abgesehen davon einfach unbezahlbar.
Die meisten Schüler schlossen die Secundaria mit einem Examen im Handels- und Verwaltungsbereich ab, was die Rekrutierung des aufgeblähten Tertiärsektors und der Militärelite Nicaraguas sicherte, aber nicht zur Entwicklung des Agrarstaates beitrug.

Zugang zur Universität hatte infolge der allgemeinen Misere im öffentlichen Schulwesen nur eine kleine Minderheit von Nicaraguanern – fast ausschließlich die Kinder der Reichen. Wenn sie nicht gar ihr Studium ganz im Ausland absolvierten, konnten sie in Nicaragua an der UNAN (Universidad National Autonoma de Nicaragua) oder der UCA (Universidad de Centroamerica) gegen hohe Studiengebühren studieren. Von den insgesamt 14 600 Studenten (0,3 % der Bevölkerung), die 1978 an beiden Universitäten eingeschrieben waren, belegte die Mehrzahl Volks- und Betriebswirtschaft, während die so dringend benötigten Agrartechniker und Naturwissenschaftler kaum ausgebildet wurden (1978: 32 Agraringenieure und 6 ! Physiker).

Auch die Ausbildungsqualität: mehr schlecht als recht! Die Qualität der Ausbildung war in allen Bereichen miserabel. Von den rund 10 000 Lehrern besaß etwa die Hälfte keinerlei Qualifikation. Es gab ca. 1 000 „Phantomlehrer", die – wie so viele Beamte unter Somoza – ihr Gehalt bezogen, ohne je eine einzige Unterrichtsstunde gehalten zu haben.

Auf allen Schulstufen wurde mit veralteten Lehrbüchern (Editionen von 1964) gearbeitet, die keinen Bezug zur Realität des nicaraguanischen Alltags hatten. Nicht wie Carlito sich seine tägliche Reis- und Bohnenmahlzeit verdient, sondern wie Klein-Betty von ihrem Vater zur Geburtstagsfeier gefahrenwird, war Inhalt des Unterrichts. Dabei fehlte es überall an Unterrichtsmaterialien, angefangen von Bleistiften und Tafeln bis zu Schulbänken und -tischen.

Die Lehrerorganisation, die diese Mißstände beklagte und Verbesserungen forderte, wurde zwischen 1969 und 1972 von Somoza verfolgt und aufgelöst.

So spiegelt sich im Erziehungswesen, für das Somoza mit 2,3 % des Bruttoinlandsproduktes nur halb so viel ausgab wie für seine Privatarmee, die Nationalgarde, das hoffnungslose Elend der Bevölkerung.

Als am 19 Juli 1979 die Sandinistische Revolution siegte, hinterieß ihr Somoza ein Erziehungssystem in einem zerstörten Land, dessen Bevölkerung zur Hälfte weder lesen noch schreiben konnte.



Erziehung als Voraussetzung von Selbstbestimmung

Im Regierungsprogramm der FSLN (Frente Sandinista de Liberacion National) werden Unwissenheit und Analphabetentum als die entscheidenden Faktoren zur Aufrechterhaltung von Unterdrückung und Ausbeutung erkannt. Erziehung für alle ist für die Revolutionsregierung nicht nur eine „strategische Notwendigkeit" zur Überwindung der ökonomischen und sozialen Unterentwicklung des Landes, sondernauch Voraussetzung für die Entwicklung eines politischen Bewußtseins und der Fähigkeit zur Selbstbestimmung der Bevölkerung.

So wurde sofort nach der Übernahme der Regierung durch die FSLN das Erziehungsministerium neu organisiert. Drei Vizeministerien sind nun für den Aufbau des neuen Erziehungssystems verantwortlich.

1. Das Ministerium für Alphabetisierung, das jetzt für Erwachsenenbildung zuständig ist, organisierte als erste Maßnahme einer allgemeinen Volksbildung die „Nationale Alphabetisierungskampagne."
2. Die Einrichtung eines Vizeministeriums für Planung und politische Bildung ist bezeichnend für den Stellenwert, der der Entwicklung des politischen Bewußtseins in Nicaragua beigemessen wird.
3. Das dritte Vizeministerium kümmerte sich um die Instandsetzung des allgemeinen Schulsystems.

Erste Maßnahmen des Erziehungsministeriums

– Das Schulsystem wurde in allen Bereichen der staatlichen Kontrolle unterstellt und die Kosten für schulische Bildung vom Staat übernommen, um eine Demokratisierung und Chancengleichheit einzuleiten.

– Als vordringlichster Teil des Schulprogramms wurden die durch den Krieg zerstörten oder beschädigten Schulräume wieder instandgesetzt. Vor allem auf dem Land, wo der Unterricht z.T. im Freien stattfinden mußte, wurden so schnell wie möglich Hütten, die als Dorfschulen dienen konnten, gebaut.

– Über 2 000 Lehrer, die z.T. von Somoza verfolgt und entlassen worden waren, wurden neu eingestellt. Daneben konnten zum ersten Mal in vielen abgelegenen Landgebieten Schulen eröffnet werden, weil 1 200 kubanische Volksschullehrer für eine kurzfristige Hilfe direkt nach der Revolution nach Nicaragua kamen.

– Die dezentrale Anlage von 18 regionalen Schulzentren soll die bisher besonders benachteiligten Landkinder fördern. Ihnen wird auf diese Weise eine Ausbildung ermöglicht, die die Verschiedenartigkeit der einzelnen Regionen berücksichtigt und der großen Landflucht entgegenwirken soll.

– Spezielle Erziehungsbereiche, wie z.B. die Waisen- und Behindertenbetreuung, die unter Somoza privaten und kirchlichen Initiativen überlassen war, wurden vereinheitlicht und ins staatliche Schulsystem eingegliedert. Für die Vorschulerziehung – unter Somoza ausschließlich ein Privileg der Reichen – wurde ein ganz neues Programm entwickelt und im ganzen Land Zentren eingerichtet, die allen Kindern zugänglich sind.

– An weiterführenden Schulen und Universitäten wurden Ausbildungsgänge geschaffen, die in direkter Verbindung zu den Produktionsbereichen des Landes stehen und den Wirtschaftsentwicklungsplänen der Regierung entsprechen. So richtete die UNAN z.B. 500 neue Studienplätze für Agrarwissenschaften ein. Genauso wurde die Lehrer- und Arztausbildung stark erweitert.

Für diese und viele andere Sofortmaßnahmen ist die Finanzierung aufgrund der leeren Staatskassen bis heute nicht gesichert. Das Finanzministerium quält sich Monat für Monat über Kredit- und Schuldenverhandlungsrunden, und viele Projekte stehen und fallen buchstäblich mit dem Eingang von ausländischen Beihilfen und Spenden – die bisher nur sehr zögernd kommen.

Im Gegensatz zur mangelhaften ausländischen Unterstützung ist das Engagement der nicaraguanischen Bevölkerung für diese Erziehungsprogramme jedoch immens. An jeder Straßenecke werben Plakate, Wandmalereien, Gedichte oder Slogans wie „In jeder Hütte ein lernender Nica!" für die Volksbildung. – Offensichtlich mit Erfolg: denn z.Z. gibt es kaum einen Nicaraguaner, der nicht in irgendeiner Weise am nationalen Lehr- und Lernprozeß beteiligt ist.

Radikale Reformen oder was heißt „revolutionäre Erziehung"?

Das besondere beim Aufbau des neuen Erziehungssystems im „Freien Nicaragua" ist – laut Erziehungsminister Tünnermann, „daß es sich nicht nur darum handelt, das Zerstörte wieder aufzubauen und das Nie-Erbaute zu errichten, sondern vor allem darum, das etablierte Schulsystem grundlegend zu verändern".

Die Notwendigkeit einer solchen Veränderung zeigte sich schon bei Schuljahresbeginn 1979 nach dem Sieg der Revolution: die Jugendlichen, die den Befreiungskrieg hauptsächlich bestritten hatten, forderten einen neuen Unterricht. Sie protestierten gegen autoritäre Unterrichtsformen, veraltete Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien und die teilweise immer noch hierarchische Schulverwaltung. Verstärkt wurde diese „Herausforderung an die etablierte Schule" durch die Alphabetisierungskampagne 1980, während der die Jugendlichen nach dem Konzept des brasilianischen Pädagogen Paulo Freire selbst unterrichteten. Sie lehrten Lesen und Schreiben und lernten dabei selbst mehr über die Realität ihres Landes, als ihnen die Schule in jahrelangem Unterricht vermitteln konnte. Nach 5monatigem Leben mit den Bauern kamen sie verändert aus den Bergen zurück: Laut den Beobachtungen eines Journalisten sind sie „nicht mehr die verwöhnten Mittelschichtskinder, die – wie vor ihrer Arbeit bei den Bauern – nur Travolta-Kleidung und Diskomusik im Kopf haben. Sie haben die tägliche Tragödie der Armen am eigenen Leib erfahren und sind „Companeros" geworden, die sich ihrer Verantwortung für die Veränderung des Elends bewußt sind.



Rückkehr von der Alphabetisierungskampagne

Die pädagogische Konsequenz aus den Erfahrungen der Jugendlichen in den „Befreiungskriegen" gegen Somoza und den „Analphabetismus" besteht nun nicht allein in einer Abschaffung autoritärer Unterrichtsformen zugunsten gleichberechtigten, demokratischen Lernens in Gruppen. „Diese Jugendlichen" – so Tünnermann – „fordern Erziehungsprogramme, die sie weiterhin in den Aufbau des Landes einbeziehen".

Ein erster Ansatz zur Verwirklichung dieses Erziehungskonzepts war der Einsatz der Schüler bei der Kaffeeernte im Dezember 1980. Kaffee ist eines der wichtigsten Exportgüter Nicaraguas. Da nicht genügend Saisonarbeiter vorhan-

den waren, konnte die Ernte nur mit Hilfe der Schülerarbeit eingebracht werden. Die Schulen wurden zu diesem Zweck in ganz Nicaragua vom 1. bis 20. Dezember geschlossen. Das Lernfeld auf die Kaffeeplantagen verlegt.
Schüler, die sich nicht zur Kaffee-Ernte melden wollten, konnten in dieser Zeit durch selbstorganisierte Projekte, wie z.B. Bau von Latrinen, Brunnen oder Schulen, Umfragen zur sozialen Lage der Bevölkerung oder Kleinkinderbetreuung zum Aufbau des Landes beitragen.
Während sich die Jugendlichen selbst voller Begeisterung auf die neuen Möglichkeiten stürzen, die ihnen durch dieses Erziehungskonzept eröffnet werden, kommen vor allem aus dem Lager der bürgerlichen Oppositionspartei MDN (Movimiento Democratico de Nicaragua) heftige Gegenstimmen, die vor einer angeblichen Überforderung der Jugend warnen.
Umstritten ist z.Z. auch ein zweites Projekt der FSLN, nämlich die Landschulen (Escuela de Campo). Geplant sind Schulzentren auf dem Land, in denen die Schüler neben Unterricht im Klassenzimmer eine eigene landwirtschaftliche Produktion unterhalten. Es protestieren vor allem konservative Elternvertreter und die Kirche, die eine Entfremdung von der Familie durch diese Schulform befürchten.
Einerseits entspricht dieser pädagogische Ansatz den Forderungen fortschrittlicher Pädagogen in aller Welt nach selbstbestimmtem Lernen durch Leben, nach weniger Schule zugunsten des Ausnützens der Lernmöglichkeiten im Alltag. Andererseits knüpft er an die nicht unbedeutenden Traditionen und Erfahrungen der Landschulheime Makarenkos und deutscher Pädagogen und nicht zuletzt an die Modelle sowjetischer und kubanischer Kollektiverziehung an.
Letztlich ist es auch offensichtlich, daß diese Erziehungsprojekte ökonomisch notwendig sind. Da der Aufbau des Landes nu unter Beteiligung der Massen geleistet werden kann, und mehr als die Hälfte der nicaraguanischen Bevölkerung jünger als 25 Jahre ist, wird es verständlich, daß die Jugend auch im Produktionsbereich eine maßgebliche Rolle spielt.

Jugend erzieht Jugend

Auch die Neuorganisation der Erziehung kann ohne die Unterstützung der Jugendlichen nicht geleistet werden: Die stark erweiterte Kapazität der Primaria (jetzt 51500 Schüler gegenüber 1978: 286 000) und der Secundaria (jetzt 122 000 gegenüber 1978: 52 000 Schülern) wird durch Heranziehen der Studenten und Schüler höherer Klassen zum Unterricht jüngerer Jahrgänge bewältigt.
Die jugendlichen Lehrer werden in Schnellkursen pädagogisch ausgebildet und ständig von erfahrenen Pädagogen betreut. Auf diese Weise konnte der große Ansturm von neuen Schülern aufgefangen werden, ohne völlig überlastete Lehrer und mangelhafte Unterrichtsqualität in Kauf nehmen zu müssen.
Die frisch gebackenen Junglehrer sind voller Begeisterung bei ihrer Aufgabe; mit ihrer Verantwortung wächst auch ihr Selbstbewußtsein und – nicht zuletzt – ihr eigenes Wissen und Können.
„Die Verbindung von Erziehung und Arbeit führt zu einer Bewußtseinsbildung, die den ersten Schritt zur Veränderung der Realität darstellt", resümiert Tünnermann diesen Grundgedanken des „revolutionären" Erziehungskonzepts der Sandinisten.
Und in der Tat veränderte sich durch die „Schule der Revolution" in Nicaragua einiges: So ist z.B. das Verhältnis der Jugendlichen zu ihren Eltern und Lehrern nicht mehr dasselbe. Die Jugendlichen sind durch ihre Erfahrungen während der Alphabetisierungskampagne und durch ihre Teilnahme an der Produktion unabhängiger und selbständiger geworden und lassen sich nicht mehr so leicht bevormunden.
„Im Vergleich zu den Konflikten mit den oft konservativ eingestellten Eltern lassen sich jedoch zwischen Lehrern und Schülern leichter neue Umgangsformen finden," meint Emilio Caldero, einer der Vorsitzenden der neugebildeten Lehrerorganisation ANDEN. „Wir Lehrer waren z.B. auch voll bei der Alphabetisierungskampagne dabei, und diese gemeinsame Integration in den revolutionären Prozeß ist eine sichere Basis für den gemeinsamen Aufbau einer neuen Erziehung ... Ich bin mir sicher, nach dem ersten Schritt weichen wir nicht mehr zurück!"

Bärbel Schreiber
Christa Koch

1) Diese Angaben, wie auch die folgenden Zahlen, stammen aus dem neu veröffentlichten Bericht des nicaraguanischen Erziehungsministeriums: „La Educación en el Primer Año de la Revolución Popular Sandinista, Ministerio de Educacion, Año de la Alfabetizacion, Julio 1980.

INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA e.V.

In den „blättern des iz3w" Nr. 91 haben wir das Projekt „Eine Schulbibliothek für Nicaragua" vorgestellt (S. 67). Neben der angegebenen Adresse in Costa Rica können Spenden überwiesen werden an das

Informationsbüro Nicaragua e.V.
Friedrichstr. 10, 5600 Wuppertal 1
Konto: 976738
Stadtsparkasse Wuppertal
BLZ: 330 500 00
Projektnr. 26

Wir hoffen, daß durch den einfacheren Weg viele Leute zum Spenden ermutigt werden.

Aufruf zu einer Nahrungsmittelspende

Die US-Regierung hat kurzfristig gegen Nicaragua eine Kreditsperre verhängt. Das bedeutet, daß auch die Lieferung von Getreide im Wert von 9,6 Millionen abgesagt wurde. Die Versorgung der Bevölkerung Nicaraguas mit Brot ist damit akut gefährdet, es droht eine Hungersnot.
Als Reaktion auf diese Politik der USA muß eine stärkere Solidarität der Völker entgegengesetzt werden.
Deshalb führen verschiedene Gruppen in der BRD Spendenaktionen durch, deren Ertrag direkt an die Regierung in Nicaragua geht, um Nahrungsmittelkäufe tätigen zu können.
Spendet auf das Konto von medico international:

Weizen für Nicaragua
Stadtsparkasse Frankfurt/Main
Konto 1800

oder auf das Konto des Antiimperialistischen Solidaritätskomitee:

Brot für Nicaragua
Sonderkonto Prof. Erich Wulff
Pscha Frakfurt /Main
Konto 527055 - 602



Selbstorganisation der Armen

Schmidt-Relenberg, Norbert, Hartmut Kärner und Volkmar Köhler:

Selbstorganisation der Armen.

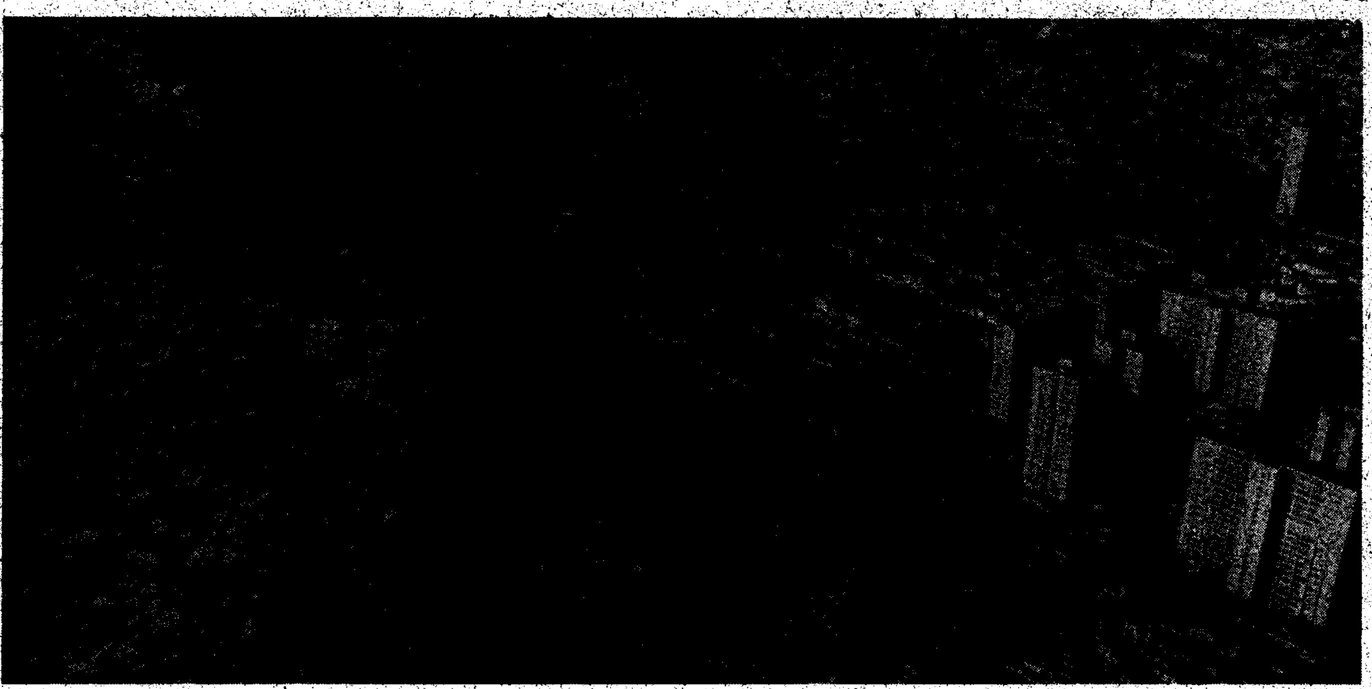
Ein Bericht aus Venezuela

Frankfurt/M: Vervuert 1980 (Editionen der Iberoamericana Reihe III, Monographien und Aufsätze, 4), 125 S.

Favelas, bidonvilles, slums, wie immer sie genannt werden mögen: die Elendsgürtel um die Großstädte der Dritten Welt breiten sich aus. Immer mehr Menschen flüchten aus ihren Dörfern, weil die vernachlässigte Landwirtschaft sie nicht mehr ernähren kann. Aber auch in den Städten finden nur ganz wenige ihr Auskommen: die Industrie, soweit überhaupt schon von nordamerikanischen oder europäischen Firmen errichtet, ist von vornherein derart automatisiert, daß sie nur einen verschwindend kleinen Teil als Arbeitskräfte aufnehmen kann. Also versuchen die Zuwanderer sich mit Gelegenheits- und Saisonarbeit, Kleinsthandel, Prostitution oder Betteln durchzuschlagen, so gut das eben geht. Sie hausen in selbsterrichteten Behelfshütten ohne Licht und Wasser, viele hungern, werden krank, sterben früh. Manche beginnen sich zusammenzuschließen, um selbst etwas gegen diese unwürdigen Verhältnisse zu tun.
Die drei Autoren der Studie, über die hier berichtet wird, haben den Zusammenhang von abhängiger Industrialisierung, Landflucht, Elend und Selbstorganisation in den Slums am Beispiel des lateinamerikanischen Öllandes Venezuela untersucht.
Ihre Methode nennen sie „kommunikative Forschungspraxis", was weniger sein soll als eine „kämpferische Forschung", die sich mit dem Widerstand der Armen identifizieren und Ausländern ohnehin nicht möglich ist, aber mehr als das herkömmliche sozialwissenschaftliche Befragen von Menschen, mit denen die Forscher nichts zu tun haben. Besuche, Gespräche, Gruppendiskussionen, teilnehmende Beobachtung von Veranstaltungen sind Verfahren, die die Barriere zwischen deutschen Sozialwissenschaftlern und den Bewohnern venezolanischer *barrios* überwinden helfen sollten. Für beide Seiten, Untersuchende wie Untersuchte, sollte dadurch ein Bewußtwerdungs- und Lernprozeß ermöglicht werden.
Die Beobachtungen in den *barrios* werden in den Rahmen einer allgemeinen Analyse der Armut in Venezuela gestellt:

Marginalität?
Zunächst bezweifeln die Autoren mit Recht, daß Theorien über Randgruppen in Industrieländern, in deren Mittelpunkt der Begriff „Marginalität"steht, auch auf Gesellschaften der Dritten Welt angewendet werden dürfen. In Industrieländern sind Marginale bestimmte noch unangepaßte kulturelle oder ethnische Minderheiten (vor allem Immigranten), die in das System der Mehrheit nach und nach einbezogen werden sollen, wofür zumindest die wirtschaftlichen Voraussetzungen in Form von Chancen auf Arbeitsplätze gegeben sind. In der Dritten Welt dagegen ist Elend eine für die ganze Gesellschaft typische, grundlegende Erscheinung, „Marginalität" ist das Normale.
Die Ausweitung des modernen kapitalistischen Sektors bringt keine Lösung, da es gerade die Kapital- und Technologieintensität dieses Sektors ist, die die Massen einerseits ihrer hergebrachten Lebens- und Wirtschaftsweise beraubt und ihnen andererseits auch keine neue Perspektive bieten kann.
Aber auch die marxistischen Begriffe „industrielle Reservearmee" oder „Lumpenproletariat", die ja ursprünglich ebenfalls in Anbetracht europäischer Verhältnisse gebildet wurden, gehen an der Sache vorbei: In Ländern der Dritten Welt machen die Entwurzelten und Armen die Mehrheit der Bevölkerung aus, und nur die allerwenigsten von ihnen sind für eine Arbeit in der modernen Industrie qualifiziert. Daher kann auch nur ein ganz geringer Teil gemäß der schwankenden Nachfrage nach der Ware Arbeitskraft in den Produktionsprozeß eingebunden und wieder ausgestoßen werden. Nur dieser geringe Teil ist überhaupt fähig, die lohndrückende und disziplinierende Rolle des zu allem bereiten Lumpenproletariats zu spielen (womit Marx und Engels ja nicht etwa Leute meinten, die Lumpen tragen, sondern die Lumpen sind). Es ist im Gegenteil davon auszugehen, daß die Mehrheit aufgrund ihrer auch individuell hoffnungslosen Lage unter bestimmten Bedingungen bereit ist, für grundlegende politische Veränderungen, insbesondere Unabhängigkeit von den Industrieländern, zu kämpfen.

Zur Entwicklung Venezuelas
Die geschichte Venezuelas wird von den Autoren in drei große Abschnitte eingeteilt:
Nach der Unabhängigkeit von Spanien 1822 bis etwa zur Jahrhundertwende gehörte Venezuela zu den rückständigsten Ländern Lateinamerikas. Die herrschende Oberklasse bestand aus wenigen Großgrundbesitzerfamilien, die auf ihren Latifundien die Hauptausfuhrprodukte Kaffee und Kakao anbauen ließen. Ihnen stand die große Masse der Landarbeiter und Kleinbauern gegenüber, die aus winzigen Parzellen (Minifundien) ihren Lebensunterhalt herausholen mußten. Um 1900 begann die Ausbeutung des venezolanischen Erdöls durch ausländische Gesellschaften. Das Regime des Diktators Juan Vicente Gomez (1908 bis 1935) verschleuderte Förderkonzessionen an die miteinander konkurrierenden nordamerikanischen und europäischen Konzerne (vor allem Standard Oil und Royal-Dutch-Shell). Die Gewinne der Gesellschaften waren extrem hoch, da sie nur geringe Steuern und Lizenzabgaben an den venezolanischen Staat zu entrichten hatten. Ende der dreißiger Jahre hatte sich das US-Kapital mit einer Investitionssumme von rund 250 Mio Dollar durchgesetzt.
Die Verwandlung Venezuelas in ein Ölland wirkte sich für die Mehrheit der Bevölkerung verheerend aus: die Landwirtschaft wurde vernachlässigt und verkam, die entstehende Infrastruktur war nur auf die Förderung und die Ausfuhr des Erdöls ausgerichtet. Da die ausländischen Konzerne an nichts anderem Interesse hatten, entstand auch kaum eine inländische Industrieproduktion. Die Versorgung erfolgte mehr und mehr durch Austausch mit dem Weltmarkt: Öl gegen Luxusgüter und Lebensmittel. Die inländische Handels- und Dienstleistungsbourgeoisie entwickelte sich, besonders die Staatsbürokratie, von der der im Lande ver-



Die Hälfte der Venezolaner lebt in „ranchos"

bleibende Teil der Erdölrente eingenommen und verteilt wurde.
Da die Landwirtschaft verkam und der Dienstleistungsbereich anschwoll, setzte eine rasante Landflucht ein. 1926 lebten erst 15 % der Gesamtbevölkerung in Städten, 1960 bereits 65 %. Die Elendsgürtel rund um die pompösen Zentren des Handels, der Verwaltung, der Finanz- und Bodenspekulation entstanden.
In die dritte Phase nach dem zweiten Weltkrieg fallen Bemühungen, die zur Versorgung notwendigen Importe durch eigene Industrieproduktion zu ersetzen. Aber auch diese Politik bessert die Lage der Armen und Arbeitslosen wenig, da die Industrialisierung wiederum von ausländischen Konzernen betrieben wird, d.h. sehr kapital- und technologieintensiv. Vielfach handelt es sich überhaupt nur um Endmontagen von importierten Einzelteilen. Zudem ist die Importsubstitutionspolitik auf die Bedürfnisse der kaufkräftigen Mittel- und Oberschichten ausgerichtet.
Auch die Nationalisierung des Erdöls unter dem Staatspräsidenten Carlos Andrés Pérez 1976 hat an der Abhängigkeit von den multinationalen Konzernen wenig geändert. Die Ölgesellschaften wurden „großzügig" entschädigt, die Vermarktung ist in ihren Händen geblieben, der venezolanische Staat hat sich vertraglich verpflichtet, ihre Fördertechnologie für teures Geld zu übernehmen. Im Grunde ist das Geschäft für das ausländische Kapital dadurch nur risikoärmer geworden.
Bei alldem hat sich die Verstädterung weiter fortgesetzt, und zwar in einem buchstäblich mörderischen Tempo. Venezuela hat eine der höchsten Zuwachsraten in Lateinamerika. 1975 lebten von 12 Mio Venezolanern 80 % in Städten, mehr als ein Fünftel in der Hauptstadt Caracas. Die Versorgung dieser Bevölkerung ist katastrophal: Die Hälfte der Venezolaner lebt in *ranchos*, selbstgefertigten Elendshütten ohne Wasser, Toiletten und Strom. Ein Drittel der aktiven Bevölkerung ist ohne Arbeit oder unterbeschäftigt, auf die ärmsten 40 % der Menschen entfallen nur 8 % des Volkseinkommens. 42 % der über 15jährigen sind Analphabeten, ein wesentlich höherer Anteil als z.B. in Argentinien, Chile oder Uruguay. Gleichzeitig hat Venezuela aber das zweithöchste Pro-Kopf-Einkommen Lateinamerikas, was wieder einmal zeigt, daß dies nur eine abstrakte statistische Größe ist, die über die tatsächlichen Verhältnisse wenig sagt.

Erfahrungen mit der Selbstorganisation in den Elendsvierteln

Ihre Beobachtungen haben die Autoren in den *barrios* dreier venezolanischer Großstädte gemacht: Barquisimeto, Ciudad Guayana und Caracas. Überall hat sich gezeigt, daß die zuständigen Ämter kaum etwas für bessere Infrastruktur, billigere Lebensmittel, größeren Wohnraum oder mehr Arbeitsplätze tun, ja daß sie die Bewohner der *barrios* sogar behindern, wenn diese sich für ihre Interessen einsetzen wollen. Wenn es notwendig ist, entschärfen die Behörden Spannungen mit sozialen Almosen, was aufgrund der staatlichen Öleinnahmen möglich ist. Ein Beispiel für das Vorgehen der staatlichen Stellen: In Barquisimeto hatten Arbeiterinnen in Eigeninitiative mühsam eine Kooperative zur Herstellung von *hallaquitas* (eine Essensbeilage aus Maismehl) organisiert, der von den Behörden nach langen Auseinandersetzungen auch ein kleines Fabrikgebäude zur Verfügung gestellt wurde. Die Behörden (nicht weniger als 7 an der Zahl) brüsteten sich zwar damit, nahmen der Kooperative aber gleichzeitig jede Überlebenschance auf dem Markt. Schlagartig zogen sie sich zurück und überließen die technisch und ökonomisch unerfahrenen Frauen sich selbst und der eingesessenen Konkurrenz.
Daß und wie sich die Leute in den *barrios* gegen ihre Lage und gleichzeitig auch gegen die trägen und bestechlichen Ämter zu wehren beginnen, wird besonders eindringlich am Beispiel Caracas gezeigt. Dort gibt es Selbsthilfegruppen, die schon seit längerer Zeit einfache Medien wie Flugblatt und Zeitung, Theater und Malerei an Hauswänden einsetzen, um das Bewußtsein davon zu wecken, daß Unabhängigkeit von den Behörden und vor allem Solidarität untereinander notwendig ist, wenn die Armen ihre Lage wirklich verbessern wollen. Einigkeit ist nämlich nicht selbstverständlich, da die Bevölkerung der *barrios* ja verschiedenen Klassen angehört: es gibt dort sowohl Lohnabhängige (mit und ohne Beschäftigung) als auch kleine Händler auf eigene Rechnung, die hoffen, einmal richtige Unternehmer

zu werden, von den Prostituierten, Bettlern und Delinquenten ganz zu schweigen. Aber auch zwischen den Geschlechtern tun sich Widersprüche auf, was angesichts des in Lateinamerika weitverbreiteten Männlichkeitskults („machismo") nicht erstaunlich ist. Oft sind es die Frauen, die bewußter und gemeinsamer für ihre Lebensinteressen kämpfen, während die Männer eher nach individuellen Auswegen (Delinquenz) suchen. Kaum eine Selbsthilfeinitiative allerdings auch, die ohne *lider* auskommt, was für die Kontinuität der Arbeit natürlich gefährlich ist.

Zum Schluß versuchen die Autoren zu beurteilen, ob Selbstorganisation in den Slums die Perspektive einer grundlegenden Veränderung des abhängigen Kapitalismus eröffnet, obwohl sie vorwiegend im Reproduktionsbereich stattfindet und ihre Subjekte keine einheitliche Klasse bilden. Im Hinblick darauf, daß noch keine Revolution der Neuzeit von einer einzigen Klasse durchgesetzt worden ist, sondern immer nur Klassenbündnisse erfolgreich waren, in denen die Armen eine wichtige Rolle spielten, bejahen sie die Frage mit gewisser Vorsicht: „Selbstorganisation birgt die Möglichkeiten der Entwicklung eines Bewußtseinsprozesses in sich, der den Klassencharakter des kapitalistischen Staates erkennen läßt und über den Reproduktionsbereich hinaus eine Erkenntnis von der Funktionsweise kapitalistischer Produktion vermittelt." (S. 118)

Venezuela als typischer Fall

Ich halte die Studie aus mehreren Gründen für wichtig: Erstens ist Venezuela ein Land, über das in der Bundesrepublik wenig Genaues bekannt ist. Allenfalls geistern vage Vorstellungen von vergleichsweise üppigen (hohes Pro-Kopf-Einkommen!) und demokratischen (Nationalisierung des Erdöls!) Verhältnissen herum, mit denen hier einmal gründlich aufgeräumt wird.

Zweitens sind Ursachen und Erscheinungen der Armut in Venezuela typisch für viele Länder der Dritten Welt, gerade die ölexportierenden. Z.B. fallen strukturelle Ähnlichkeiten mit Iran auf: In beiden Ländern ist die landwirtschaftliche Produktion besonders stark zurückgegangen. Das hängt sicher auch damit zusammen, daß die herrschende Klasse vor der Ausbeutung des Erdöls aus Großgrundbesitzern bestand, die mit der Landwirtschaft ihre Profite machten. Durch den Ölboom ergab sich für sie die Möglichkeit zu Spekulationsgewinnen (Handel, Bausektor, Konzessionen usw.), so daß kein Anreiz mehr bestand, sich um die Landwirtschaft zu kümmern. Auch der Staat sah sich nicht gezwungen, dem Verfall der Landwirtschaft entgegenzuwirken, weil die immense Steigerung seiner Steuer- und Zolleinnahmen es erlaubte, die fehlende inländische Lebensmittelproduktion durch Importe zu ersetzen. Aus diesen Gründen blähte sich der Dienstleistungsbereich in beiden Ländern besonders stark auf, waren Landflucht und Slumbildung besonders rasant, woran auch eine fremdgesteuerte oberflächliche Industrialisierung –in beiden Ländern zur Hauptsache Montagebetriebe– nichts geändert hat. Es ist offensichtlich eine nur auf den ersten Blick absurde Tatsache, daß gerade die Menschen in Ländern mit besonders reichen Bodenschätzen durch die Abhängigkeit vom internationalen Kapital besonders arm gemacht werden.

Im Iran kam allerdings die überaus scharfe, unflexible politische Unterdrückung durch das Shah-Regime hinzu sowie eine lebendige, in der noch längst nicht völlig zerstörten einheimischen Kultur wurzelnde Ideologie (der schiitische Islam), unter der die verschiedenen Klassen und Schichten des Volks sich vorübergehend vereinigten. Jedenfalls stützt die iranische Revolution von 1978/79 die These der drei Autoren, daß die Elenden in den Vorstädten (persisch „Mustasafin") zu einer revolutionären Kraft werden können, wenn bestimmte subjektive Mobilisierungsfaktoren hinzukommen. (Vgl. dazu Massarat, M.: Besonderheiten der islamischen Revolution im Iran. In: Blätter des iz3w, Nr. 86, S. 51-54).

Eine dritte Stärke der Untersuchung sehe ich in der kommunikativen Methode. Allerdings scheint mir, daß die von der Kritischen Theorie erhobene Forderung, das Subjekt der Forschung dürfe sich nicht gegen sein Objekt abschotten, mittlerweile zur Betroffenheits-Mode in der Sozialwissenschaft verkommen ist. Demgegenüber sollten wir uns allmählich daran erinnern, daß eine gewisse Distanz nicht nur unvermeidlich, sondern für kritische Erkenntnisse auch förderlich ist. Ich meine, daß zumal bei der Erforschung von Gesellschaften der Dritten Welt niemand bei uns hier in den Fehler verfallen darf, sich und seine Interessen mit den dort lebenden Menschen und deren Interessen zu verwechseln. Darin läge die Gefahr, daß die Theorie auf die Dauer ihre Kraft verliert, der Praxis kritisch gegenüberzutreten. Die Autoren, über deren Untersuchung hier berichtet wird, sind in diesem Punkt nach

meiner Auffassung vernünftig vorgegangen, indem sie sich auf eine mittlere Position zwischen scheinobjektiver Totaldistanz und blinder Identifikation gestellt haben.

Kritische Bemerkungen

Eine Schwäche der Arbeit sehe ich darin, daß die Überzeugungskraft der Argumentation gelegentlich schwankt. Merkwürdig blass, fast tautologisch bleibt der Abschnitt zur Kritik der offiziellen Entwicklungsideologie in Venezuela. Die angegriffenen „bürgerlichen" Konzepte der Gemeinwesenentwicklung, des „Deasarrollismo" und „Kooperativismo" werden gar nicht dargestellt, was eine notwendige Voraussetzung für eine überzeugende Kritik daran gewesen wäre. Meines Erachtens hätte der Abschnitt nicht vor, sondern hinter die konkreten Beobachtungen in den *barrios* gehört, die ja viele Beispiele für den systemstabilisierenden Charakter der offiziellen „Hilfe" durch die Behörden liefern.

Mich haben auch einzelne Formulierungen gestört, etwa wenn auf S. 106 gesagt wird, Selbsthilfeorganisationen hätten die Aufgabe, „Bewußtsein zu schaffen", oder wenn auf S. 121 der Ausdruck „Utopie" im selben Atemzug mit „Lüge" vorkommt. Die erste Formulierung konstruiert wieder zwischen der Organisation und ihren Mitgliedern jenes entfremdete Subjekt-Objekt-Verhältnis, das sich gerade in die Selbsthilfe nicht einschleichen darf. Mit der zweiten wird ein Begriff verleumdet, mit dem (spätestens seit Ernst Bloch) der hoffnungsvolle Tagtraum von einem besseren Leben als Antrieb politischen Widerstands gemeint ist. Auch wenn dahinter hier natürlich keine Absicht steckt, halte ich solche nachlässigen Übernahmen ideologischer Bestandteile aus der Umgangssprache für bedenklich: Die Wirklichkeit, die wir wahrnehmen und auf die wir infolgedessen unser Handeln beziehen, wird durch die Begriffe geprägt, die wir benutzen. Hier hat kritische Sozialwissenschaft auch die Aufgabe, eingeschliffene herrschaftsförmige Entstellungen der Sprache und der wahrgenommenen Wirklichkeit wenigstens bei sich selbst wachsam zu korrigieren.

Indem die Autoren die „Selbstorganisation der Armen" nicht als Projektion eigener politischer Vorstellungen behandeln, sondern als Problem, haben sie die Grundlage für das Gelingen ihrer Studie gelegt. Es wird durchaus die Schwierigkeit gesehen, daß erfolgreiche Selbsthilfe offenbar gewisser Anstöße von außen, lider-Persönlichkeiten, ökonomischer und technischer Kenntnisse bedarf, die die Elenden in den Slums nicht haben; und daß dies die Gefahr mit sich bringt, daß sich politische Kader bilden, die den Betroffenen „selbst" wieder die Initiative aus der Hand nehmen. Die inneren Hemmnisse der Selbstorganisation wie Individualismus, Unzuverlässigkeit, Mutlosigkeit oder Delinquenz, die ja kein persönliches Verschulden sind, sondern eben auch zur Lage der Armen gehören, werden nicht übersehen. Aber manchmal hätte ich mir gewünscht, daß diese Schwierigkeiten und die Möglichkeiten ihrer Überwindung konzentrierter und systematischer behandelt worden wären, weil hier heute die größten praktischen Probleme der Selbstorganisation liegen. Dagegen hätte die Kritik an den korrupten und trägen Behörden an manchen Stellen vielleicht knapper ausfallen können: daß von ihnen nichts zu erwarten ist, haben viele Bewohner der *barrios* bereits eingesehen, was das wichtigste Ergebnis der Untersuchung ist.

hpö

LESERBRIEF

Betr.: Wahlen in Uganda, iz3w Nr. 91 S.6–9

In Frank Ballots Artikel im Februarheft spiegelt sich eine erstaunliche Unkenntnis der Verhältnisse in Uganda wider. Sollte es tatsächlich so sein, daß der Verfasser seine Informationen ausschließlich aus der Presse bezieht und sollte es weiter so sein, daß der Verfasser die Monatsmagazine „Africa" und „New African" nicht kennt, aus denen er sicherlich fundierte Informationen hätte beziehen können? Die sicher wichtige Kritik zu den ugandischen Verhältnissen aus sozialistischer Sicht wird so unglaubwürdig und der gute Ruf der „blätter" droht auch Schaden zu nehmen, wenn Ihr solche Artikel unüberprüft abdruckt.

Im einzelnen behauptet Frank Ballot:

„Tatsächlich steht nämlich ein erheblicher Teil der Bevölkerung Obote eher ablehnend gegenüber ..." oder an anderer Stelle:

„Nicht nur eine Seltenheit, sondern bislang noch nie dagewesen ist aber der Fall, daß ein einmal durch einen Militärputsch gestürzter Staatschef auf Grund solcher Wahlen wieder an die Macht zurückkehren konnte. Genau das war am 10.12.1980 in Uganda geschehen..."

Weiß der Autor wirklich nicht, daß Obote durch eine Verschwörung des britischen und israelischen Geheimdienstes mit Idi Amin gestürzt wurde? Er wurde nicht gestürzt, weil er unpopulär war, sondern weil er gegen die britische Außenpolitik gegenüber Südafrika opponierte. Zusammen mit anderen Commonwealth-Ländern drohte er aus diesem Verbund auszutreten, wenn die Briten nicht ihre Waffenverkäufe an Südafrika einstellen würden. Die Israelis fürchteten, daß Obote ihre Militärberater aus dem Land schicken würde, weil er den palästinensischen Befreiungskampf zu unterstützen bereit war. Idi Amin selbst mußte befürchten, wegen begangener Straftaten belangt zu werden, z.B. wegen des Mordes an seinem Assistenten Brigadin Okoya. Weil Obotes Sturz nicht den Interessen der Massen entsprach, konnte ihm die Rückkehr an die Macht im vergangenen Jahr gelingen.

Die Angriffe, daß die Wahlergebnisse manipuliert seien, ist von hier schwer zu überprüfen. Die Gruppe von Commonwealth-Beobachtern bezeichnet die Wahlen in ihrer offiziellen Stellungnahme jedoch als „frei und fair in den Umständen".

Weiter behauptet der Autor:

„Allerdings wurde Lule schon 68 Tage später auf Druck Tansanias hin wieder abgesetzt, offensichtlich wegen seiner erklärten Distanz zu Obote ..."

Tatsächlich wurde Lule abgesetzt, weil er die Verfassung der UNLF (Uganda National Liberation Front) verletzte. In Moshi (Nordtansania) hatte die UNLF kurz vor dem Sturz Amins eine Verfassung vorbereitet, die von allen Parteien der UNLF verabschiedet wurde. Lule und Binaisa haben auf der Grundlage dieser Verfassung die Macht angetreten. In dieser Verfassung (Constitution of the UNLF, 26.3.1979, Art. 5.4a) wird dem Interim-Parlament der UNLF die Aufgabe zugewiesen, *„alle politischen Bestimmungen und Ernennungen zu genehmigen und zu ratifizieren, die durch das Exekutivkomitee oder die Front-Regierung getroffen wurden." Sowohl Lule als auch Binaisa versuchten Versetzungen und Ernennungen ohne die Genehmigung des Interim-Parlaments durchzusetzen. Ihr Versuch, sich diktatorische Vollmachten zu verschaffen, führte zu ihrer Absetzung. Die Entlassung von Lule und Binaisa kann nur mit ihrem Verstoß gegen die Verfassung begründet werden, nicht aber mit irgendwelchen Vermutungen über „tanzanischen Druck."*

Wie populär ist Obote tatsächlich? Immerhin wurde er von Bauern im Norden, Osten und Westen des Landes zu 70 % gewählt. Auch wenn er sicher nicht voll akzeptiert wird, so hat er doch die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich, insbesondere die armen Bevölkerungsschichten und die Bewohner der vernachlässigten Regionen. Obote hat in den sechziger Jahren mit einigem Erfolg ein dezentrales Investitionsprogramm durchgeführt, das die Privilegien des Baganda-Stammes abbaute. Diese Politik ländlicher Entwicklung wurde allerdings von Idi Amin wieder abgebaut.

Schon während der Kolonialzeit waren die Baganda ein priviligierter Stamm. Die Buganda-Region war Schwerpunkt der britischen Infrastrukturmaßnahmen. Mit seiner guten Erschließung wurde Buganda das Zentrum der cash crop-Produktion landwirtschaftlicher Produkte zum Verkauf auf dem nahegelegenen Markt von Kampala. Die anderen Regionen, ohne ausreichende Infrastruktur, konnten am wirtschaftlichen Aufstieg der Buganda-Region nicht teilhaben und blieben hinter dieser Entwicklung zurück.

Ballot schreibt dazu:

„Hier, am Viktoriasee liegt das Zentrum des für den Export so wichtigen Kaffee- und Baumwollanbaus, ..."

und

„Seine Bewohner, die Baganda ... bilden die wirtschaftlich und politisch aktivste Gruppe des ganzen Landes."

Der Autor beachtet damit nicht die für einen Sozialisten wichtige historische Sichtweise. Es ist doch kein Wunder, daß die Baganda nach ihrer Privilegierung durch die Kolonisten eine wichtige Rolle in der Wirtschaft des Landes spielen. Und ob die Baganda tatsächlich „die politisch aktivste Gruppe des ganzen Landes" sind, ist umstritten: 1966 hielten es die Baganda für falsch, daß Obote versuchte, das ausbeuterische Feudalsystem in Buganda abzuschaffen. Hier gehörte nämlich alles Land dem König und die Bevölkerung war abgabepflichtig. 1971 bejubelten die Baganda Idi Amin – zumindest sehr viele. 1980 unterstützten die Baganda den konservativen Kandidaten Semmogeveve, der den Befreiungskampf in den USA führte. Auch während des Befreiungskampfes gegen Idi Amin spielten sie eine passive Rolle.

Die Entwicklungsunterschiede zwischen bevorzugten und benachteiligten Regionen sind keine unveränderbare Tatsache. Die Privilegierten wie die Baganda, sollten allerdings Wahlergebnisse, die den Umständen entsprechend insgesamt als fair bezeichnet werden können, akzeptieren und nicht das Land in einen neuen Bürgerkrieg treiben.

John Mbabazi
Von-der-Reckestr. 40
4600 Dortmund 1

Neuerscheinungen

African National Congress/ANC (Hr.), Malibongwe, Freiheitsgedichte südafrikanischer Frauen nach Soweto, Übersetzt und mit einem Nachwort von Elisabeth Thompson und Peter Schütt. 172 S. Weltkreis-Verlag/Dortmund, 1980.

Peter Ay, Agrarpolitik in Nigeria. Produktionssysteme der Bauern und die Hilflosigkeit von Entwicklungsexperten. Ein Beitrag zur Revision agrarpolitischer Maßnahmen in Entwicklungsländern. Feldforschung in Westnigeria, Institut für Afrika-Kunde/Hamburg, 1980.

Inge Buisson/Herbert Schottelius, Die Unabhängigkeitsbewegungen in Lateinamerika, 1788 – 1826. Teilveröffentlichung zum Handbuch der lateinamerikanischen Geschichte, 166 S., Karten, Register, brosch., 20,– DM.

Folker Fröbel / Jürgen Heinrichs / Otto Kreye (Hrsg.), Krisen in der kapitalistischen Weltökonomie, Reinbek 1981, rororo aktuell 4526, 8,80 DM.

Jorge Icaza, Huasipungo – Unser kleines Stückchen Erde, Roman, 192 S., 10 Abbildungen, Lamuv-Taschenbuch 5, März 1981, DM 9,80.

Ken Kelly, Der Minister und seine Sippe: Eine Hörspielreise, 140 S., Frankfurt 1981, DM 19,80 (Selbstverleger K. Kelly, Dillgasse 1, 6000 Frankfurt 50).

Khan Kruschi M. (Hr.), Self-Reliance als nationale und kollektive Entwicklungsstrategie, 647 S., Weltforum-Verlag München, London, 1980, DM 59,–.

J. Metzger / M. Orth / C. Sterzing, Das ist unser Land. Westbank und Gazastreifen unter israelischer Besatzung, 318 S., Göttingen, 1980, DM 14,80.

Horst Pietschmann, Die staatliche Organisation des kolonialen Iberoamerika. Teilveröffentlichung zum Handbuch der lateinamerikanischen Geschichte, 188 S., Karten Register, brosch., DM 23,–

Jürgen Roth / Kamil Taylan, Die Türkei – Republik unter Wölfen, 224 S., Lamuv-Taschenbuch 6, März 1981, DM 9,80.

Mawal El Saadawi, The Hidden Face of Eve. Women in the Arab World, 212 S., Zed Press, 57 Caledonian Road / London, Febr. 1980.

Peter Schütt, „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan ..." Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?, Weltkreis-Verlag/ Dortmund, 1981.

Dieter Senghaas, Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit. Überarb. und erg. Auflage, 311 S., Europäische Verlagsanstalt/ Frankfurt, 1981.

Hilmar Stetter, Schweizer Fabriken: Ab in die 3. Welt? Produktionsverlagerung der Schweizer Großindustrie. Mit einem Geleitwort von Rudolf H. Strahm, 144 S., Basel, 1980, 16,80 DM (zu beziehen bei: CON-Vertrieb, Osterstr. 36, 2800 Bremen 1).

Fredrik Vahle, Ich erzähle von Pedro. Geschichten, Märchen und Lieder aus Mexiko, 80 S., Köln, 1980, DM 13,80 (Gertrud Middelhauve-Verlag, Wiener Platz 2, 5 Köln 80).

David Weir/Mark Schapiro, Circle of Poison. Pesticides and People in a Hungry World, Institute For Food AnD Development Policy / San Francisco, 1981, 3,95 Dollar.

Tagungshinweise

Internationales Frauenworkcamp: Zur Stellung der Frau in den verschiedenen Kulturkreisen, 20.7. – 3.8.1981, Kleve, Information und Anmeldung bei: AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn

* * *

„Die arabische Republik Syrien", Auslandsseminar, 19.7. – 8.8.1981 (Vorbereitungsseminare 5. – 10.6.1981 und 16.7. – 18.7.1981), Information und Anmeldung: AKE, Postfach 1109, Horstweg 11, 4973 Vlotho

„Die 3. Welt", Einführendes Seminar zu Fragen der Entwicklungsländer und der Entwicklungspolitik, 25. – 30. Mai 1981, Vlotho, Information und Anmeldung: AKE, s.o.

Aktiongruppen Dritte Welt: Erfahrungsaustausch, Lernprozesse, Öffentlichkeitsarbeit ..., 5. – 7.6.81, Kierspe (Sauerland), Information und Anmeldung: AKE, s.o.

„Sozialarbeit in Afrika – mit afrikanischen Sozialarbeitern", 5. – 7.6.1981, Sternberg (Lippe), Information und Anmeldung: AKE, s.o.

„Die aktuelle Situation in Afghanistan", 17. – 19. 6.1981, Jugendhof Vlotho, Information und Anmeldung Ake, s.o.

„Vietnam-Kampuchea-Laos: Wie sieht es in diesen Ländern heute aus?", 6. – 10.7.1981, Jugendhof Vlotho, Information und Anmeldung: AKE, s.o.

* * *

„Namibia", 29. – 31.5.1981, Evang. Akademie Bad Boll, 7325 Bad Boll

* * *

„Die Arbeitseinwanderung in Europa aus der Dritten Welt", 1. – 8.8.1981, in Agape (Italien), Information und Anmeldung: Comunita di AGAPE, I-10060 Prali (Torino-Italia)

* * *

Tübinger Folk-Festival „Solidarität mit Nicaragua", 12. – 14.6.1981, Information bei club Voltaire, Haaggasse 26 b, 74 Tübingen

* * *

„Was ist Gerechtigkeit? – Ein Gespräch zwischen Ökonomie und Theologie", 3. – 5.6.81, Evang. Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten (Ts.)

* * *

Schommerschulen + 81 des Sozial. Büros, Postfach 591, 6050 Offenbach 4:
- Sozialistischer Betrieb im Kapitalismus, 4. – 9.6.81 zw. Gießen und Hersfeld
- Linke und Kinder, 16. – 21. Juni 81, zw. Gießen und Hersfeld
- Alternative Formen politischer Öffentlichkeitsarbeit, 31. Juli – 9. August 1981, Frankfurt
- Indianer, 2. – 9. August 81, in der Lüneburger Heide

Boykottiert die Kaffeekonzerne!

Solidarität mit den kämpfenden Völkern von El Salvador und Guatemala!

Unterstützt den Aufbau eines freien Landes in Nicaragua!

Wir alle trinken Kaffee. Diejenigen, die ihn anbauen, können sich selbst keinen Kaffee leisten. Die Kleinbauern und Landarbeiter in Mittelamerika arbeiten hart (die Kaffee-Ernte ist eine extrem mühselige Arbeit) und sie arbeiten für Hungerlöhne. Die hohen Profite, die der Kaffeehandel bietet, streichen andere ein. Setzt sich die Landbevölkerung zur Wehr, wird sie von Großgrundbesitzern und Militärs (unter Anleitung wohlbekannter „Berater") rücksichtslos massakriert.
Selten lassen sich in Entwicklungsländern die Ursachen für Unterentwicklung, Elend und Unterdrückungspolitik durch Militärdiktaturen so klar aufzeigen wie an den Beispielen El Salvador und Guatemala:

El Salvador ist das klassische Kaffee-Exportland. Mehr als 60 % seiner Ausfuhrerlöse verdient es durch den Export von Kaffee. Auch für Guatemala ist der Kaffee das wichtigste Exportgut.

Die zu Beginn dieses Jahrhunderts einsetzende Umwandlung Mittelamerikas in eine Kaffeeanbauregion hatte einschneidende Folgen für die ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen in den Ländern dieser Region:

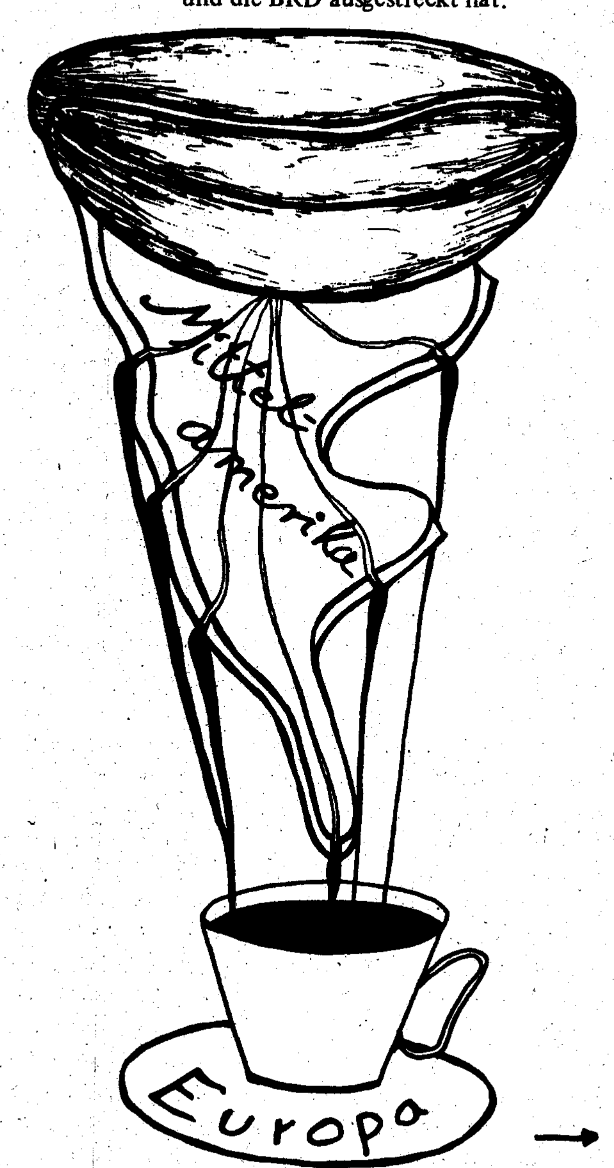
- Ihre Benachteiligung als Entwicklungsländer im internationalen Handel wurde festgeschrieben. Während die Preise für Industriegüter kräftig stiegen, hinkten die Kaffeepreise im langfristigen Durchschnitt deutlich hinterher.
- Die weitgehende Umstellung der Landwirtschaft auf den Anbau von Kaffee begünstigte die Herausbildung von wenigen Großgrundbesitzerfamilien, die die jeweiligen Länder beherrschten und beherrschen. Diese Familien reagierten in Zusammenarbeit mit den Militärs auf jeden Versuch der Landarbeiter, sich zu wehren, mit brutaler Unterdrückung.
- Die Lebensbedingungen von Kleinbauern und Landarbeitern verschlechterten sich so nachhaltig. Viele selbständige Bauern mußten den Kaffeeplantagen weichen und sind heute darauf angewiesen, ihr Jahreseinkommen während der 4 Monate des Jahres, in denen der Kaffee geerntet wird, zu verdienen. Der Rückgang der Anbauflächen für Grundnahrungsmittel führte zu einem überdurchschnittlichen Anstieg der Lebensmittelpreise. Elend und Existenzunsicherheit nahmen für den Großteil der Landbevölkerung somit ständig zu.

Während die Umstellung auf den Anbau von Kaffee für Länder wie El Salvador und Guatemala nur mit Nachteilen verbunden war – sieht man von den Gewinnen der Zwischenhändler und Großgrundbesitzer ab – profitierten der Staat (Steuer) und die großen Kaffeekonzerne in den kapitalistischen Industrieländern von den niedrigen Einkaufspreisen für Kaffee.
Die Profitraten im Kaffeegeschäft sind überdurchschnittlich hoch. Diese typischen Strukturen zwischen Entwicklungsländern und kapitalistischen Staaten spiegeln sich in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Mittelamerika besonders deutlich wider.
Der Großteil des mittelamerikanischen Kaffees, insbesondere aus El Salvador und Guatemala, wird in die Bundesrepublik ausgeführt. Für die Bundesrepublik ist Mittelamerika zweitwichtigste Herkunftsregion für Kaffee.
Vom Kaffeehandel profitierten die Kaffeekonzerne und der Staat. Aber auch wir als Verbraucher werden in dieses System einbezogen und stützen damit indirekt die zynische Ausbeutung in den Ländern der 3. Welt. Wir beteiligen uns an einem System, dessen Mechanismen wir widerspruchslos hinnehmen und dessen Folgen wir alle kennen:

- Hunger, Repression, Vernichtung in der 3. Welt
- Stabilisierung eines Systems hier bei uns, das uns durch Erziehung zum bewußtlosen Konsumenten immer mehr betäubt, und dessen Profitorientierung auch hier unseren Lebensraum zerstört.

Deshalb: Laßt Euch nicht täuschen!

Es ist ein gemeinsamer Feind,
der seine Fangarme über Lateinamerika
und die BRD ausgestreckt hat.



→

Fangen wir an, an einem Punkt:

BOYKOTTIERT DIE KAFFEEKONZERNE!

Die El Salvador-Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik ruft für den 1./2./3. Juni zu einem bundesweiten Kaffeeboykott auf. Wir stellen uns vor, daß überall vor möglichst vielen Kaffeeverkaufsstellen an diesen Tagen Aktionen laufen: Flugblätter, Infostände, Sketche..... Wir fordern u n s alle auf, diese Boykott-Kampagne zu unterstützen. Schließt Euch zu örtlichen Aktionskomitees zusammen (Information über die lokalen Mittelamerika-Komitees).

Unterstützen wir mit dieser Kampagne auch den Aufbau eines freien Landes: NICARAGUA hat gesiegt, aber es braucht heute mehr denn je unsere Hilfe. Konzerne und Regierungen (USA, BRD u. a.) haben bereits ihre Fangarme wieder ausgestreckt. Durch ökonomischen und politischen Druck soll Nicaragua in die Knie gezwungen und der Befreiungsprozeß in Mittelamerika gestoppt werden.

Deshalb: Statt ein System der Unterdrückung und Ausbeutung zu finanzieren, laßt uns mit dieser Aktion anfangen, ab sofort langfristig durch den Kauf von Nicaragua-Kaffee (importiert über die GEPA, Wuppertal) Nicaragua direkt materiell zu unterstützen.

Nicht nur 3. Welt-Läden, auch Bio-Läden, Kneipen, Cafés ... können sich am Aufbau eines alternativen Vertriebssystems für Nicaragua-Kaffee beteiligen.

LASST UNS EINEN KLAREN TRENNUNGSSTRICH ZWISCHEN UNS UND UNSEREN FEINDEN ZIEHEN!

Bildet lokale Aktionskomitees und wendet Euch sofort an die zentrale Koordinationsstelle der Kaffeeboykott-Aktion:

Informationsstelle El Salvador
Maistr. 29
8000 München 2
Tel.: 0 89 / 53 66 25

Dort können Aktionsleitfäden angefordert werden (die örtliche Phantasie und Ideen natürlich nicht ersetzen sollen). Außerdem erhaltet Ihr aus München die Adresse der nächstliegenden regionalen Verteilerstelle, über die Hintergrundmaterialien, Broschüren, Flugblätter und Plakate bezogen werden können.

Im Auftrag der Bundeskonferenz
der El Salvador-Solidaritäsgruppen

El Salvador-Komitee Münster
Lateinamerika-Kreis Essen
Kinderhilfe Lateinamerika, Köln

Für den Raum Südbaden befindet sich die Verteilerstelle bei uns, im iz3w.

1./2./3. Juni – bundesweite Kaffeeboykott-Aktion

Ausstellung:

UNTERENTWICKLUNG – ÜBERENTWICKLUNG

Wie die Ausstellung entstand

Die Ausstellung „Unterentwicklung – Überentwicklung" ist aus einem gleichnamigen Jugendzentrums-Kurs hervorgegangen. Ziel war, unser Verhältnis zu den Ländern der 3. Welt kritisch zu untersuchen. Üblicherweise wird das so beschrieben: Die entwickelten Länder Europas und Amerikas müßten den unterentwickelten Ländern nur partnerschaftliche Unterstützung zukommen lassen – dann gehen alle gemeinsam einer glücklichen Zukunft entgegen. Dieses Erklärungsmuster hielt einer genaueren Überprüfung nicht stand. Es verschleiert den notwendigen Zusammenhang zwischen der Verschwendungsgesellschaft bei uns und der Verarmung der 3. Welt.

Die Teilnehmer des Kurses beschlossen, die Ergebnisse in Form dieser Ausstellung zu veröffentlichen. Da sie von Laien gemacht wurde, wurde sie mit einfachsten Mitteln hergestellt. Die technische Perfektion stand hinter dem inhaltlichen Anliegen zurück.

Inhalt der Ausstellung

Es werden bestimmte Argumente aufgegriffen, die Ursachen und Erscheinungsweisen der Unter- mit denen der Überentwicklung verglichen. Themenkreise sind:

- Überbevölkerung
- Umweltzerstörung
- Handelsbedingungen
- Rohstoffversorgung
- Nahrungsmittelproduktion
- Rüstungsexporte

Art der Darstellung

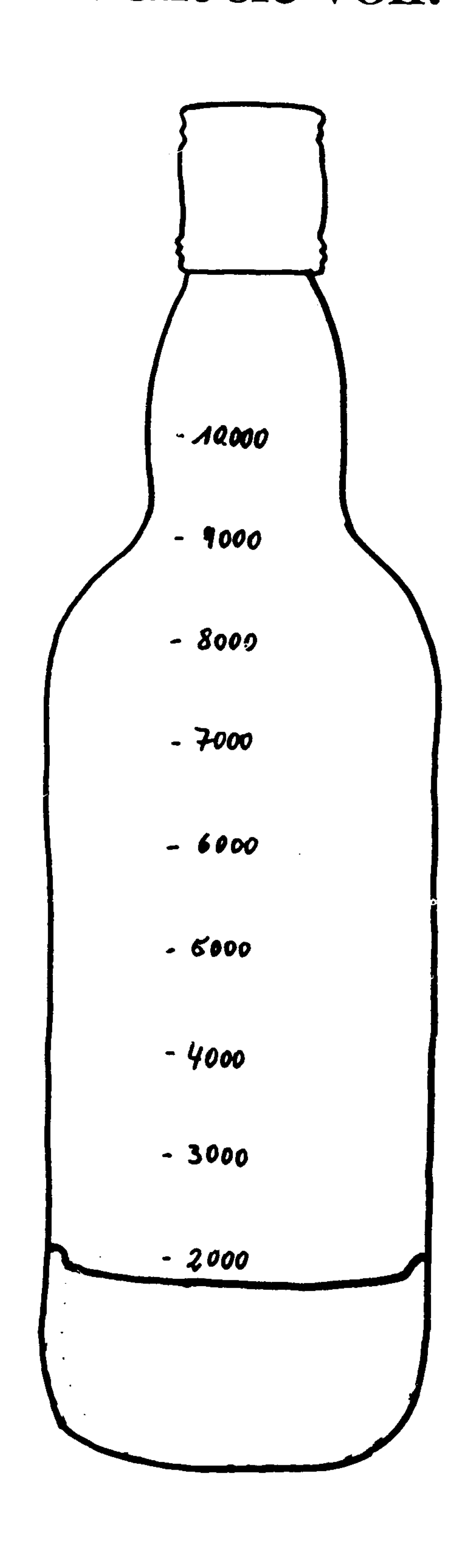
Die Ausstellung besteht aus knappen Texttafeln, die durch Fotos und Schaubilder ergänzt werden. Zusätzlich steht eine Ton-Dia-Schau zur Verfügung, die am Beispiel eines amerikanischen Konzerns, einiger Produkte und Produktionsweisen beispielhaft den Zusammenhang zwischen der Verarmung der 3. Welt und der Anhäufung von Reichtum bei uns entwickelt.
Die Ausstellung ist besonders für die Schulklassen ab der 9. Jahrgangshefte geeignet.
Zur Ausstellung wurde vertiefendes Material erstellt, das für Schüler und Lehrer gleichermaßen interessant ist. Es liegt in Form einer Broschüre vor, die beim Jugendzentrum angefordert werden kann.
Die Ausstellung kann auch ausgeliehen werden.
Kontaktadresse für Ausleiher der Ausstellung und Bestellung des Materialienheftes:

Jugendzentrum
Untere Talgasse 8, 8500 Nürnberg
Telefon: 0911 / 16 – 3165

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Macht sie voll!



Laßt uns ernst machen...

mit dem, was wir uns unter dem Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) vorstellen; er soll den einzelnen Gruppen in der BRD (Kirchliche Gruppen, Dritte-Welt-Gruppen, Friedensbewegung, Menschenrechtsbewegung, Ausländergruppen, Gruppen, die Zeitschriften herstellen, Aktionsgruppen etc.) dabei helfen, stärker miteinander zu kooperieren. (vgl. iz3w Nr. 91, Seite 62 f.)

Ohne unseren Hauptamtlichen in Hamburg ist eine kontinuierliche und glaubwürdige Arbeit undenkbar. (Mitglieder und Gruppen werben, Gruppenanfragen beantworten, Beratungen durchführen, Kontakte zu Gruppen und Institutionen verbessern, Buchführung und Korrespondenz erledigen, an Regionaltreffen, Seminaren und KA-Sitzungen teilnehmen und ... und ... und ...)

Vom BMZ, anderen staatlichen Institutionen sowie den kirchlichen Institutionen sind für diese notwendige Stelle keine Zuschüsse zu bekommen.

Wir müssen also das Geld selbst aufbringen. Daher fordern wir Gruppen, unsere Leserinnen und Leser auf:

Helft uns bei der Finanzierung!

Mit etwa 10.000 DM können wir unseren Geschäftsführer bei alternativer Bezahlung für ca. ein Jahr einstellen. Dieses Geld benötigen wir möglichst sofort. Die Spenden werden nur für diesen Zweck eingesetzt. Im FORUM*) wird der Spendenstand laufend bekanntgegeben.

Der Koordinierungsausschuß
AG Gesundheit in der 3. Welt c/o FDCL, Berlin
PG Multis & 3. Welt, Hamburg
Initiativgruppe 3. Welt, Kiel
Informationszentrum Dritte Welt, Dortmund
Aktionskomitee Afrika, Bielefeld
Aktion Selbstbesteuerung, Frankfurt
informationszentrum dirtte welt, Freiburg

Konto
Postscheckamt Hamburg
Konto 791 12 – 201 BLZ 200 100 20

*) FORUM ist der Rundbrief des Bundeskongresses. Er wird herausgegeben von der Initiativgruppe Dritte Welt, Königsweg 7, 2300 Kiel